

Sand im Getriebe 155

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: www.sand-im-getriebe.org E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de

Baustelle EUropa

Inhaltsverzeichnis

Zur Lage der EU 2024 – Alternativer Report aus der Attac-AG Europa..... 3	Nils Enderlin: Europa in der illiberalen Spirale. 26
Einleitung: Multiple Dauerkrisen – the new normal für die EU.....	Walden Bello: Der globale Aufstieg des Faschismus und wie man ihn bekämpfen kann 27
Militarisierung und die Sehnsucht nach Großmacht...4	Droht ein neuer Faschismus? Lesehinweise.....29
Weht in Brüssel ein neuer Wind? Krise des Neoliberalismus, Fiskalpolitik und soziale Krise in Europa.....6	Militarisierung der EU..... 30
Rechtsentwicklung in der EU.....8	Ingeborg Schellmann: “Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht“.....30
Fake und Flop – der „Green Deal“ der EU.....10	Peter Nowak: Deutsche Kriegstüchtigkeit: Was vor 75 Jahren nicht im Grundgesetz stand.32
EU-Handelspolitik zwischen Neoliberalismus und Protektionismus.....11	Palästina..... 33
European Common Space for Alternatives..... 14	Stoppt das Assoziierungsabkommen EU-Israel!.....33
Landwirtschaft – welche Perspektiven?	BIP: Studierende in aller Welt zeigen moralisches Rückgrat.....34
Marc Dufumier: Unsere Landwirtschaft aus der Sackgasse führen.....15	Waffenexporte Deutschlands nach Israel36
Aurélie Trouvé: Garantie eines angemessenen Einkommens für Landwirte!.....18	Repression statt Argumente.....37
FIAN: „Weltbank muss Arbeit im Landsektor beenden!“.....19	Internationaler Gerichtshof fordert Einstellung militärischer Handlungen Israels in Rafah.....38
Europa der Konzerne..... 20	Neukaledonien..... 39
Corporate Europe: Vereinnahmung durch Unternehmen in den EU-Institutionen..... 20	Weltsozialforum 2024..... 40
Ver.di und Misereor zur Verabschiedung des EU-Lieferkettengesetzes..... 21	Attac Frankreich: WSF 2024: Alternativen zum Kapitalismus.....41
Attac Frankreich: Die Reichen, die Finanzwelt und die multinationalen Konzerne besteuern! ..21	Gemeinsame Erklärung von Kathmandu zur Beendigung der Austerität.....42
André Grimaldi und J.-P. Vernant: Verlust der staatlichen Hoheitsgewalt über Big Pharma..... 23	Raphael Baladad: Herausforderungen und Erfolge der sozialen Bewegungen.....43
Asylrecht wird demontiert..... 25	Termine und weitere Hinweise..... 44

Vorwort

Im **Alternativen Report „Zur Lage der EU 2024“** (AR) erklären die Autor*innen: „Seit der Niederlage von Syriza ist die Diskussion um linke Alternativen zur neoliberalen EU erlahmt. [...] Wir hoffen [...] mit diesem Report dazu beizutragen, die Diskussion über europapolitische Grundfragen anzustoßen und zum Nachdenken über Alternativen – auch und gerade grundsätzliche – zur Politik der EU anzuregen.“ Mit dieser Absicht haben wir den Report veröffentlicht und dieses SiG-Heft ist der **„Baustelle EUropa“** gewidmet:

Dem Bellizismus der EU (**„Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht“**) „muss sich **Friedenspolitik** entgegenstellen. Die Kosten der Militarisierung gehen wie immer zu Lasten von Sozialem und der Lohnabhängigen. Und sie absorbieren die Fähigkeit, die wirklichen Probleme der Menschheit, vorneweg die Klimakrise, zu lösen.“ (AR) „Eine größere Autonomie gegenüber den USA [...] muss sich inhaltlich an den friedenspolitischen Werten orientieren, die auch den **Kern der UN-Charta und des Völkerrechts** bilden: Kooperation statt Konfrontation, politische Konfliktregelung, friedliche Koexistenz, Rüstungskontrolle und Abrüstung.“ (AR)

„Die Reichen, die Finanzwelt und die multinationalen Konzerne besteuern!“ „Das in Steueroasen versteckte Finanzvermögen wurde 2022 weltweit auf 12 Billionen US-Dollar (12 % des globalen BIP)“ geschätzt (**Attac Frankreich**). „Tax the rich“ ist eine europaweite Kampagne.

„Das Streben nach finanzieller Rentabilität bestimmt die Investitionsentscheidungen der **„Big Pharma“**, Forschung wird vernachlässigt. „Der Kampf gegen diese Fehlentwicklung“ kann „nur auf der Ebene mehrerer europäischer Länder geführt werden.“ (**André Grimaldi und J.-P. Vernant**)

Marc Dufumier entwickelt Vorschläge, um „unsere **Landwirtschaft aus der Sackgasse** zu führen“ und **Aurélie Trouvé** betont: „Die ökologische Wende ist nicht verhandelbar. Sie ist der Kern des neuen **Pakts zwischen Landwirten und der Gesellschaft**: Wir unterstützen sie, damit sie ein angemessenes Einkommen haben, und im Gegenzug vollziehen sie die notwendige ökologische Wende.“

„Es gibt eine **generelle Rechtsentwicklung** in der politischen Klasse und im herrschenden gesellschaftlichen

Klima“. Besonders eklatant ist „die Verschärfung der **Migrationspolitik**, bei der die EU inzwischen weitgehend auf den Kurs der Rechten eingeschwenkt ist.“ (AR)

Walden Bello analysierte auf dem **Weltsozialforum** den globalen Aufstieg des faschistischen Projekts, „das darin besteht, eine klassenübergreifende Solidarität auf der Grundlage von Hautfarbe, Religion, Sprache oder Kultur zu schaffen, indem diejenigen, die als anders wahrgenommen werden, als der Feind oder der Große Andere definiert werden“ und weist auf die schmerzhaften Erfahrungen hin: „Wenn sich das Kapital durch Bewegungen bedroht fühlt, begrüßt es die Bemühungen von Faschisten, die soziale Ordnung zu stabilisieren oder zu "säubern".“ Er entwickelt 7 Punkte, um dem Faschismus zu begegnen. „Am wichtigsten ist jedoch wahrscheinlich, dass **wir eine transformative Vision haben müssen**.“ (hierzu auch der Bericht von **Attac Frankreich** und der Aufsatz von **Raphael Baladad**)

Nils Enderlin sieht „Europa in der illiberalen Spirale“ und die „Rechtsstaatlichkeit untergraben“.

Repression statt Argumente erfahren die Student*innen und junge Menschen, die **gegen die Angriffe Israels auf Gaza** und gegen die Waffenexporte nach Israel protestieren und die Durchsetzung der **Entscheidungen des IGH** fordern (**Stoppt das Assoziierungsabkommen EU-Israel!**).

„Wir haben wiederholt gesagt, dass kein Ort in Gaza sicher ist. Keine Notunterkünfte. Keine Krankenhäuser. Keine sogenannten humanitären Zonen.

Wir haben auch davor gewarnt, dass eine Militäroperation in Rafah zu einem Gemetzel führen würde. Die Folgen haben wir bei dem völlig inakzeptablen Angriff von gestern Abend gesehen. Ob der Angriff ein Kriegsverbrechen oder ein "tragischer Fehler" war, spielt für die Menschen in Gaza keine Rolle. Was gestern Abend geschah, war die jüngste - und möglicherweise grausamste - Abscheulichkeit.

Es als "Fehler" zu bezeichnen, ist eine bedeutungslose Botschaft für die Toten, die Trauernden und diejenigen, die versuchen, Leben zu retten.

(Der Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinator **Martin Griffiths** zu Gaza, **27. Mai 2024**, www.ochaopt.org)

Werkstatt für SiG 155 mit ergänzenden Artikeln



Der Newsletter **Sand im Getriebe (SiG)** informiert seit 2001 über internationale (**Attac-**)Bewegungen (**Ignacio Ramonet: „Die Märkte entzünden“; Attac-Charta vom Dezember 1998**). Der Titel "Sand im Getriebe" spielt auf den Text von Ignacio Ramonet und ein **Gedicht** von Günter Eich an. Er ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.

Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.

In eigener Sache: Die „Sand im Getriebe“-Seite wurde am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste von Attac-Mitgliedern und Regionalgruppen (Dokumentation über diesen für Attac Deutschland unrühmlichen Vorgang auf unserer neuen Website: www.sand-im-getriebe.org)

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen. Vorschläge, Fragen, Kritiken,

Bestellung gedruckter Exemplare per E-Mail an die **Redaktion: sand-im-getriebe@posteo.de**

Newsletter abonnieren: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sig-sandimgetriebe/>

Redaktion dieser Nummer: Dani Dörper, Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber, Christel Wöhler (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).

Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Redaktionsgruppe aus der Attac-AG Europa

Zur Lage der EU 2024 – Alternativer Report

Der Report wurde von einer Redaktionsgruppe erarbeitet, der Isolde Albrecht, Elke Hügel, Hans-Jürgen Kleine und Peter Wahl angehörten. Zudem sind Anregungen und Kommentare aus der AG Europa in den Text eingeflossen. Wie immer bei Texterarbeitung im Kollektiv, muss nicht jede einzelne Formulierung von allen mitgetragen werden.

Erscheinungsdatum: Mai 2024

Inhalt:

**Einleitung: Multiple Dauerkrisen – the new normal für die EU
Militarisierung und die Sehnsucht nach Großmacht**

**Weht in Brüssel ein neuer Wind? Krise des Neoliberalismus, Fiskalpolitik und soziale Krise in Europa
Rechtsentwicklung in der EU**

Fake und Flop - der „Green Deal“ der EU

EU-Handelspolitik zwischen Neoliberalismus und Protektionismus

Einleitung: Multiple Dauerkrisen – the new normal für die EU

Die EU-Kommission gibt alljährlich im September den Bericht ‚*State of the Union*‘ (*Zur Lage der Union*) heraus und trägt ihn im Plenum des EU-Parlaments vor. Vor allem Kommissionschefin Ursula von der Leyen hat es in den letzten Jahren verstanden, den Anlass mit viel Pathos zur euro-nationalistischen Inszenierung zu nutzen. Inhaltlich handelt es sich um ein PR-Produkt, das die Politik der EU in rosarotes Licht taucht und Pläne für die Zukunft vorstellt. Probleme, soweit sie vorkommen, gelten als Herausforderungen, die man selbstverständlich meistern wird. Wie in euronationalistischen Narrativen üblich, bewegt sich der Report oft hart am Rande von Kitsch, z.B. wenn von „Seele Europas“, von „Stolz“ und „Visionen“ die Rede ist, und geprahlt wird: „Europe is among the world leaders.“¹ Die bundesweite Attac-AG EUropa stellt demgegenüber im Folgenden anlässlich der Wahlen zum Europaparlament 2024 einen alternativen Report zur Lage der EU vor, der emanzipatorischer Kapitalismusanalyse und kritischer Gesellschaftstheorie verpflichtet ist.

Die Wahlen zum Europaparlament (EP) im Juni 2024 finden in einer äußerst angespannten Situation statt. Krieg in der Ukraine und in Nahost und anderen Teilen der Welt, Umbrüche im internationalen System, Umweltkatastrophen, die Pandemie, Strukturprobleme der Wirtschaft, Vertiefung sozialer Spaltungen, Krise der Demokratie und technologische Innovationen von großer Tragweite wie KI etc., deren Folgen noch nicht absehbar sind.

Bereits davor steckte die EU in einer Kette von Krisen. Zuerst die Finanzkrise 2007/8, dann die Eurokrise mit der Knebelung der Syriza-Regierung in Griechenland. Beide sind nicht wirklich gelöst worden. Die Regulierung der Finanzmärkte ist unvollendet, und die strukturellen Wider-

¹ State of the Union 2021. STRENGTHENING THE SOUL OF OUR UNION. , ec.europa.eu

sprüche des Eurosystems bleiben bestehen. Zwar speit der Vulkan derzeit kein Feuer, aber es kann jederzeit zu neuen Eruptionen kommen. Der BREXIT, das Ausscheiden der zweitgrößten Volkswirtschaft und Atommacht war eine dramatische Schwächung der Position der EU in der Welt.

Die EU ist von all den Problemen in höherem Maße betroffen als vergleichbare Nationalstaaten. Denn ihre Handlungsfähigkeit ist angesichts der Komplexität ihrer Strukturen und Verfahren sehr viel geringer. Die Fähigkeit zu Problemlösungen schrumpft und es drohen Kontrollverluste. Die EU ist und bleibt ein prekärer Mix aus einer Allianz von Nationalstaaten einerseits und Elementen supranationaler Staatlichkeit andererseits.

Das wird sich auf absehbare Zeit auch nicht mehr ändern. Seit der Osterweiterung hat die Heterogenität der EU derart zugenommen, dass das Endziel der Integration einer „immer engeren Union“, die „Vereinigten Staaten von Europa“, endgültig zur Illusion geworden ist.

Für die Menschen und den Frieden in Europa – also nicht nur in der EU – und in der Welt hält die EU keine guten Perspektiven bereit. Es ist an der Zeit, dass die gesellschaftliche Linke angesichts der turbulenten Veränderungen wieder über grundlegende Alternativen für ein anderes Europa, für das ganze Europa nachdenken sollte.

Gesellschaftliche Rechtsentwicklung

Die vielen Krisen haben sich zu einem regelrechten Krisenknäuel verknötet, das viele Menschen verunsichert und Orientierungslosigkeit erzeugt. Instabilität im politischen System ist die Folge, einhergehend mit einem generellen gesellschaftlichen Rechtsruck. Spitze des Eisbergs ist der Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien. Die Spitzenkandidatin der Konservativen, von der Leyen, die sich schon jetzt bestens mit der postfaschistischen Ministerpräsidentin Italiens versteht, hat bereits Bündnisbereitschaft mit jenen Rechten signalisiert, die „für die NATO und für die Ukraine“ sind.² In der Migrationspolitik hat Brüssel bereits viele Positionen von rechts außen übernommen.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.2.2024, S. 1

Abmilderung des Neoliberalismus und Sehnsucht nach Großmacht

Angesichts des enormen Problemdrucks hat das Brüsseler Krisenmanagement einige Kurskorrekturen vorgenommen. An der Spitze stehen dabei zwei Prozesse:

- *die Erosionserscheinungen des neoliberalen Leitbildes*, die mit der Bankenrettung begannen und der Rückgriff auf Staatsinterventionismus mit den Rettungsmaßnahmen für hoch verschuldete Mitgliedsländer bis hin zum *Green Deal* und jüngst eine Flexibilisierung des Stabilitätspakts. Es häufen sich industriepolitische und protektionistische Maßnahmen. Die Frage ist, ob das eine Abkehr vom Neoliberalismus ist und womöglich ein neues Akkumulationsmodell entsteht, oder ob es sich nur um vorübergehendes Krisenmanagement handelt.
- *die Versuche, Weltmachtstatus zu erlangen und eigenständiger Pol in der multipolaren Weltordnung zu werden*. Damit verbunden ist an erster Stelle die Konfrontation mit Russland, in der die EU seit den Verhandlungen zum Assoziierungsvertrag mit der Ukraine 2007 eine Vorreiterrolle spielt. Der russische Einmarsch in die Ukraine und der Übergang des Krieges zum Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der Nato/EU/USA gab Brüssel die Gelegenheit, zum scharfmacherischen Kriegstreiber zu werden. Gleichzeitig dient der Krieg als Legitimation für Aufrüstung, Militarisierung, Zensur und Repression nach innen und zum Übertünchen der vielen inneren Bruchlinien. Beim Gaza-Krieg dagegen ist die EU unüberbrückbar gespalten und ohne Einfluss.

Beide Tendenzen sind miteinander verschränkt. Für den herrschenden Block ist militärische Stärke notwendig, um den weiteren geopolitischen und ökonomischen Abstieg zu verhindern, wie umgekehrt ökonomische Stärke und Wettbewerbsfähigkeit notwendig sind, um sich Aufrüstung und Militarisierung leisten zu können.

Progressive Alternativen marginalisiert

Die Linke wird mit wenigen Ausnahmen in allen Mitgliedsstaaten von inneren Konflikten heimgesucht. Ihr Einfluss auf den Gang der Dinge ist marginal. Seit der Niederlage von Syriza ist auch die Diskussion um linke Alternativen zur neoliberalen EU erlahmt. Auch wenn das EP kein vollwertiges Parlament ist, hoffen wir dennoch, dass wir im Wahlkampf mit diesem Report dazu beizutragen, die Diskussion über europapolitische Grundfragen anzustoßen und zum Nachdenken über Alternativen – auch und gerade grundsätzliche – zur Politik der EU anzuregen.

Die neuen Tendenzen in der Politik der EU müssen aufgearbeitet und die Konsequenzen für emanzipatorische Politik gezogen werden. Mit einem bloßen „Weiter so!“, einem angepassten Sich-Fügen in vorgegebene Handlungsspielräume für bescheidene Reformen auf dem einen oder anderen Teilgebiet, wird die gesellschaftliche Linke keine Eingriffsfähigkeit gewinnen.

Erst recht gilt das für die Übernahme des euronationalistischen Narrativs. „*Unsere Softpower ist die beste in der*

Welt“, so die ehemalige Brüsseler Außenbeauftragte und Ex-Chefin der italienischen Jusos, Mogherini, ganz im schicken Sound neuen Überlegenheitsdenkens.³ Und so meint dann auch Robert Habeck: „*Patriotismus muss europäisch sein*“.⁴ Europatriotismus ist aber nicht die internationalistische Alternative zum deutschen, französischen oder polnischen Nationalismus.

Die europäische Integration war in ihrem harten Kern immer ein Herrschaftsprojekt mit geopolitischer Funktion und im Interesse des Kapitals, und das ist sie auch jetzt noch.

Militarisierung und die Sehnsucht nach Großmacht

Bei Amtsantritt von der Leyens 2019 – also drei Jahre vor dem Ukraine-Krieg – deklarierte sie ihre Behörde zur „geopolitischen Kommission“. Die Sehnsucht nach Großmacht und militärischer Stärke rückte ins Zentrum nicht nur der Außenpolitik, sondern fast alle andere Politikfelder wurden auf Kompatibilität mit geopolitischen Interessen getrimmt: Klima, Energie- und Rohstoffe, Wirtschaft, Technologie, Regulierung von Medien u.a. . In Worten des ‚*Strategischen Kompasses*‘ geht es darum, „*die volle Bandbreite der EU-Politik und ihre Hebel als Machtinstrumente zu nutzen*.“

Prompt war Brüssel im Ukraine-Krieg Vorreiter ausschließlich militärischen Vorgehens und wurde, nach den USA, zum wichtigsten Sponsor des Stellvertreterkriegs. Zusammen mit der Hilfe aus den Mitgliedsstaaten sind laut Kieler *Institut für Weltwirtschaft* 142 Milliarden Euro Militärhilfe an Kiew geflossen. Im März 2024 wurden weitere fünf Milliarden aus der sog. „Friedensfazilität“ bewilligt. Jeder Gedanke an Diplomatie, Verhandlungen und UN-Charta wird dagegen im Keim erstickt. Allerdings zeichnet sich ab, dass die Fixierung auf die militärische Karte ein Fehlschlag ist. Ein Stellvertreterkrieg funktioniert eben nur so lange wie der Stellvertreter dazu in der Lage ist.

Assoziierungsvertrag mit Kiew – Einstieg in die Konfrontation

Für die Konfrontation mit Russland spielt die EU schon seit Beginn der Verhandlungen zum Assoziierungsvertrag EU-Ukraine 2007 eine große Rolle – ein Jahr vor dem NATO-Beschluss zur Erweiterung der NATO um die Ukraine und Georgien. Der Vertrag bedeutete einen drastischen Einschnitt in die Jahrhunderte alten Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine und enthielt zudem die Übernahme sicherheitspolitischer Vorgaben der NATO. Er richtete sich damit gegen das legitime russische Interesse an gutnachbarschaftlichen Beziehungen und gegen das völkerrechtliche Prinzip gemeinsamer und ungeteilter Sicherheit. Versuche Moskaus, ein trilaterales Arrangement zu erreichen, wurden ignoriert.

³ Die Welt, 13.7.2016, S. 2

⁴ Die Welt, 28.2.2019, S. 5

„Noch im Jahr 2010 wollte Russland trilaterale Projekte – EU, Russland, Länder der östlichen Partnerschaft – realisieren. Es gab also ganz klar Chancen einer konstruktiven Einbindung Russlands in eine Partnerschaft, die aber leider nicht genutzt wurden.“ So Günter Verheugen, ehemaliger EU-Erweiterungskommissar.⁵

Stattdessen trat die damalige Außenbeauftragte der EU, Ashton, auf dem Euro-Maidan in Kiew auf.

Die ursprünglichen Proteste gegen Korruption und andere Missstände kamen bald unter die Hegemonie rechtsextremer und neo-faschistischer Kräfte, die dann den erfolgreichen Staatsstreich gegen Janukowitsch anführten. Die EU war früh ein Haupttreiber der Eskalation mit Russland.

Militarisierung im Spannungsfeld zwischen NATO und strategischer Autonomie

Unabhängig vom Ukraine-Krieg begann – ausgelöst vor allem durch Trump – schon vor Jahren eine intensive Debatte über sog. *Strategische Autonomie*. Dazu gehören Maßnahmen zum Aufbau eigener militärischer Fähigkeiten.

Die wichtigsten sind:

- Der Aufbau einer Interventionstruppe mit 5.000 Soldaten bis 2025
- Der seit 2017 bestehende „Militärische Planungs- und Durchführungsstab“ soll zu einem vollwertigen Generalstab werden
- Die Rüstungsindustrie in der EU soll forciert ausgebaut und koordiniert werden, vorwiegend über die sogenannte „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (engl. PESCO). Paradeprojekte sind ein Kampflugzeug (FCAS), das von deutschen, französischen und spanischen Konzernen gebaut werden soll und ein Kampfpanzer (MGCS), für den bisher eine französische, niederländische und deutsche Beteiligung (Rheinmetall) vorgesehen sind
- Im Gespräch sind auch militärische Fähigkeiten im Weltraum, im Cyber Space und bei Big Data und künstlicher Intelligenz.⁶

Der Unterschied zwischen Wollen und Können

Die Projekte kämpfen allerdings mit großen Schwierigkeiten. Zum einen wegen der Konkurrenz zwischen den Konzernen um Technologiepatente und den Anteil an den Profiten, zum anderen kommt eine wirkliche Zusammenarbeit in der Breite der EU nicht zustande. So baut Italien mit Großbritannien und Japan sein eigenes Kampfflugzeug, während Polen seine Großwaffen aus den USA und Süd-Korea bezieht. Auch integrationspolitisch ist das bemerkenswert, weil es de facto um zwischen-staatliche Kooperationen geht, die sich gar nicht erst um supranationale Entscheidungen

⁵ Neues Deutschland, 3.4.2022

⁶ Eine ausführliche Darstellung der militärischen Pläne findet sich in: Wagner, Jürgen: Die Militarisierung der EU. Zwischen Vasallentum und autonomer Großmacht. In: Sablowski, Thomas / Wahl, Peter (Hrsg.): Europäische Integration in der multiplen Krise. Zukunftsaussichten der Europäischen Union. Hamburg, 2024.

gen bemühen. Auch einer zukünftigen europäischen Armee haben z.B. die Verteidigungsminister Frankreichs und Deutschlands eine Absage erteilt: „Eine starke europäische Säule der NATO mit eigenen Kräften, das macht Sinn, mit vielfältigen Kooperationen in den Einsatzszenarien, aber ohne Doppelstrukturen und Konkurrenzsituationen zur NATO.“ So Pistorius in einem gemeinsamen Interview mit seinem Amtskollegen aus Paris.⁷

Eine weitere Spaltungslinie hat der französische Präsident Macron mit seinem Vorstoß für westliche Bodentruppen in der Ukraine sichtbar gemacht. Auch wenn dabei das neogaullistische Interesse an einer französischen Sonderrolle im Spiel ist, sowie das Bedürfnis, den Rauswurf Frankreichs aus Westafrika zu kompensieren, wird damit die Konfrontation mit Moskau eskaliert.

Zum Status als Weltmacht gehört die Verfügung über Nuklearwaffen. Die EU als Atommacht ist allerdings eine Illusion. Solange die NATO in ihrer jetzigen Form existiert, werden die USA die militärischen Bemühungen der EU nur komplementär zur transatlantischen Allianz und unter ihrer Kontrolle zulassen, d.h. die EU als Hilfstruppe der NATO. Das liegt auch im Interesse der osteuropäischen Mitgliedsstaaten, die aus Abneigung gegen eine deutsch-französische Hegemonie Washington und der NATO mehr vertrauen als der EU.

Hinzu kommt, dass Präsenz und Einfluss des US-Kapitals in Europa – man denke z.B. an die digitale Industrie – und umgekehrt das Interesse des europäischen Kapitals an Markt und Standort USA (z.B. Export von Autos) so stark sind, dass einer Autonomie auch von daher enge Grenzen gesetzt sind.

Aber selbst mit Trump als Präsident ist unwahrscheinlich, dass die USA den Hebel NATO aus der Hand geben. Bei einer so fundamentalen Frage wird das System der innenpolitischen *Checks and Balances* für Kontinuität sorgen. Allerdings gibt es quer durch die politischen Lager Washingtons Konsens, dass die größte Herausforderung für den globalen Führungsanspruch der USA von China ausgehen würde. Der EU ist dabei die Rolle des Juniorpartners zugeordnet, der stärker an den Kosten des neuen Kalten Kriegs beteiligt werden soll. Zur ideologischen Rechtfertigung dient das plumpe Schwarz-Weiß-Narrativ, wonach die Welt sich in einer Art letztem Gefecht zwischen Autokratien und Demokratien, zwischen Gut und Böse befinde.

Die Dilemmata zwischen Unterordnung unter die USA und dem Wunsch nach mehr Autonomie zeigen sich auch bei den Beziehungen zu China. Auch hier bahnt sich die Konfrontation an, wenn auch – angesichts der stärkeren wirtschaftlichen Verflechtungen – noch nicht so scharf wie mit Russland. Der beginnende Wirtschaftskrieg mit Protektionismus und Sanktionen ist klares Anzeichen dafür.

Die Sehnsucht nach Großmachtstatus und strategischer Autonomie trifft also auf Barrieren, die beim gegenwärtigen Stand der Dinge kaum zu überwinden sind und lediglich geringe Spielräume für etwas mehr Eigenständigkeit lassen. Ein spektakulärer Beleg dafür ist die Rolle der EU im neuen Nahostkrieg. Zwar wurde das Massaker der Hamas an

⁷ FAZ, 25.4.2024, S. 3

Weht in Brüssel ein neuer Wind? Krise des Neoliberalismus, Fiskalpolitik und soziale Krise in Europa

mehr als 1.200 israelischen Zivilisten einhellig verurteilt. In dem Maße aber wie die israelische Reaktion unter Missachtung der Verhältnismäßigkeit und mit massiven Menschen- und Völkerrechtsverletzungen die Bevölkerung von Gaza einer rücksichtslosen, kollektiven Bestrafung unterwirft und alles tut, um die Zweistaatenlösung endgültig unmöglich zu machen, hat sich in der EU eine tiefe Spaltung aufgetan. Spanien, Irland und – mit Einschränkung – Frankreich, sowie Teile der EU-Kommission (z.B. Außenbeauftragter Borrell) üben z.T. heftige Kritik an Israel. Auch hat Frankreich für die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der UNO gestimmt.

Demgegenüber steht die Bundesregierung an der Spitze eines Lagers, zu dem u.a. Ungarn und Österreich sowie Kommissionspräsidentin von der Leyen gehören, das den Kurs der rechtsextremen Regierung Netanjahu unterstützt. So war Deutschland mit 43% der israelischen Rüstungsimporte nach den USA 2023 der zweitgrößte Waffenlieferant Israels.

Mit der Spaltung der EU in der Nahostfrage hat Brüssel jeglichen Einfluss auf den Konflikt verspielt. Das bezieht sich auch auf die brandgefährliche Eskalationsgefahr durch eine direkte Konfrontation Israel - Iran. Der Anspruch auf Großmachtstatus erweist sich einmal mehr als Selbstüberschätzung.

Im Globalen Süden wird angesichts von dreimal so viel Ziviltoten in Gaza wie in zwei Jahren Ukraine-Krieg die Nibelungentreue von Deutschland u.a. zu Israel als moralische Bankrotterklärung gesehen. Die Klage Nicaraguas vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) auf Beihilfe zum Völkermord ist dafür ein spektakuläres Beispiel.

Die emanzipatorische Alternative

Das Scheitern der EU an den eigenen Ansprüchen heißt jedoch keineswegs, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Friedenspolitik muss sich dem Bellizismus der EU entgegenstellen. Wie immer führt die Wagenburgbildung zu Feindbildproduktion und Aggressivität nach außen und zu Konformitätsdruck und Repression nach innen. Die Kosten der Militarisierung gehen wie immer zu Lasten von Sozialem und der Lohnabhängigen. Und sie absorbieren die Fähigkeit, die wirklichen Probleme der Menschheit, vorneweg die Klimakrise, zu lösen.

Für eine emanzipatorische Europapolitik bedeutet das, den Großmachtillusionen entgegenzutreten und den Platz der EU in der Welt des 21. Jahrhunderts realistisch zu bestimmen. Die Selbstüberschätzung der EU endet letztlich in Abenteuerium.

Gleichzeitig ist tatsächlich eine größere Autonomie gegenüber den USA anzustreben. Allerdings kann sie nicht militärisch definiert sein. Vielmehr muss sie sich inhaltlich an den friedenspolitischen Werten orientieren, die auch den Kern der UN-Charta und des Völkerrechts bilden: Kooperation statt Konfrontation, politische Konfliktregelung, friedliche Koexistenz, Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Seit einiger Zeit spielt die These von der Zurücknahme neoliberaler Maßnahmen eine große Rolle im europapolitischen Diskurs. Das neue Krisenmanagement der EU sei u.a. gekennzeichnet von einer Aufweichung der Fiskalregeln (Schuldenbremse bzw. Fiskalvertrag), zunehmenden staatlichen Interventionen in die Märkte, staatlicher Lenkungs-funktion wie beim Corona-Wiederaufbaufonds, zunehmendem *Protektionismus* (bes. gegen Produkte „Made in China“) und der politisch begründeten Abkoppelung von russischen Energie- und Rohstofflieferungen. Diese Interventionen seien auf zwei Überlegungen zurückzuführen:

- Sie seien in der Konkurrenz mit den USA und China vor allem machtstrategisch motiviert. Zum anderen gehe es um die Absicherung der kapitalistischen Verwertung. Eingerahmt würde die neue ‚Geoökonomie‘ durch eine *veränderte Industrie- und Infrastrukturpolitik*. Die sog. *Global Gateway-Initiative* gilt hier als Leuchtturmprojekt. Sie soll durch die „innovativsten digitalen Ökosysteme der Welt“ von Indien via Nahost bis Europa der ‚Neuen Seidenstraße‘ (engl. BRI) Chinas Paroli bieten.⁸
- Um trotz der multiplen Krisen die Bevölkerung von Massenprotesten abzuhalten, würde sozialen Aspekten eine etwas größere Bedeutung zugemessen, was sich z.B. in Maßnahmen zur Reduzierung von Erwerbslosigkeit (europäische *SURE-Kurzarbeitsregel*) und für eine Verbesserung von Arbeitslöhnen für Wanderarbeiter (europäische *Entsenderichtlinie*, s.u.) zeige.

Das alles ist zutreffend. Aber der Zwang zum neuen Krisenmanagement der EU bedeutet keine grundlegende Abkehr vom neoliberalen Dogma. So erkennen wir in zahlreichen politischen Weichenstellungen führender EU-Länder die neoliberale Handschrift wieder, besonders in der Sozial- und Steuerpolitik. Ein Blick auf den *Bundshaushalt 2024* der Ampel-Koalition lässt z.B. weitere Steuerentlastungen für Reiche, die Stornierung des versprochenen Klimagelds, die Beschränkung der Mittel für die Kindergrundsicherung, neue Härten für Arbeitslose und die Absicht erkennen, durch Privatisierungserlöse den Bundshaushalt zu entlasten, z.B. durch den geplanten Verkauf des Logistikunternehmens Schenker, einer Tochtergesellschaft der DB.

Bei genauem Hinsehen stellen auch die „fortschrittliche“ *Mindestlohn-Richtlinie* und die *Richtlinie zur grenzüberschreitenden Entsendung von Arbeitnehmer*innen* keinen Bruch mit der neoliberalen Grundausrichtung der Union dar. Zum einen ist der gesetzliche Mindestlohn von 12,41 (Stand: März 2024) in Deutschland ein *Armutslohn*, der

⁸ Bieling, Hans-Jürgen. „Die EU – eine geostrategische Macht im Werden? Strategien und Initiativen zur Kontrolle transnationaler Wertschöpfungsketten“, in: WSI-Mitteilungen 6/2023.

kein gutes Leben ermöglicht, zumal er auf breiter Front von Unternehmen unterlaufen wird. Zum anderen dürfte es bis auf den Sankt Nimmerleinstag dauern, bis die geplante, durchaus progressiv anmutende EU-Vorgabe zur Erhöhung der *Tarifbindung* der Unternehmen auf 80 % in allen Mitgliedsländern erreicht ist. Unterliegen ihr doch z.B. in Deutschland, dem wirtschaftlich stärksten EU-Land, inzwischen weniger als 50% der Unternehmen (Memorandum 2023, S. 2019).

Denn die Frage ist, ob dieser Reformplan auf dem Wege der obligatorischen sozialpartnerschaftlichen Orientierung, die die EU grundsätzlich verfolgt, überhaupt durchgesetzt werden kann; bzw. wie andernfalls für eine gesetzliche Regulierung die erforderlichen politischen Mehrheiten angesichts der Stärke der bürgerlichen Kräfte und der Schwäche der Linken zustande kommen sollen.⁹

Die ‚*Europäische Säule der Sozialen Rechte*‘ aus 2017 ist gegen den Sozialabbau in den Mitgliedstaaten zahnlos: Sanktionsmechanismen kann die EU ausschließlich bei den Budgetvorgaben gegen ein unbotmäßiges Mitgliedsland verhängen, nicht aber bei den sozialpolitischen Zielsetzungen. Substanzielle Sozialreformen zur Armutsbekämpfung hat die EU ohnehin nicht im Sinn, denn der Regelungsprozess zwischen EU-Institutionen, Parlamenten und Sozialpartnern soll nicht zu sozialen Mindeststandards führen, sondern zur „Vertiefung der Wirtschaftsunion“ beitragen. Sprich: Die Grundstrukturen wie Wettbewerbsfähigkeit, Preisstabilität, Dominanz der Finanzmärkte oder den Fiskalvertrag nicht infrage stellen¹⁰.

In *Osteuropa* sind soziale Probleme noch weitaus größer als in Westeuropa. Dort kam es nie zu einer Lohnangleichung zwischen Ost und West. So entspricht etwa der Durchschnittslohn in *Polen* gerade mal einem Drittel des österreichischen. Auf seiner unablässigen Suche nach Möglichkeiten zur Senkung der Produktionskosten flieht das westliche Kapital verstärkt in den billigeren Osten, während von dort aus immer mehr Arbeitskräfte in den Westen pendeln oder auswandern. Rufe von Gewerkschaften, die Konzerne auf die Anhebung der Löhne zu verpflichten, prallen bei den EU-Obersten ab. Stattdessen bauten Regierungen in Osteuropa nach dem EU-Beitritt Arbeitsrechte ab, nicht zuletzt auf Druck aus Brüssel. Schlimmer noch: Begleitet wird die EU-Osterweiterung von einem Rückgang der branchenweiten Kollektivverträge. So sind in *Polen* nur 15% der Beschäftigten durch Kollektivverträge geschützt, in *Rumänien* wurden diese sogar komplett abgeschafft. Osteuropa hat im 30-jährigen „Integrationsprozess“ der EU einen beispiellosen Bevölkerungsschwund hinnehmen müssen, begründet im Lohngefälle zwischen West und Ost. Das Problem des fallenden Arbeitskräfteangebots ist dort eklatant (vor allem bei Ärzt*innen und Pflegepersonal), da viele Menschen zumindest vorübergehend in den reicheren EU-Staaten arbeiten.

⁹ Verdi publik. *Gespaltene Gesellschaft – Arm & Reich*. Nr. 7/2023. S. 11 <https://publik.verdi.de/ausgabe-202307/>

¹⁰ Mayrhuber, Christine: „Sozialpolitik“, in: Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist. Attac-Österreich (Hg.). Wien, 2017

In Summe nimmt das Wirtschaftswachstum ab, die Gewinne aus osteuropäischen Fabriken fließen in die Firmenzentralen Westeuropas, im Land bleiben nur die Löhne. Die Hälfte aller produzierenden Firmen gehören ausländischen Eigentümern. Wer, wie Thomas Piketty, angesichts dieser Fakten fordert, dass die Gewinne in Osteuropa dort *reinvestiert* werden müssten, hat nur allzu Recht. Nur muss erkannt werden, dass das *EU-Primärrecht* dem prinzipiell im Wege steht. Das Lohndumping wird also weitergehen, nicht zuletzt, weil es für das Kapital billiger ist, im Falle des Erwischtwerdens bei Verstößen gegen Richtlinien eine Geldstrafe zu zahlen, als Menschen für ihre Arbeit anständig zu entlohnen.¹¹

Rückblende nach Westeuropa: Auch in *Frankreich* und *Italien* sehen wir eine Verschlechterung der Lebensbedingungen. So erkennbar am neoliberalen *Rentengesetz Macrons*. Am Ende konnte es nur in Kraft treten, weil Macron einen undemokratischen Verfassungstrick anwandte und das Gesetz per Verordnung, am Parlament vorbei, durchsetzte. In *Italien*, wo die postfaschistische Regierungschefin in allen wesentlichen Fragen mit der EU reibungslos kooperiert, gibt es nicht einmal einen Mindestlohn. Die Gehälter sind niedrig, die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch. 2023 hat die Regierung ungeachtet riesiger Proteste beispiellosen *Sozialabbau* betrieben (Kürzungen u.a. im Bildungssektor, im Pflegebereich und im Gesundheitswesen) und folgte damit den ‚*Empfehlungen*‘ der EU zum staatlichen *Schuldenabbau*.¹²

Mit einiger Wahrscheinlichkeit könnte angesichts der beschriebenen Kapitaloffensive die Macht der Konzerne in der EU mittels Entfaltung der vollen *Kampfkraft und internationalen Solidarität europäischer Gewerkschaften* erheblich geschwächt werden. Es gibt Kooperationen, z.B. die Zusammenarbeit im europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Es können geringfügige Veränderungen erreicht werden, jedoch kein grundlegender Wandel. Aus dieser Sackgasse herauszukommen, erforderte den Griff zum *Mittel des politischen Streiks*. Doch davon will der DGB im Gegensatz zu Gewerkschaften in anderen EU-Ländern nichts wissen, obwohl dieses Instrument in Einzelgewerkschaften diskutiert wird, z.B. als „feministischer Streik“. Mit einem politischen Streik können nur dann gesellschaftsverändernde Forderungen durchgesetzt werden, wenn große Teile der Gesellschaft dahinterstehen.

EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt und Staatsverschuldung

Im Februar 2024 musste die EU-Kommission ihre Wachstumsprognose für die EU-Wirtschaft erneut nach unten auf nur 0,9 % korrigieren. Die Eurozone schließt mit einem Plus von 0,8 % sogar noch schlechter ab. Mit gerade einmal 0,3 % Wachstum bildet Deutschland das Schlusslicht und

¹¹ Huber, Patricia. *EU: Schlechte Löhne im Osten, Lohndruck im Westen, Konzerne gewinnen*. In: <https://kontrast.at/gruende-fuer-unterschiedliche-loehne-in-europa/> 1. Juni 2021

¹² Verdi publik, *Italien im Widerstand*, ebd. S. 12

fällt damit als Motor einer „Erholung“ zumindest vorübergehend aus.¹³ Für die ‚Strategische Autonomie‘ im Zeichen des verschärften *Hegemonialkonflikts zwischen den USA und China* sind das keine guten Voraussetzungen.

Hatte nicht Ursula von der Leyen in ihrer ‚Rede zur Lage der Union‘ im September 2023 noch optimistisch verkündet, die Wachstumsstrategie der Union trage Früchte?

Im Ergebnis hat der vielgerühmte ‚Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt‘ (ESP) weder die manifeste *Schuldenkrise* verhindert noch das vom Kapital erhoffte Wachstum geschaffen.¹⁴

Während die Kommission im Rahmen des ESP und der Verfahren zum Ausgleich der sog. *Makro-ökonomischen Ungleichgewichte* zwischen den Mitgliedstaaten Dutzende ‚Empfehlungen‘ erließ, ermöglicht sie in hohem Ausmaß *Steuervermeidung durch Konzerne*. So verhindert das große Kapital dringend nötige Einnahmen für die effektive Bekämpfung der Erderwärmung und für die sozial-ökologische Transformation.

Die Rufe nach einer Lockerung (bzw. Abschaffung) der sog. *Schuldenbremse* in der Europäischen Union (*Fiskalvertrag*) wie auch in Deutschland werden immer lauter, gestützt auf die These, wonach primär die *Tragfähigkeit der Schulden* entscheidend ist, und nicht der Schuldenstand als solcher. Die Motive sind dabei allerdings sehr unterschiedlich, je nachdem, von welcher Seite die *Schuldenbremse* infrage gestellt wird, und sind daher nicht durchgängig von sozialem Fortschrittsdenken oder dem Wunsch nach militärischer Abrüstung geprägt.

Auch die jüngst vom Europaparlament durchgewunkene Reform der sog. *EU-Economic Governance* bringt entgegen den Wünschen breiter Teile der Zivilgesellschaft, wie des DGB und des EGB, keine grundlegende Wende. So wird die lange geforderte Einführung der sog. *Goldenen Regel*, wonach öffentliche Nettoinvestitionen durch öffentliche Kreditaufnahme finanziert werden können, nicht nur nicht umgesetzt.¹⁵ Es gibt im Rahmen der Vorgaben auch keinen fiskalischen Spielraum der Mitgliedsländer für dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen in die *Sozial-ökologische Transformation* als ein vorrangiges Ziel. Erhöhte Militärausgaben gehören künftig zu den budgetären Feldern, die beim Staatsschuldencheck weniger streng unter die Lupe genommen werden. Unsoziale Sparpolitik der Staaten ist weiterhin möglich, das Demokratiedefizit der EU-Economic Governance mit ihrer institutionalisierten Vorherrschaft abgehobener Elitenzirkel aus Rating-Agenturen, EZB und EU-Bürokratie ist nicht behoben.¹⁶ Allenfalls wird der zeitliche Anpassungspfad für die Senkung der Staatsschulden flexibler als bisher gefasst, zugleich aber der EU-Kommis-

¹³ Junge Welt vom 17./18.02.24

¹⁴ Clancy, Emma. *Discipline and Punish. End of the road for the EU's Stability and Growth Pact?* Analyse erstellt für Martin Schirdewan, MdEP Die Linke, 2020 (undatiert)

¹⁵ Stellungnahme des DGB zu den Leitlinien für eine Reform des wirtschaftspolitischen Rahmens der EU, 30.01.23

¹⁶ Le Monde Diplomatique Nr. 10/2023.

EU-TECHNOKRATIE; S. 3

sion große Macht bei der Überprüfung der Schuldentragfähigkeit der Mitgliedsstaaten gegeben, die faktisch ein autoritäres (direktes) Hineinregieren in die nationalen Exekutive und Legislative erlaubt.

Fazit

Der Neoliberalismus hat zu multiplen Krisen geführt, angefangen mit dem Finanzcrash 2008 über die Eurokrise bis hin zu vielfältigen sozialen Verwerfungen. Er versagt permanent vor der Aufgabe, die großen Probleme zu lösen, die der Klimawandel, die ökologische Katastrophe und die soziale Ungerechtigkeit aufwerfen. Der herrschende Block sieht sich deshalb gezwungen, staatlich zu intervenieren, um noch Schlimmeres zu verhindern. Ein post-neoliberales Akkumulationsregime ist dadurch nicht entstanden, schon gar nicht eines mit dezidiert progressiven Zügen. Stattdessen haben wir es mit einem pragmatischen Krisenmanagement zu tun, einem Durchwurschteln, dem es in erster Linie um die Rettung der bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse geht.

Rechtsentwicklung in der EU

Die Rechtsentwicklung der EU und in den Mitgliedsländern ist eines der gravierendsten Krisensymptome unserer Zeit. Rechtspopulistische, rechtsextreme und teilweise neo-faschistische Parteien werden überall stärker. In Italien, dem drittgrößten Mitgliedsland, stellen sie mit Meloni von den postfaschistischen *Fratelli d'Italia* die Regierungschefin. In Ungarn ist Victor Orban, der den Begriff „illiberale Demokratie“ als positives Leitbild begreift, seit zehn Jahren Ministerpräsident. In Polen ist auch nach dem Verlust der Parlamentsmehrheit mit Andrzej Duda ein Funktionär der rechten, extrem nationalistischen PIS-Partei Staatspräsident. Regierungsbeteiligungen neu-rechter Parteien gibt es in Finnland und Schweden. In den Niederlanden wurde Geert Wilders mit seiner Partei stärkste Kraft, auch wenn er nicht in der Lage war, eine Regierung zu bilden. In fast allen anderen Mitgliedsländern sind die neu-rechten Parteien mit 15% aufwärts präsent, darunter die AfD. Bei den jüngsten Wahlen in Portugal gelang der *Chega* („Es reicht“) der Sprung von 5% auf 18%.

Besonders dramatisch ist die Situation in Frankreich. Nach Umfragen zu den EP-Wahlen 2024 liegt die *Rassemblement National Marine Le Pens* mit 31% Mitte März dreizehn Prozent vor dem zweitplatzierten Regierungsbündnis Macrons mit 18%. Das ist ein Zuwachs von 2% zum Vormonat, während Macrons Bündnis ein Prozent verliert.¹⁷ Zwar war die EU selbst nie demokratisch organisiert und schon deshalb kein progressives Projekt. Neben dem subalternen Status des Parlaments ohne Gesetzesinitiative, dem Fehlen des Prinzips ‚Ein Mensch, eine Stimme‘ (sog. de-

¹⁷ Ipsos: Européennes 2024: le Rassemblement National creuse l'écart. <https://www.ipsos.com/fr-fr/europeennes-2024-le-rassemblement-national-creuse-lecart>

gressive Proportionalität) und Ähnliches hat bis heute der autoritäre Neoliberalismus quasi Verfassungsrang. Aber mit dem Rechtsruck in fast allen Mitgliedsländern ist eine neue Qualität hinzugekommen. Praktisch in allen westlichen Ländern gibt es eine ähnliche Entwicklung, vorneweg in den USA.

Ausdruck multipler Krisen des Kapitalismus

Natürlich gibt es je nach Land spezifische Ursachen und Ausprägungen der Rechtsentwicklung. Gemeinsam ist aber allen, dass es in den Bevölkerungen überall ein verbreitetes Krisenbewusstsein gibt, ein Gefühl von Unübersichtlichkeit, von Undurchschaubarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, ja von Chaos, Niedergang und drohenden Katastrophen.

Das wiederum schlägt sich in Unzufriedenheit, Verunsicherung, Pessimismus, Verlust des Vertrauens in Parteien und politische Institutionen, in Abstiegs- und Zukunftsängsten nieder. Symptomatisch dafür die Studie „Jugend in Deutschland 2024“, die feststellt, dass der Anteil der Jugendlichen, die AfD wählen würden, von 9% in den Vorjahren auf 22% gestiegen ist. Als Hauptgründe werden ein „Gefühl von Hilflosigkeit“ und schwindende Hoffnung auf ein gutes Leben angegeben.¹⁸

All das geht einher mit Polarisierungen und zunehmender Aggressivität im politischen Klima und wachsender Instabilität der politischen Systeme. Darunter der Abstieg der internationalen Sozialdemokratie, die Krise der Konservativen und – mit wenigen Ausnahmen – ein dramatischer Niedergang der Linken. Die Rechtsentwicklung ist Ausdruck einer tiefen Krise der liberalen Demokratie und eines zunehmenden Legitimationsdefizits der herrschenden Eliten. Die neue Rechte gibt vor, einfache Ursachen der Probleme zu kennen und entsprechend einfache Lösungen zu haben, die Sicherheit und eine Rückkehr in scheinbar klare Verhältnisse vortäuschen. Sie kann auf diese Weise und angesichts der Schwäche(n) der gesellschaftlichen Linken bei Wahlen einen großen Teil des Protestpotentials an sich ziehen. Das bedeutet allerdings nicht, dass ihre Wählerbasis auch die Programmatik und das oft dahinterstehende rassistische, völkische oder gar faschistische Gedankengut teilt. Wie alle Umfragen belegen, trifft das nur auf einen kleineren, harten Kern zu.

Das Übel an der Wurzel packen

Die Neue Rechte wird nicht durch moralische Empörung zurückgedrängt werden können. Notwendig ist, die tiefer liegenden Ursachen für ihre Erfolge zu begreifen und dort die Gegenstrategien anzusetzen. So ist auffällig, dass die rechte Welle gegen Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts zutage trat. In diese Zeit fiel der große Finanzcrash 2008, und die Krise des Neoliberalismus wurde offensichtlich. Die ökonomischen Verwüstungen der neoliberalen Globalisierung wurden für eine breite Öffentlichkeit erfahr-

bar. Die Banken wurden mit Milliarden gerettet, während Austerität, Privatisierungen, Deregulierung und Sozialabbau Millionen in Prekarität oder Armut geschickt hatten.

Nationalismus – „In Europa wird wieder deutsch gesprochen“ – so der damalige CDU-Fraktionschef Kauder, und das rassistische Image von den arbeitsscheuen Südländern wurden auch in der BRD in der sog. gesellschaftlichen Mitte hoffähig gemacht. Gleichzeitig wurde über viele Jahre die Entsolidarisierung unter den Lohnabhängigen gefördert, die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und die Differenzen in den Belegschaften vertieft, z.B. durch die Spaltung in Kernbelegschaft und Leiharbeiter. Die Konkurrenz zwischen den Erwerbstätigen wurde angeheizt, Erwerbslosen eingeredet, dass sie selbst Schuld an ihrer Erwerbslosigkeit seien, diese aber durch arbeitsmarktgerechteres Verhalten selbst beenden könnten. Dies führte oft zu kapitalkonformer Individualisierung, zu Überforderung und auch zu fremdenfeindlichen Ressentiments nach dem Motto: „Einheimische Beschäftigte haben ein Recht auf die besseren Jobs“.

Hinzu kommen die Erosionserscheinungen der traditionellen Familien- und Geschlechterordnung. Auch technologische Umbrüche, vor allem Digitalisierung und KI mit einer Tragweite wie seit der Erfindung der Dampfmaschine oder der Atombombe nicht mehr, erzeugt vor allem bei vielen älteren Menschen ein Gefühl, abgehängt und ausgegrenzt zu sein.

Ganz zentral auch die Bedrohung durch Klimawandel, Verlust der Biodiversität und andere globale Umweltprobleme. Die Mischung aus einerseits völlig unzureichenden Gegenmaßnahmen und der oft chaotischen Strategien der Regierungen bei gleichzeitigen Ängsten, den Herausforderungen der Energiewende finanziell nicht gewachsen zu sein, haben diffusen und mitunter irrationalen Protest hervorgerufen und geben rechten Leugnern des Klimawandels Auftrieb. In einigen Ländern, insbesondere Frankreich und Belgien, spielten auch islamistische Terroranschläge eine Rolle, Unsicherheit zu verbreiten. Dass die Zunahme der Migration auch ökonomische und soziale Probleme aufwarf, wurde von der Neuen Rechten erfolgreich instrumentalisiert.

Dazu kam die Covid-Pandemie, eine Erfahrung, die für alle heute lebenden Generationen einen völlig neuen Bedrohungstypus darstellt. Schutzmaßnahmen wurden von den Regierungen angeordnet, ohne Zustimmung des Parlaments, ohne Konsens in der Bevölkerung. Dass kaum gesehen wurde, dass gerade Menschen, die in engen Wohnungen leben oder schlecht bezahlte Jobs erledigen, besonders häufig an Corona erkrankten und sich aufgrund ihrer Lebensumstände nicht im Home-Office isolieren konnten, hat Wut und Trotzreaktionen entstehen lassen.

Last not least kommen die seit Jahren anwachsenden internationalen Spannungen, die Umbrüche im internationalen System und jetzt noch die Kriege in der Ukraine und Nahost dazu. Angst wird zusätzlich durch die Entmottung uralter Feindbilder von einer angeblichen Gefahr aus dem Osten geschürt, so jüngst besonders primitiv durch den französischen Präsidenten, und in Deutschland von Politiker*innen wie Baerbock, Röttgen, Roth und Strack-Zimmermann.

¹⁸ Schnetzer, Simon/Hampel, Kilian/Hurrelmann, Klaus (2024): Trendstudie Jugend in Deutschland 2024.

Fake und Flop – der „Green Deal“ der EU

Krisen gab es immer. Aber unserer Gegenwart zeichnet sich durch eine Kumulation von Krisen aus, die sich gegenseitig verstärken und eine enorme Komplexität der Probleme erzeugen. Das führt auch bei den Herrschenden zu abnehmender Problemlösungsfähigkeit bis hin zu Kontrollverlust, wie bei der Klimakrise.

Die Linke ist in den meisten Mitgliedsstaaten marginalisiert und fällt als orientierende Kraft weitgehend aus. Sie kann informieren, demonstrieren, die Zustände anprangern, aber wenig ändern. Die extreme Rechte kann das so entstandene Vakuum nutzen und die Verunsicherung der Menschen auf ihre Mühlen leiten, indem sie einfache, aber letztlich demagogische Scheinlösungen anbietet.

Die Spitze des Eisbergs

So gefährlich die rechtsextremen Parteien sind, sind sie nur die Spitze des Eisbergs. *Es gibt eine generelle Rechtsentwicklung in der politischen Klasse und im herrschenden gesellschaftlichen Klima.* Besonders eklatantes Beispiel ist die Verschärfung der Migrationspolitik, bei der die EU inzwischen weitgehend auf den Kurs der Rechten eingeschwenkt ist. Ursula von der Leyen ist gemeinsam mit Meloni nach Tunesien gereist, um die *Festung Europa* mit einem Abkommen auszubauen. Inzwischen gibt es eine ähnliche Vereinbarung mit Ägypten. Mit Billigung Brüssels hat Meloni ein Abkommen mit Albanien getroffen, wonach Migranten in Lagern außerhalb der EU eingeliefert werden, um dort auf die Bearbeitung eines Asylantrags zu warten. Die völkerrechtswidrigen ‚Push-Backs‘ u.a. durch Griechenland, Polen und Finnland werden von Brüssel hingenommen. Die EU bildet mit ihren Strukturen und Regeln, vorneweg dem neoliberalen Konstitutionalismus, d.h. der Erhebung neoliberaler Dogmen quasi zur Verfassung, und ihrem undemokratischen Charakter einen idealen Nährboden für die Neu-Rechten.

Wenn die Linke wieder Eingriffsfähigkeit gewinnen will, muss sie sich der Komplexität der Krisen stellen, in die der Kapitalismus uns gestürzt hat, um wieder überzeugende Alternativen anbieten zu können. Hierzu gehört auch eine detaillierte Analyse, ob und ggf. wie die EU-Strukturen rechte Tendenzen in der Gesellschaft befördern.



[Inhalt & Leseprobe](#)

Europa ist der Kontinent, der sich laut der Europäischen Umweltagentur (EEA) am schnellsten erwärmt.¹⁹ Das Ziel eines Temperaturanstiegs „nur“ um 1,5 Grad ist inzwischen passé. Selbst für 2 Grad müssten die Emissionen um 30 % bis 2030 sinken, aber *kein Industrieland hat bisher Emissionen im nötigen Ausmaß reduziert!* Nach dem *Emission GAP Report 2023* planen die zehn reichsten Staaten der Welt Maßnahmen, die zu einem *weiteren Anstieg der Kohleproduktion bis 2030 und der Öl- und Gasproduktion bis mindestens 2050* führen.²⁰ Deshalb sinkt der fossile Energieverbrauch bis auf wenige Ausnahmen nicht bis 2030. Kohle und Gas erleben ein Revival, in den USA stieg das Volumen der Erdgasförderung auf bislang nie dagewesene 104 Milliarden Kubikfuß pro Tag. Die USA wurden damit 2023 zum größten Flüssiggaslieferanten weltweit. Dabei werden mehr als vier Fünftel des Volumens per Fracking gefördert, indem u.a. giftige Chemikalien in den Boden gepresst werden.²¹ Deshalb hat der Umstieg auf Flüssiggas noch schädlichere Folgen für Natur, Planet und Lebensbedingungen der Menschen als konventionelles Erdgas aus der Leitung. Der mit Abstand größte Abnehmer von LNG ist die EU.²² Milliardenbeträge werden für fossile Energien inklusive der Umwandlung in Flüssiggas ausgegeben. Dieses Geld fehlt für erneuerbare Energien. Gas und Atomkraft werden plötzlich von der EU als „saubere Energie“ definiert. Eine Energiewende wird so verhindert.

Gleichzeitig betrug der *Ressourcenverbrauch* der reichen Industrieländer im Zeitraum 1970-2017 74%, derjenige Chinas 15% (inklusive des Exports nach den Industrieländern). Der Verbrauch der Länder des globalen Südens betrug 8%. Die EU müsste also ihre Emissionen auf Null senken und ihren Ressourcenverbrauch halbieren, um zu einer weltweit gerechten Aufteilung der vorhandenen Ressourcen ihren Beitrag zu leisten. Stattdessen verschärft der scheinbare Ausweg des *„Technologie-Ausbaus zur Eindämmung des Klimawandels“*. Durch den erhöhten Bedarf an strategischen Rohstoffen wie Kupfer, Lithium, Seltene Erden verschärft sich die Krise der Rohstoffversorgung und führt zum Kollaps der Biodiversität.

Der Abbau der wichtigsten Rohstoffe mit viel Energie, Wasser und umweltverschmutzenden Stoffen geht vor allem zu Lasten der Länder des Südens. China kann dabei seine Marktposition verstärken, indem es Rohstoffe im eigenen Land fördern und verarbeiten kann. Die USA und EU aber sind die Hauptprofiteure. Sie können ihre ökonomische Stärke erhalten und Profite machen, indem sie Rohstoffe importieren, verarbeiten und vermarkten, während das öko-

¹⁹ EUCRA: [Bericht der europäischen Umweltagentur](#) zur Bewertung des Klimarisikos für Europa 1/2024

²⁰ Emission Gap Report des Umweltprogramms der UN (UEP) vom November 2023

²¹ <https://umweltinstitut.org/energie-und-klima/fracking/>

²² ebd.

logische Desaster des Rohstoffabbaus weitgehend bei den abbauenden Ländern bleibt.

Dazu kommt der Kampf um Rohstoffe und darum, in welcher Währung diese bezahlt werden. In den USA ist die Rohstoffversorgung wichtiger Teil der Sicherheitsstrategie, genauso in der ihr folgenden EU.

Aufgrund dieser geopolitischen Lage ist mit Kriegen um „strategische“ Rohstoffe, um den ungehinderten Zugang zu Energiequellen und deren Bezahlung in Dollar zu rechnen.²³ Dabei können sich die heutigen Sanktionen der USA und EU gegen sie selbst umkehren, wenn wachsende Teile der Welt auf ihrem Recht bestehen, ihre Handelspartner und die Währung, in der sie Handel treiben, selbst zu wählen und sich z.B. vom Dollar lösen.

Ist der Green Deal das Feigenblatt der EU, um eine wirkliche sozial-ökologische Transformation zu blockieren?

Die EU instrumentalisiert, ja, missbraucht die ökologisch notwendige Transformation für die Erschließung und Verteidigung von Märkten, Marktanteilen und Profiten für Konzerne. Dies besonders, da die EU inzwischen ein Vasall der US-amerikanischen Geopolitik geworden ist.

Was ist „green“ am Green Deal? Wie soll das Wachstum der Autoindustrie, das immer mehr individuellen Autoverkehr produziert, mit der Senkung von Energie- und Rohstoffverbrauch vereinbar sein? Für eine sozial-ökologische Transformation sind auf diesem Gebiet eine Reduzierung von Autos, die Umstellung der Autoproduktion auf eine alternative Schienen-, Bus-, Fahrradproduktion und eine Mobilitätswende mit dem Ausbau eines funktionierenden Öffentlichen Nah- und Fernverkehrs nötig, statt nur eine Antriebswende. Unbegrenzt Wachstum zerstört begrenzte Systeme. In der EU 2024 wurde die erlaubte Anwendung von Glyphosat und andern Giften trotz Nachweis massiver Schäden für Natur, Mensch und Umwelt um 10 weitere Jahre verlängert.²⁴

Gentechnische Verfahren wie CRISPR (eine nicht sichere Gen-Schere) sollen nicht mehr nach EU-Gentechnikrecht reguliert werden, sodass sie u.a. auf Lebensmitteln nicht mehr gekennzeichnet sind. Gentechnik gibt es seit 25 Jahren – den Hunger verhindert hat sie nicht. *Fast-Food-Ketten setzen sich durch.* Es findet weder eine Einschränkung ungesunder Ernährung statt noch werden *Recycling-Produkte durch Regulierung erzwungen.* Deshalb gibt es keine Reduzierung des Verbrauchs und des Mülls.

In der Landwirtschaft führt die *Subventionierung großer Agrar- und Chemie-Konzerne* zu *Landgrabbing* mittels spekulativer Pachterhöhung. Das vernichtet sukzessive die bäuerliche Landwirtschaft und verhindert den ökologischen Umbau der jetzigen industriellen Agrarwirtschaft.

²³ Nationale Sicherheitsstrategie vom Dezember 2018, Cheney-Bericht 2001 ??

²⁴ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/544498/eu-verlaengert-glyphosat-genehmigung/>

Der weltweiten *Wasserkrise* wird nicht mit globalen Konzepten begegnet. Stattdessen wird die Wasserversorgung vielerorts immer noch privatisiert bzw. wird das Wasser Konzernen überlassen - zu Lasten der Wohnbevölkerung (siehe z.B. Tesla in Sachsen) und der Bauern.

Die „Green Deal“-Politik der EU trägt nicht zu einer sozial-ökologischen Transformation bei. Im Gegenteil, sie erhöht die weltweite Kriegsgefahr durch den verstärkten Konkurrenzkampf um Rohstoffe und Energie für neue Technologien, bei gleichbleibenden bzw. steigenden Emissionen zu Lasten von Mensch, Natur und Klima.²⁵

Vor diesem Hintergrund sollte man besser von „Fake Deal“ statt von „Green Deal“ sprechen. Dies umso mehr, als Brüssel inzwischen selbst zugibt, dass die selbstgesetzten Ziele verfehlt werden. So erklärte Klimakommissar Wopke Hoekstra, dass die Reduktion der Klima-Emissionen bis 2030 nur 51% statt der angestrebten 55% betragen würde.²⁶ Der *Europäischen Klima-Agentur* zufolge ist aber selbst das noch zu optimistisch. Sie hält 48% für wahrscheinlich. Damit dürfte auch das Endziel ‚*Klimaneutralität*‘ bis 2050 zum Flop werden.

Eine sozial-ökologische Transformation in der EU muss in folgende Richtung gehen:

- der fossilen Lobbyisten und der Autolobby müssen die staatlichen Subventionen entzogen und diese Gelder für eine Energie- und Verkehrswende eingesetzt werden,
- der Ressourcenverbrauch in der EU muss radikal heruntergeschraubt werden,
- die Emissionen müssen gesenkt werden,
- globale klimagerechte Handels-, Rohstoff- und Energiebeziehungen müssen neu geschaffen und die Transportwege reduziert werden - statt für höhere Profite billigere Produkte aus der ganzen Welt zu importieren,
- Arten- und Biotopschutz muss in allen EU-Staaten intensiv umgesetzt werden.

EU-Handelspolitik zwischen Neoliberalismus und Protektionismus

Die Turbulenzen im internationalen System, vorneweg der Aufstieg Chinas zur Supermacht, gehen an der Handelspolitik Brüssels nicht spurlos vorbei. So wird in bilateralen Handelsverträgen mit Ländern des Globalen Südens die traditionelle neoliberale Linie zur Rohstoffsicherung fortgesetzt, während gleichzeitig eine Welle protektionistischer Abschottung einsetzt. Es gibt ein Nebeneinander von neoliberaler Kontinuität und protektionistischem Bruch.

²⁵ <https://www.german-foreign-policy.com/> v. 29.1.2024

²⁶ https://www.linkedin.com/posts/brusselssignal_eu-behind-china-on-climate-change-as-hoekstra-activity-7183063649077387264-ZeqC

Neoliberale Globalisierung und die Handelspolitik der EU

Im September 2015 hatten 193 Mitgliedsstaaten der UN die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Die Halbzeitbilanz vom August 2023 fiel ernüchternd aus:²⁷ Der globale Rohstoffverbrauch hat sich von 43 Milliarden Tonnen 1990 auf 92 Milliarden 2017 mehr als verdoppelt. Die Beiträge zur Reduktion der Klimagase reichen zur Einhaltung der Pariser Klimaziele bei Weitem nicht aus. Die Schuldenkrise der Länder des globalen Südens wurde verschärft. Der Ausbau öffentlicher Infrastrukturen – im Bericht als wichtige Voraussetzung nachhaltiger Entwicklung hervorgehoben – wird in ärmeren Ländern durch Schuldendienste und weltweit durch privat-kapitalistische Finanzierung erschwert.

Treibende Kraft ist das neoliberale Welthandelssystem, das seit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) als multilaterales Regelwerk völkerrechtliche Geltung erlangt hat. Es drängt staatliche Regulierung zurück und räumt dem freien Handel und der Öffnung von Märkten Vorrang vor der Beachtung von ökologischen Grenzen und gesellschaftlichem Wohlergehen ein.

Welche Rolle spielt die Handelspolitik der EU?

Die EU ist, wie ihre Mitgliedsstaaten, Mitglied der WTO. Sie arbeitet eng mit der WTO zusammen und versteht sich als wichtiger Akteur ihrer Reformierung. Weil die WTO-Verhandlungen seit Längerem stocken, strebt die EU seit 2006 parallel *bilaterale Handelsabkommen* an. Richtungsweisend für die handelspolitischen Ziele der EU sind bilaterale Freihandelsabkommen der neuen Generation. Prototyp ist das CETA-Abkommen mit Kanada.

Freihandelsabkommen dieses Typs integrieren die Liberalisierungsvorschriften der WTO und erweitern sie um verschärfende Bestimmungen, die staatliche Regulierung und parlamentarische Beschlussfassung weiter beschneiden und komfortable Investitionsbedingungen für europäische Unternehmen schaffen. Dazu gehören vor allem:

- *Ausschusssysteme*, die *ohne* parlamentarische Beschlussfassung weitreichende, völkerrechtlich bindende Entscheidungen treffen können. Zusammengesetzt aus Regierungsmitgliedern der Vertragsstaaten und der EU-Kommission sind sie u.a. befugt, nichttarifäre Handelshemmnisse, wozu neben unterschiedlichen technischen Normen auch soziale und ökologische Schutzstandards gehören, zu "harmonisieren". Sie können sogar Vertragsteile ändern.
- *Ausländischen Investoren* werden *einseitige Klage-rechte* gegen ihre Gaststaaten eingeräumt, die auf der Basis von Investitionsschutzkapiteln der Handelsverträge verhandelt werden. Unter dem klingenden Namen "*Investitionsgerichtssystem*" (ICS) sollen Schiedstribunale eingerichtet werden, die nach ISDS-Prinzipien arbeiten. Perspektivisch will die EU selbige "Gerichte" zu

einem *Multilateralen Investitionsgerichtshof (MIC)* zusammenführen und dauerhaft eine konzernfreundliche Paralleljustiz etablieren.

- Die Verträge *verpflichten zur Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen und zur Marktöffnung der öffentlichen Beschaffung*. Das heißt u.a., dass ein Land wie Chile Aufträge zur Anschaffung von Waren und Dienstleistungen für staatliche und kommunale Stellen im Wettbewerb mit kommerziellen Anbietern aus 27 EU-Mitgliedsstaaten ausschreiben und vergeben muss. Vergabekriterien, die auf die Förderung regionaler Wertschöpfung zielen, sind untersagt. Regionalen Volkswirtschaften gehen damit nicht nur große Marktanteile verloren. Es werden Staaten und Kommunen auch wichtige Möglichkeiten der klimapolitischen und sozialen Gestaltung der öffentlichen Infrastruktur entzogen.

- Die Verträge sehen *zwischenstaatliche Streitschlichtungsmechanismen* vor, die Sanktionen wie Strafzölle verhängen können. Jedoch sind dadurch nur Handelsvereinbarungen und Liberalisierungsverpflichtungen geschützt. Gleichwohl sich die EU auf die Fahnen schreibt, Nachhaltigkeitsziele wie die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen, die Bekämpfung des Klimawandels und des Verlusts der Biodiversität sicherzustellen, sind die betreffenden Kapitel *in der Regel* von der zwischenstaatlichen Streitbeilegung ausgenommen.²⁸ Das hat zur Folge, dass Handel und Produktion klimaschädlicher und ressourcenverbrauchender Waren angeheizt wird. Z.B. hat das CETA-Abkommen seit seiner vorläufigen Anwendung im Jahr 2017 bis 2022 eine Steigerung der europäischen Rohölimporte aus Kanada um 66 Prozent gebracht.²⁹

Bislang hat die EU neun solcher Verträge auf den Weg gebracht.³⁰ Andere Vertragstypen wie das re-formulierte Assoziierungsabkommen mit den Mercosur-Staaten wurden größtenteils angepasst.

Insgesamt unterhält die EU 42 bilaterale Präferenzabkommen mit 78 Ländern. Diesen wird eine *hohe geostrategische Bedeutung* hinsichtlich der Stabilisierung von Lieferketten und der Einfuhr von Rohstoffen beigemessen. Auch will man sie nutzen, um dem „*anhaltenden Aufstieg Chinas*“ entgegenzutreten und der „*EU mit ihren Bestrebungen zur Einrichtung eines reformierten, regelbasierten Systems der globalen Handelspolitik eine weltweit führende Rolle sichern*“.³¹

²⁸ Lediglich im Abkommen mit Neuseeland können wenigstens Verstöße gegen das Pariser Klimaabkommen und die ILO-Arbeitsnormen können durch Handelsinstrumente geahndet werden. Vgl. Fritz, Thomas 2024, <https://power-shift.de/klimacheck-handelspolitik/>. S. 19

²⁹ Fritz, Thomas 2024, <https://power-shift.de/klimacheck-handelspolitik/>,

³⁰ Mit UK, Kanada, Vietnam, Japan, Singapur, Neuseeland, Südkorea, Mexiko, Chile ...

³¹ https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:5bf4e9d0-71d2-11eb-9ac9-01aa75ed71a1.0003.02/DOC_1&format=PDF

²⁷ <https://www.2030agenda.de/de/halbzeitbilanz>

Der grüne Deal im Welthandel

Bestandteil dieser Bestrebungen ist der *Europäische Green Deal* als neuer „Wachstumsstrategie“, mit der man die EU bis 2050 zu einer „nachhaltigen, ressourcenorientierten und widerstandsfähigen Wirtschaft“ transformieren will.³²

Im Zuge dieser Strategie haben die bilateralen Abkommen der neuen Generation eine Dynamisierung erfahren. Um die für Dekarbonisierung und Digitalisierung der europäischen Wirtschaft nötigen kritischen Rohstoffe (u.a. Lithium, Graphit, Kobalt, Nickel, Mangan, Seltene Erden, Kupfer) zu sichern und Abhängigkeiten von China zu verringern, wurden ältere Abkommen mit Neuseeland, Chile und Mexiko neu verhandelt und gemäß dem CETA-Typ reformuliert. Zugleich wurden sie mit Energie- und Rohstoffkapiteln versehen. Weitere Abkommen mit entsprechenden Kapiteln werden mit Indien, Indonesien und Australien verhandelt. Mit der *Aufrüstung der Handelsverträge* wurde den rohstoffexportierenden Staaten ein enges Korsett angelegt. Schon die Integration von Investorenklagerchten, die auch Investitionen in fossile Energien schützen, engen deren wirtschaftlichen und klimapolitischen Handlungsmöglichkeiten empfindlich ein. In den Investitionsschutzkapiteln sind im Interesse europäischer Firmen zudem sogenannte *„Investitionsliberalisierungen“* festgeschrieben. Sie untersagen, dass Investitionen im Rohstoffbereich an Bedingungen wie Technologietransfer oder Beschäftigung einer bestimmten Zahl einheimischer Angestellter gebunden werden, die für die Entwicklung der rohstoffexportierenden Länder wichtig wären.³³

Die *Rohstoffkapitel* sehen vor, staatliche Maßnahmen und Regularien, die den Wettbewerb verzerren oder den Handel behindern, im Interesse des europäischen Zugangs zu Energie und Rohstoffen abzuschaffen. In diesem Sinne diktieren sie den rohstoffreichen Staaten strangulierende Bestimmungen: So das Verbot von Import- und Exportbeschränkungen, das Verbot von Import- und Exportmonopolen (inkl. staatlicher Unternehmen) sowie das Verbot von Preisregulation im Energie- und Rohstoffbereich. Letzteres soll höhere Preise von Exportrohstoffen — etwa durch Exportsteuern oder die Subventionierung lokaler Firmen zum Aufbau einheimischer Wertschöpfung — verhindern.³⁴

Es zeigt sich, dass Handelsverträge der EU die staatlichen Regulierungsrechte und politischen Gestaltungsspielräume der rohstoffreichen Länder massiv einschränken und den Aufbau der eigenen Wertschöpfung behindern. Es wird das postkoloniale Muster rohstoffexportierender Länder und reicher rohstoffimportierender Länder verstetigt. Neue Umweltbelastungen und soziale Kosten, die aus der unregulierten Extraktion von Rohstoffen für das „grüne“ Wachstum der europäischen Wirtschaft folgen, belasten den globalen Süden. Durch Fehlanreize wie die Unterordnung von Nachhaltigkeitszielen unter Handelsinteressen, Investorenklage-

rechte und Investitionsliberalisierungen werden der Ressourcenverbrauch und der Klimawandel weiter angeheizt. Was also die EU mit ihren *„Bestrebungen zur Einrichtung eines reformierten, regelbasierten Systems der globalen Handelspolitik“* betreibt, ist die Verfestigung eines neoliberalen Handelsregimes in Ländern des globalen Südens zum Zwecke europäischer Rohstoffsicherung. Damit wird zugleich das *geopolitische Interesse bedient*, den *„anhaltenden Aufstieg Chinas“* und die Abhängigkeit von chinesischen Rohstoffen zu reduzieren.

Protektionismus für das europäische Kapital

Als Kehrseite der neoliberalen Strangulierung des Südens zeichnet sich zugleich ein zunehmender Protektionismus ab, mit dem die EU wirtschaftsstarken Konkurrenten, insbesondere China, gegenübertritt.

Da China in der Lage ist, z.B. Windkraft- und Photovoltaikanlagen und E-Autos, bei denen Brüssel mal glaubte eine Führungsrolle spielen zu können, kostengünstiger herzustellen – bei mindestens gleicher Qualität – werden jetzt Zölle und andere Handelsbeschränkungen und sogar Importverbote verhängt.

Auch bei Spitzentechnologien in der Telekommunikation werden mit vorgeschobenen Sicherheitsbedenken chinesische Konkurrenten wie *Huawei* aus dem EU-Markt gedrängt. Die Rechtfertigung der EU: Aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme würden die chinesischen Firmen stärker subventioniert.

Dabei erlaubt auch Brüssel staatliche Subventionen und Vergünstigungen in verschiedenen Branchen, um Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. So z.B. für E-Autos in der Gigafabrik von Tesla in Brandenburg, oder für die Chipproduktion von Intel in Magdeburg.

Die EU fürchtet um ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit und hält daher mit Protektionismus ihre schützende Hand über das europäische Kapital. Es bestätigt sich einmal mehr, dass Freihandel nur solange gilt, solange es der eigenen Wirtschaft nützt.

Auch die Abkopplung von Russland wie insgesamt die der geopolitisch motivierte Wirtschaftskrieg sind eine Absage an die Freihandelsdoktrin. Insbesondere das deutsche Kapital verliert durch den Verzicht auf billiges Erdgas aus Russland einen wichtigen Kostenvorteil, weil es jetzt das teurere und noch umweltschädlichere LNG-Gas aus USA und von Golfstaaten importiert. So schießt man sich ins eigene Knie. Zudem ordnet sich Brüssel mit der Parole vom „Derisking“ immer mehr dem globalen Wirtschaftskrieg unter, den die USA begonnen haben, um ihre globale Hegemonie zu erhalten. Angesichts der viel engeren Verflechtung ihrer Wirtschaft mit China als die der USA, ist der Preis für die EU viel höher. Sie gehört daher auch auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiet zu den Verlierern in der Auseinandersetzung um die Weltordnung. Wer sich selbst zum Vasallen des US-Imperialismus macht, darf sich nicht wundern, wenn er das Nachsehen hat.

³² https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:5bf4e9d0-71d2-11eb-9ac9-01aa75ed71a1.0003.02/DOC_1&format=PDF, S. 3-4

³³ Müller, Bettina (2023): [Handel- und Rohstoffsicherung](#)

³⁴ Müller, Bettina (ebd. S. 27)

2007: Die europäischen Attac-Verbände sagten "Nein" zum EU-Reformvertrag

„Am 11. März 2007 haben 17 Europäische Attacs ihre "Zehn Prinzipien für einen demokratischen Vertrag" vorgelegt, die zu einer Neubegründung der Europäischen Union (EU) beitragen sollen. Die aufmerksame Lektüre des Reformvertrags, der von den Mitgliedstaaten der EU anlässlich des Europäischen Rats vom 18. und 19. Oktober 2007 angenommen wurde, zeigt, dass er keines der zehn Prinzipien respektiert. Mehr noch, er ist eine getarnte Neuauflage des Europäischen Verfassungsvertrages, den die französischen und niederländischen Wählerinnen und Wähler im Jahr 2005 abgelehnt haben.“

Dieser Text ist inakzeptabel, sowohl was sein Zustandekommen als auch was seinen Inhalt betrifft.“

Mehr: [SiG-Biblio Nr 4](#) (enthält auch die „Zehn Prinzipien für einen demokratischen Vertrag“)

European Common Space for Alternatives (ECSA)

<https://spaceforalternatives.eu>

Thomas Immanuel Steinberg: **Wut und Mut in Marseille**

Vom 26. bis 28. April 2024 kamen in Marseille europäische Linke zusammen unter dem Etikett **European Common Space for Alternatives**. (1) (2)

Die Plenarsitzungen und die Treffen zu den Themen „Recht auf Wohnung“, „Gefahren durch Atomkraftwerke“ und „Solidarität mit Palästina“ vermittelten mir den Eindruck, dass das westliche Kapital, also das Imperium, den **Druck** auf die unbotmäßige Weltbevölkerung und seine eigenen Untertanen im Zuge der Corona-Jahre merklich **verstärkt** hat. Einerseits.

Andererseits erschienen mir die polit-ökonomischen **analytischen Fähigkeiten** besonders der jüngeren Teilnehmerinnen **weit entwickelt**. Es gab keine „peopolitical“ Ausführungen nach dem Schema „Le Pen ist schlimmer als Macron“ – oder umgekehrt.

Nicht nur der weise Marseiller Pierre Stambul von der Union juive française pour la paix, auch die irischen, britischen und deutschen jungen Palästina-Aktivistinnen zerpflegten die dummen und schändlichen zionistischen Behauptungen zum Gaza-Konflikt und befürworteten ohne Einschränkung die **Boycott-Divestment-Sanctions-Strategie (BDS)** gegen den israelischen Repressionsapparat.

Der Sprecher einer rumänischen Gruppe gegen **Wohnungsnot** führte aus: Bis 1989, also im realen Sozialismus, habe es in Rumänien umfangreichen staatlichen Wohnungsbau gegeben. Dann wurden die Wohnungen privatisiert und einst enteignete Immobilien an die Vorbesitzer zurückgegeben. Wohnungsnot entstand, besonders unter den Rom. Sie ist bis heute nicht gelindert.

Ein Film von 2011 zeigte die Verseuchung der nahen und weiten Umgebung von **Fukushima**. Ein Sachkenner erläuterte den überwiegend französischen, atomstrom-versorgten Zuhörern die auch in Frankreich bestehenden Gefahren.

Ein Teilnehmer aus der Republik Kongo ging auf die fürchterlichen Folgen des **Lithium-Abbaus** und der damit verbundenen Bandenkämpfe ein. Lithium wird für Autobatterien gebraucht.

Die Konferenz hat die Wut auf die Herrschenden gesteigert und Mut gemacht für weitere Aufklärungs- und Befreiungsaktionen.

Anmerkungen

(1) Sie kamen von Gruppen wie ATTAC France; Confédération paysanne; EAC (European coalition 4 right to housing and to the city); Droit au logement (DAL); Friends of the Earth Sweden; Institut La Boétie; Ligue des droits de l'Homme (LDH); Norwegian Social Forum; Rosa-Luxemburg-Stiftung; Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit <https://www.wilpf.de/>; Union juive française pour la paix <https://ujfp.org/>; Comité pour l'abolition des dettes illégitimes, Liège (CADTM) <https://www.cadtm.org/>; und zahlreiche Pro-Palästina-Organisationen.

(2) Ort der über hundert Veranstaltungen war zumeist La Friche im Viertel Belle de Mai – eine kulturell genutzte Industriebrache <https://meinfrankreich.com/marseille-friche-la-belle-de-mai/>. In drei ähnlichen Einrichtungen rund herum fand ein kleinerer Teil der Veranstaltungen statt. Konferenzsprachen waren Englisch und Französisch, sporadisch auch Spanisch.

Einige SiG-Artikel zu Europa (SiG-Liste)

SiG 100, 2013, Seiten 67-72 (mit Linklisten zu den Themen: Militarisierung, Rechtsextremismus, Alternativen u. a. m.)

SiG 135: 10 Jahre Lissabon-Vertrag

SiG 133 und **SiG 146** : Attac Frankreich: Strategische Ausrichtung 2019 – 2022 bzw. 2022 -2025

SiG 137: Bündnis in Frankreich ‚Plus jamais ça‘ :Plan zum Ausweg aus der Krise

(2022) SiG 144: Europäische Union: Öl ins Feuer

SiG 144 und folgende: Frieden!

SiG 145: Europas Zukunft? Linksbündnis gegen Macron

SiG 148: Menschenrechte im Krisenmodus / Grundenergiebedarf sozial und ökologisch decken!

(2023) SiG 149 und SiG 150: Rentenreform in Frankreich

SiG 151: Gegen Handels- und Investitionsverträge /Asylrecht

Attac Italien "Europa: Wo die Nacht herrscht"

Newsletter, April 2024 – <http://attac-italia.org/granello-di-sabbia-n-52-europa-a-che-punto-e-la-notte/>

„Wir versuchen, die Kluft aufzuzeigen, die heute zwischen denjenigen, die sich ein feministisches, ökologisches, sozialistisches, internationalistisches und friedliches Europa vorstellen, und der tatsächlichen Lesart des aktuellen europäischen Zuges besteht.“

Die zehn Themenbereiche, die wir untersuchen werden: Wirtschaftspolitik & Austerität – vielen Dank an Eric Trousaint, internationaler Sprecher des Komitees für die Abschaffung illegitimer Schulden (CADTM), für seinen wertvollen Beitrag, und an die gute Arbeit des Centro Studi Cadtm Italia für die aktuellen Analysen zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), zur Reform des Stabilitätspakts und zu den Einschätzungen zur Besteuerung; Krieg und Frieden; Klimakrise; Landwirtschaft; Soziales; Migration.“

Landwirtschaft – welche Perspektiven?

Einleitung von Jean-Marie Harribey zum Dossier von „Les Possibles“

(vierteljährliche Veröffentlichung auf Initiative vom wissenschaftlichen Beirat von Attac Frankreich, <https://france.attac.org/nos-publications/les-possibles/>)

[...] Vor dem Wahltermin am 9. Juni dieses Jahres erschien es uns wichtig, einige der Fragen zu untersuchen, die sich die Bürger*innen über den Zustand der Europäischen Union stellen können. Dies ist das Thema unseres Dossiers, in dem wir uns hauptsächlich mit dem Landwirtschaftsmodell befassen, das sich heute in einer totalen Sackgasse befindet, aus der weder die kapitalistischen Agrarunternehmen, die allzu glücklich sind, den Großteil der Subventionen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) abzugreifen, noch die Europäische Kommission, die die zaghaften Fortschritte des Grünen Pakts aufgibt, noch die französische Regierung, die jede Woche ein weiteres Zugeständnis an die FNSEA erfindet, herauskommen wollen.

Marc Dufumier

Unsere Landwirtschaft aus der Sackgasse führen

Unsere industrielle Landwirtschaft steckt wirklich in einer Sackgasse. Sie wird als „produktivistisch“ bezeichnet, erweist sich aber in Wirklichkeit oft als kostspielig und „destruktiv“. Und sie ist nicht in der Lage, den Landwirten, die sich für die Ausrüstung ihrer Betriebe hoch verschuldet haben, ein angemessenes Einkommen zu sichern. [...] Diese Landwirtschaft hat nachweislich auch negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheits- und Ernährungsqualität unserer Lebensmittel. Unsere Bauern können es nicht mehr ertragen, für den einen oder anderen dieser Nachteile stigmatisiert zu werden, und sagen, sie hätten nur das getan, was man von ihnen verlangt habe.

Aber wie konnte es zu dieser Situation kommen?

1. Die gemeinsame Agrarpolitik

Bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 waren Frankreich und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei vielen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Getreide, Zucker, Milch, Fleisch usw.) noch weitgehend defizitär und von Importen aus den Ländern der sogenannten „Neuen Welt“ – den USA, Kanada, Argentinien, Australien usw. – abhängig.

Aus diesem Grund führten die Regierungen der ersten sechs Gründungsmitglieder der EWG eine **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** ein, die theoretisch dazu dienen sollte, die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern, die Versorgung mit Agrargütern und Lebensmitteln zu sichern, der landwirtschaftlichen Bevölkerung einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten, die Märkte zu stabilisieren und den Verbrauchern angemessene Preise zu sichern.

Um diese Ziele zu erreichen, wurden drei Hauptprinzipien hervorgehoben: Einheitlichkeit des europäischen Marktes (landwirtschaftliche Erzeugnisse sollten ungehindert zwischen den sechs Ländern zirkulieren können); Gemeinschaftspräferenz (die Versorgung sollte vorzugsweise innerhalb des gemeinsamen Marktes erfolgen, ehe die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Drittländern in Betracht gezogen wurde); finanzielle Solidarität (Schaffung eines Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft – EAGFL –, der von den Steuerzahlern der sechs Länder gespeist wurde).

Jedes Jahr legten die Regierungen **gemeinsame Preise** für Getreide, Milchprodukte, Rindfleisch, Zucker, pflanzliche Fette usw. fest. Die Preise für die genannten Produkte wurden auf einem Niveau festgesetzt, das über den Weltmarktpreisen lag. Die EWG musste daher **Zölle** („Abschöpfungen“) auf Importe aus Drittländern in unterschiedlicher Höhe einführen, um die Differenz zwischen den schwankenden Weltmarktpreisen und den auf dem gemeinsamen Markt festgesetzten Preisen auszugleichen. Umgekehrt waren für den Fall, dass Europa zum Exporteur eines der betroffenen Produkte werden sollte, ebenfalls **variable Ausfuhrsubventionen** („Erstattungen“) vorgesehen, um sicherzustellen, dass die Produzenten immer von einem gemeinsamen, stabilen und über dem Weltmarktpreis liegenden Preis profitieren konnten. [...]

Diese Stützungsmechanismen erwiesen sich sehr schnell als äußerst wirksam, da es zu einem raschen Anstieg der durch Zölle geschützten Produkte kam. Bereits Ende der 1970er Jahre verzeichnete Europa einen Überschuss an Getreide, Zucker, Milch und (in geringerem Maße) Fleisch. Daher musste man sehr schnell die Lagerung und Konservierung dieser Überschüsse in Betracht ziehen und ihre Ausfuhr (Ausverkauf) zu internationalen Preisen organisieren, indem man auf die Mechanismen der „Erstattungen“ zurückgriff. Aber die Landwirte hatten immer noch keinen Anreiz, die Nahrungsmittel zu produzieren, für die die EWG keinen Schutz an den Grenzen errichtet hatte. So reduzierte sich sehr schnell die Produktion von Futterleguminosen (Klee, Luzerne usw.) und Eiweißpflanzen (Erbsen, Bohnen, Soja, Bohnen, Linsen usw.), die als Futter- und Lebensmittel verwendet werden. Frankreich ist daher zu einem bedeutenden Importeur geworden.

Nach der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1995 und gemäß dem im Jahr zuvor ratifizierten Abkommen von Marrakesch **beendete die Europäische Union (EU) ihren Agrarprotektionismus** und unsere Bauern mussten sich beim Verkauf ihrer Agrarprodukte und Lebensmittel an den Weltmarktpreisen orientieren, die weit unter denen lagen, die zuvor auf unserem Binnenmarkt gezahlt wurden. Um den drastischen Rückgang ihrer Einnahmen aufzufangen, entwickelte die EU ein System von Aus-

gleichszahlungen für die Einkommensverluste, die im Verhältnis zur bewirtschafteten Fläche gewährt wurden. Diese **Subventionen** sind auch heute noch sehr ungleich unter den Landwirten verteilt. 80 % der Subventionen gehen heute an nur 20 % der Landwirte.

2. Verschuldung und zunehmende Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe

Um im unaufhörlichen Wettlauf um die Produktivität wettbewerbsfähig zu bleiben und den Anforderungen der großen Agrarindustrieunternehmen gerecht zu werden, wurden die wohlhabenderen Landwirte zu kostspieligen Investitionen in den Bau von Infrastrukturen und den Kauf von Großgeräten veranlasst.

Um die enormen Kapitalbindungen schnellstmöglich amortisieren zu können, mussten sie ihre landwirtschaftlichen Produktionssysteme auf die Produktion ausrichten, für die diese Investitionen getätigt worden waren, und eine begrenzte Anzahl von Standardprodukten in großem Umfang liefern. Dies führte zum **Verschwinden von Systemen mit Mischkulturen und Viehzucht** und zur Anwendung von Agrartechniken, die in großem Maßstab unter zunehmend homogenen Bedingungen praktiziert wurden.

Dies hat leider zur Folge, dass die Agrarökosysteme übermäßig geschwächt werden und **unsere Umwelt schwer geschädigt** wird: chemische Verschmutzung von Wasser, Luft und Böden durch den rücksichtslosen Einsatz von Pestiziden und synthetischen Düngemitteln; geringere geschmackliche und gesundheitliche Qualität der Lebensmittel; ungeplante Invasionen konkurrierender Pflanzenarten oder von Schädlingen; durch neue Krankheitserreger verursachte Epidemien; Verlust der biologischen Vielfalt; zunehmende Abhängigkeit von fossilen Energieträgern; steigende Emissionen von Treibhausgasen (Kohlendioxid, Methan und Lachgas); abnehmender Humusgehalt der Böden; beschleunigte Bodenerosion oder -versalzung; Erdbeben usw. Und wir zahlen mittlerweile einen hohen Preis für diese Umweltschäden: Vergiftungen durch Pestizidrückstände, Anstieg bestimmter hormonabhängiger Krebsarten, Antibiotikaresistenz, finanzielle Kosten für Sanierungsmaßnahmen usw.

Die meisten Landwirte in der Bretagne haben den Anbau von Getreide und Industriepflanzen aufgegeben, um sich der intensiven Milchviehhaltung, der Geflügelzucht und der Schweinemast auf engem Raum zu widmen. [...] Da nicht genügend Stroh zur Verfügung steht, werden die Rinder und Schweine auf Spaltenböden ohne Einstreu gehalten, und es ist den bretonischen Landwirten nicht mehr möglich, selbst Mist zu produzieren. Daher kommt es zu einem ständigen Abfluss von Gülle, der dazu führt, dass an der Küste Grünalgen gedüngt werden.

In der Beauce und der Picardie ist die Situation umgekehrt: Die Getreidebauern, die keine Viehzucht mehr betreiben, verfügen nicht über tierische Ausscheidungen. Sie verwenden Harnstoff oder andere synthetische Stickstoffdünger (Ammonitrate, Ammoniumsulfat usw.), deren Herstellung mit hohen Kosten für fossile Energieträger (Erdgas) verbunden ist und deren Ausbringung zu Lachgasemissionen führt, einem Treibhausgas, das 300-mal stärker wärmt als Kohlendioxid.

3. Motorisierung der Landwirtschaft und Landflucht

[...] Landwirten, die Familienbetriebe führen, [...] wurde immer wieder gesagt, dass sie ihre Erträge pro Hektar steigern und mehr Produkte pro Flächeneinheit liefern müssten. Dies führte zu einem zunehmenden Einsatz von synthetischen Düngemitteln, Pestiziden, Antibiotika und anderen teuren Produktionsmitteln. [...]

Unsere Bauern wurden auch oft dazu verleitet, stark in den Kauf von Großgeräten und die Vergrößerung von Ställen zu investieren. Angesichts der Preise, die von den großen Einzelhandelsketten und den Agrarindustrien auferlegt werden, gelingt es ihnen heute jedoch nicht mehr, ein Einkommen zu erwirtschaften, das ausreicht, um die Bedürfnisse ihrer Familien zu befriedigen und ihre Kredite zurückzuzahlen.

[...] Sie sahen sich daher gezwungen, die Landwirtschaft zu verlassen. So kam es, dass die französischen Regionen, die am schlechtesten mit fruchtbaren Böden und gemäßigttem Klima ausgestattet sind (Limousin, Korsika, Hochsavoyen usw.), frühzeitig einen großen Teil ihrer ländlichen Bevölkerung verloren haben.

Die Landwirtschaftszählung von 2023 zeigt uns, dass sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe innerhalb von 50 Jahren um den Faktor 4 verringert hat und dass die Hälfte der Landwirte heute 55 Jahre oder älter ist und keine großen Aussichten auf eine Nachfolge hat.

Das Verschwinden der kleinsten landwirtschaftlichen Familienbetriebe führt dazu, dass die größten landwirtschaftlichen Betriebe das Land an sich reißen.

Die größten Unternehmer wiederum hatten ein Interesse daran, ihr Kapital in Produktionssysteme zu investieren, mit denen sie eine Profitrate erzielen konnten, die mindestens so hoch war wie in anderen Wirtschaftssektoren (Immobilien, Handel usw.): Ein Übergang vom Bauernhof zur Firma, der sich in einer immer stärkeren Motorisierung, Robotisierung und Chemisierung ihrer Anbau- oder Viehzuchtssysteme niederschlug und die Lohnarbeitskraft ersetzte.

Angesichts der Konkurrenz durch weitaus größere Firmen innerhalb der auf 27 Mitglieder erweiterten Europäischen Union und auf dem Weltmarkt können solche Betriebe heute oft nur noch dank flächenbezogener Subventionen rentabel geführt werden.

Unser nach Ägypten und Algerien exportierter Weizen, der mit auf Tausenden von Hektar angebautem ukrainischem oder rumänischem Weizen konkurriert, bringt uns in der Tat relativ wenig ein und ist aufgrund des oftmals übertriebenen Einsatzes von synthetischen Düngemitteln und Pestiziden teuer in der Produktion. [...]

Unsere Produktionszweige im unteren Preissegment sind also kaum noch rentabel, und der Überschuss in unserer Agrarhandelsbilanz wird nun vor allem durch einige wenige Produktionszweige mit hoher Wertschöpfung pro Hektar erzielt: Käse und Weine mit geschützter Ursprungsbezeichnung, Spirituosen, Stopfleber etc.

[...] Was Obst und Gemüse betrifft, so rührt das Handelsbilanzdefizit von Importen aus Nachbarländern her, in denen die Gesundheits- und Umweltstandards manchmal weniger streng sind als bei uns. Die Wettbewerbsverzerrung bei diesen Produkten resultiert aber noch mehr aus der Tatsache, dass die dort beschäftigten Arbeitskräfte oft schlechter bezahlt werden als in Frankreich. [...]

4. Alternative Techniken

[...] Dennoch müssen wir nicht verzweifeln. Es gibt nämlich alternative Techniken im Rahmen der wissenschaftlichen Agrarökologie, die es unseren Landwirten schon jetzt ermöglichen würden, ein menschenwürdigeres und stabileres Einkommen zu erzielen, ohne auf Pestizide und synthetische Düngemittel zurückgreifen zu müssen. Anstatt um jeden Preis die Erträge und Bruttoproducte pro Hektar zu maximieren, zielen sie vor allem darauf ab, **die Kosten für verarbeitete Inputs zu senken**, um die Nettowertschöpfung zu erhöhen und zu sichern, ohne dabei zu große finanzielle Risiken einzugehen.

[...] Im Gegensatz zu Monokulturen oder Massentierhaltung haben landwirtschaftliche Produktionssysteme, die mehrere Tierhaltungen mit langen Fruchtfolgen und diversifizierten Fruchtfolgen verbinden, den Vorteil, dass sie wenig anfällig für klimatische oder gesundheitliche Unwägbarkeiten sind. [...] Bei extremen Wetterereignissen (Hitzewellen, Dürren, aber auch Hagel, Frost, Überschwemmungen usw.) sind die verschiedenen Produktionszweige nicht alle gleich stark betroffen sind. Bei einer solchen Diversifizierung können sich die Organismen, die den Kulturen oder Herden am ehesten schaden könnten, nicht mehr plötzlich wie ein Lauffeuer vermehren, weil sie durch mögliche Konkurrenten oder Raubtiere behindert werden. So kann es sein, dass Blattläuse nicht mit Insektiziden bekämpft werden müssen, wenn Schwebfliegen und Marienkäfer ihre Vermehrung eindämmen. [...]

Diese agrarökologischen Produktionssysteme sind in der Regel in der Lage, Produkte vom Bauernhof, mit Bio-Siegel oder aus der Region zu liefern, und fördern gleichzeitig eine möglichst hohe Bodenbedeckung, die Verwertung von Ernterückständen als Futtermittel, die Erhaltung von Dauergrünland mit Leguminosen, die Wiederverwertung von Wirtschaftsdünger (Mist, Gülle usw.) innerhalb der Betriebe, die lokale Verarbeitung der Produkte sowie erhebliche Einsparungen bei Wasser und Kraftstoff. Sie können auch zur Abschwächung des Klimawandels beitragen, da sie weniger Lachgas ausstoßen und mehr Kohlenstoff in der Biomasse und im Humus des Bodens binden.

Sie nutzen intensiv kostenlose, erneuerbare oder im Überfluss vorhandene natürliche Ressourcen (Lichtenergie für die Umwandlung in Nahrungsenergie, Kohlenstoff aus dem Kohlendioxid der Atmosphäre für die Photosynthese unserer Kohlenhydrate und Fette, Stickstoff aus der Luft für die Herstellung von Proteinen usw.) und schließen daher die Erzielung eines hohen Mehrwerts pro Hektar nicht aus. Sie gehen hingegen so sparsam wie möglich mit nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen um (fossile Energie, Grundwasser, Phosphatminen usw.) und chemischen Inputs (synthetische Düngemittel, Pestizidprodukte, Antibiotika usw.).

5. Unsere Agrarpolitik radikal ändern

All dies ist jedoch zugegebenermaßen **nur um den Preis einer sorgfältigeren und weitaus umfangreicheren Arbeit möglich**. Diese Formen der Landwirtschaft können daher beschäftigungsintensiv sein, was in einem Land wie dem unseren, in dem noch immer eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, alles andere als dumm ist.

Zweifellos könnte man für Obst und Gemüse mit dem Bio-Siegel [...] einen angemessenen Preis zahlen. Und die Gebietskörperschaften sollten sich verpflichten, solches Obst und Gemüse zu fairen Preisen für die Ernährung der jungen Generation in den Kantinen unserer Schulen, Mittelschulen und Gymnasien zu kaufen.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Bauern, die sie umsetzen, nicht nur für die Qualität ihrer Produkte, sondern auch für ihre Umweltleistungen von allgemeinem Interesse angemessen entlohnt werden können. Die Mehrkosten für Arbeit dürfen nämlich keinesfalls vollständig zu Lasten der Verbraucher gehen. Die Bezahlung der Umweltdienstleistungen von allgemeinem Interesse muss logischerweise durch die Steuerzahler erfolgen. Und die so angemessen bezahlten Bauern wären in der Lage, ihre Produktionssysteme so zu verändern, dass sie ein größeres Volumen an guten Produkten liefern. [...]

Wir müssen daher unsere nationale und europäische Agrarpolitik so schnell wie möglich ändern, um die sozioökonomischen Bedingungen, unter denen die Landwirte arbeiten, stärker zu regulieren, kürzere und gerechteren Vermarktungsmodalitäten einzuführen, ihnen keine flächenbezogenen Beihilfen mehr zu gewähren und sie für ihre Umweltleistungen auf vertraglicher Basis zu entlohnen [...] Nur so können sich die von der Agrarökologie inspirierten Formen der Landwirtschaft schrittweise durchsetzen, mit Bauern, die stolz darauf sind, für die Umsetzung diversifizierter, widerstandsfähiger, gesundheitsfördernder und umweltschonender landwirtschaftlicher Produktionssysteme entlohnt zu werden.

Die Niederlassungsbeihilfen für Junglandwirte sollten bevorzugt an diejenigen vergeben werden, die sich zur Umsetzung der umweltfreundlichsten Produktionssysteme verpflichten. [...] Ebenso sollte der Monopolisierung von Agrarland durch Betreibergesellschaften ein Ende gesetzt werden [...].

Wir könnten synthetische Stickstoffdünger, deren schädliche Auswirkungen auf die Umwelt bekannt sind, hoch besteuern und diesen Malus sofort dazu verwenden, Landwirte zu entschädigen, die ihre Anbauflächen für Hülsenfrüchte ausweiten, um die Stickstoffdüngung der Böden auf biologischem Wege zu fördern.

Ebenso wäre es angebracht, die bereits unterzeichneten Abkommen mit dem Mercosur auf keinen Fall zu ratifizieren und Sojaimporte mit Zöllen zu belegen. Das würde den armen Brasilianern nicht schaden, die Unkraut gejätet haben und durch ein Unkrautvernichtungsmittel (Glyphosat) ersetzt wurden; sie haben nämlich ihren Arbeitsplatz verloren, sind in die Slums gezogen und können nicht einmal mehr das Soja aus ihrem Land kaufen, das exportiert wird, um unsere Schweine, Geflügel und Wiederkäuer zu füttern, da unsere Futtermittelfabriken zahlungskräftiger sind als die arbeitslosen Brasilianer!

Die Zukunft unseres Bauernstandes kann im Frankreich nur noch **mit einer bäuerlichen Landwirtschaft gesichert werden, die der Agrarökologie zuzuordnen ist**, fest in ihrem „Land“ verankert ist und das lokale ökologische Potenzial bestmöglich nutzt. Aber wir müssen dringend unsere Agrarpolitik auf allen Ebenen radikal ändern: weltweit, auf europäischer, nationaler und territorialer Ebene.

Marc Dufumier ist emeritierter Professor an der Universität AgroParisTech. - Aus „Les Possibles“ ; Übersetzung : SiG-Redaktion

Garantie eines angemessenen Einkommens für Landwirte!

Aurélie Trouvé ist Agronomin, Doktorin der Wirtschaftswissenschaften und Expertin für die europäische Agrarpolitik, früher Sprecherin von Attac Frankreich, jetzt in der linken Partei „La France Insoumise“ engagiert.

Die Landwirte auf den Straßensperren äußern ihren Wunsch, in Würde von ihrer Arbeit leben zu können, also Preise zu erhalten, die ihre Arbeit entlohnen. Das ist ihre erste Forderung. Die Regierung geht jedoch überhaupt nicht darauf ein, ihre einzigen Antworten sind - im Übrigen unzureichende - Nothilfen und ein opportunistisches Zurückweichen bei Umweltstandards und -bestrebungen.

Das **Kräfteverhältnis bei der Bestimmung der Produktionskosten** und damit bei den Preisverhandlungen ist extrem unausgewogen. Was können z. B. verstreute Milcherzeugerorganisationen gegen einen Giganten ausrichten, der die Milchabnahme kontrolliert, wie Lactalis, die weltweite Nummer 1, oder Danone?

Ich schlage vor, ein Gesetz zu verabschieden, das es ermöglicht, jährlich einen garantierten und einträglichen Mindestpreis für die Landwirte festzulegen. Dieser Preis würde auf der Grundlage von öffentlichen Sektorenkonferenzen festgelegt, die auch Verbraucherverbänden offen stehen. Der Ombudsmann für Handelsbeziehungen und der Staat würden ihn in letzter Instanz garantieren.

Es wird behauptet, dass eine solche Garantie die Preise für den Verbraucher in die Höhe treiben würde. Das stimmt aber nicht! Der beste Beweis dafür ist, dass die Verbraucherpreise für Lebensmittel zwischen September 2022 und September 2023 um weitere 10 % stiegen, während die Agrarpreise um 8 % zurückgingen. Die Explosion der Lebensmittelpreise in der Post-Covid-Periode ist hauptsächlich auf die Gewinnspannen der Industrie zurückzuführen. Wie aus einer Mitteilung des Instituts La Boétie hervorgeht, stieg ihre Gewinnspanne zwischen dem letzten Quartal 2021 und dem ersten Quartal 2023 von 28 % auf 48 %.

Deshalb fordern wir neben einer Preisgarantie für die Erzeuger auch für die Verbraucher eine Deckelung der Gewinnspannen der großen Lebensmittelhersteller.

Wenn man den Erzeugern Preisgarantien bietet, muss man zwangsläufig unsere Grenzen schützen. Dies ist der zweite Pfeiler unseres Vorschlags. Wir fordern keine Besteuerung an den französischen Grenzen. **Wir fordern zwei Dinge.** **Erstens** ein Moratorium für die Verhandlungen über Freihandelsabkommen, angefangen bei denen mit Mercosur und Australien. Dies ist heute nicht der Fall. Die Regierung muss ihre Zustimmung zum Verhandlungsmandat, das der Europäischen Kommission erteilt wurde, zurückziehen. Das hat sie nicht getan.

Zweitens: Um den Landwirt an den französischen und europäischen Grenzen zu schützen, fordern wir seit Monaten die Aktivierung der Schutzklauseln, die von der Welthandelsorganisation und in fast allen Handelsabkommen vorgesehen sind. Diese Bestimmung ermöglicht es, sich vor der Einfuhr jedes Produkts zu schützen, das als gesundheitsschädlich, umweltschädlich oder die Lebensmittelsicherheit gefährdend angesehen wird. In den Ankündigungen des Premierministers wird diese Idee endlich wieder aufgegriffen.

Das ist gut so. Aber sie wird nur im Fall eines Pestizids, Thiocloprid, aktiviert. Diese Klausel sollte so oft wie möglich aktiviert werden.

Die Maßnahme der garantierten Agrarpreise muss mit einer **Mengenregulierung pro Landwirt** einhergehen, die von den Marktaussichten und der Produktion abhängt, die in jedem Sektor diskutiert werden.

Wir haben hierfür keine rechtliche Unvereinbarkeit mit der Gemeinsamen Agrarpolitik festgestellt, aber wir befinden uns an der Grenze. Es ist klar, dass ein Schritt in diese Richtung bedeutet, sich mit dem Recht des europäischen Binnenmarktes auseinanderzusetzen, und das wird zu einem Kräftemessen auf EU-Ebene führen.

Auf Seiten der Bauernverbände gibt es eine recht breite Unterstützung. Die Coordination rurale und die Confédération paysanne sind natürlich mit der Idee von ausgehandelten Mindestpreisen mit Schutzklausel einverstanden.

Was die FNSEA und die Jeunes agriculteurs betrifft, so gibt es auch in ihren Reihen eine gewisse Unterstützung, was ich bei Anhörungen feststellen konnte.

Ein weiterer Teil unserer Forderungen: ein **Notfallplan in angemessener Höhe** für die am stärksten krisengeschüttelten Wirtschaftszweige - Bio-Landwirtschaft, Weinbau, Obst und Gemüse, Qualitätslabels. Mit der Inflation haben sich die Verbraucher von teureren Produkten oder solchen, die als teurer gelten, abgewandt. [...] Die Regierung hat Sofortmaßnahmen angekündigt, aber sie sind sehr unzureichend, wie die angekündigten 50 Millionen für den Bio-Sektor. [...]

In diesem Bereich streben wir zwei Hauptmaßnahmen an. - **Erstens: Förderung von Bio- und/oder lokalen Lebensmitteln in der Gemeinschaftspflege.** Dabei geht es nicht nur um Schulkantinen. Ich denke an das Fressen - es gibt keinen anderen Begriff - in öffentlichen Krankenhäusern. Ob für die Mahlzeiten unserer Kinder oder der Kranken, öffentliche Gelder müssen für den Kauf von Qualitäts-, Bio- oder lokalen Produkten verwendet werden. Wir schlagen daher vor, die Gebietskörperschaften finanziell zu unterstützen, die sich verpflichten, den Anteil an biologischen und lokalen Produkten in ihrer Verpflegung auf 80 % zu erhöhen. Die zahlreichen lokalen Erfahrungen zeigen, dass die Betriebskosten für die Gebietskörperschaften in Wirklichkeit nicht unbedingt höher sind. Hingegen fallen erhebliche Kosten für den Übergang von einem System zum anderen an, die es zu berücksichtigen gilt.

- Darüber hinaus schlagen wir eine **signifikante Nahrungsmittelhilfe für alle einkommensarme Menschen** vor, die auf biologische und/oder lokale, gesunde Produkte ausgerichtet ist. Dies wäre auch eine Möglichkeit, diese Ernährung populär zu machen.

Die ökologische Wende ist nicht verhandelbar. Sie ist der Kern des neuen Pakts zwischen Landwirten und der Gesellschaft: Wir unterstützen sie, damit sie ein angemessenes Einkommen haben, und im Gegenzug vollziehen sie die

notwendige ökologische Wende. Wir schlagen eine schrittweise Umwandlung eines Teils der GAP-Förderung in Verträge für den agrarökologischen Übergang vor. Und wir schlagen eine Schuldenübernahme für Landwirte vor, die auf Bio umstellen.

Konkret bedeutet dies, die sogenannten Beihilfen der zweiten Säule der GAP, mit denen agroökologische Umstellungsmaßnahmen unterstützt werden können, zu erhöhen, indem die direkten Erzeugerbeihilfen, die sogenannten Beihilfen der ersten Säule, die den Großteil der Unterstützung ausmachen und deren Auszahlung nicht an eine Änderung der Praktiken gebunden ist, gekürzt werden. Die Beihilfen

der ersten Säule sollten übrigens nicht mehr pro Hektar ausbezahlt werden, sondern eine Obergrenze pro Arbeitskraft haben, da die Beschäftigung in der Landwirtschaft gefördert werden muss und nicht der Besitz von Grund und Boden. Aber, und das möchte ich betonen, eine Weiterentwicklung der Direktzahlungen hin zu Verträgen über den agrarökologischen Übergang ist absolut nicht denkbar, solange die Landwirte nicht in den Genuss von einträglichen Preisen kommen. Das ist die Voraussetzung für die agrarökologische Bifurkation.

<https://www.alternatives-economiques.fr/revenu-agriculteurs-france-taper-poing-table-de-lu/00109580>

Übersetzung : SiG-Redaktion

FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk (FIAN)

„Weltbank muss Arbeit im Landsektor beenden!“

Internationale Stellungnahme kritisiert Rolle der Weltbank im Landsektor scharf

14.5.2024 – [FIAN](#)

Zu der seit gestern in Washington laufenden Weltbankkonferenz zu Landpolitik fordern 88 Indigenen-, Kleinbauern-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen die Mitgliedsstaaten der Weltbank auf, die Beteiligung der Weltbank an Landraub und Vertreibungen zu beenden.

Eine lange Liste von Projekten der Weltbank hat zu Gewalt und Vertreibung von bäuerlichen und indigenen Gemeinden beigetragen. [Internationale Untersuchungen](#) haben gezeigt, dass die Weltbank an der Vertreibung und Zwangsumsiedlung von mehreren Millionen Menschen beteiligt ist (1). Deutschland gehört zu den vier größten Gebern der Weltbank, stellt einen der 25 Exekutivdirektoren und besitzt damit großen Einfluss. „Die Bankenlogik heizt Privatisierung und Finanzspekulation mit Land an. Hier geht es jedoch um die Lebensgrundlage von Milliarden Menschen. Der Zugang zu Land sichert deren Menschenrecht auf Nahrung“, sagt Roman Herre, Agrarreferent der Menschenrechtsorganisation FIAN.

Ein neuer Treiber von Landgrabbing sind sogenannte „green grabs“ – also Landgeschäfte, die im Namen von Klima- und Umweltschutz getätigt werden. Auf diesen problematischen Ansatz setzt auch die Weltbank. Die Weltbank-Initiative [Forest Carbon Partnership Facility](#) (2) ist neben dem deutschen und britischen Entwicklungsministerium Sponsor der Konferenz. „Die von der Weltbank geförderten

CO2-Märkte und Kompensationsprogramme, sogenannte „naturbasierte Lösungen“ und „nachhaltige Finanzierung“, werden Enteignungen und Gewalt verschärfen“, so Roman Herre weiter.

Landpolitik kann auch anders aussehen, wenn sie nicht von einer Bank gestaltet wird, die noch dazu von reichen Industrienationen dominiert wird. Dies zeigen die beim Welternährungsausschuss CFS verhandelten Leitlinien zum Thema Land. Hier konnten die Länder des Südens auf Augenhöhe mitreden. Diese und weitere völkerrechtliche Vereinbarungen wie die Bauernrechtserklärung UNDROP und der UN-Sozialpakt müssen endlich effektiv umgesetzt werden, fordern die unterzeichnenden Organisationen, darunter FIAN Deutschland.

Insgesamt hat sich die Lage im Landsektor dramatisch verschärft. Eine gestern veröffentlichte Studie des Expert*innen-Panels IPES-Food zeigt, dass sich der Preis von Land gerade auch durch den Einstieg von Finanzinvestoren in den letzten 15 Jahren verdoppelt hat. Und schon heute gehen 20 Prozent der dokumentierten Landnahmen auf die geschilderten green grabs zurück. Die Studie geht von einer Vervierfachung von Kompensationsprojekten in den nächsten sieben Jahren aus.

[Stellungnahme „World Bank Out of Land!“, 13.5.2024](#)
[Studie „Land Squeeze“ von IPES-Food, April 2024](#)

Einige Hinweise

Bauernproteste: Artikel in SiG 153

Ernährungssouveränität: Artikel in SiG 152

Bio-Diversität /Landwirtschaft: in SiG 150

Via Campesina, internationaler Zusammenschluss von

Bauern: <https://viacampesina.org/en/>

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:

<https://www.abl-ev.de>

Isw-report 137, Mai 2024: [Wasser. Ökosystem in Gefahr](#) - 42 Seiten / 4,00 Euro zzgl. Versand

Das Wasser, unsere Lebensgrundlage, ist in Gefahr. Bedroht wird die immer knapper werdende Ressource von vielen Seiten. Der Autor geht auf die einzelnen Bedrohungen ein: die Belastung durch die Industrie und die industrielle Landwirtschaft, überflüssigen Konsum sowie das Fracking

und Umweltkatastrophen; und nicht zuletzt: Kriege. Letzteres wird beispielhaft an Israel/Palästina, Burkino Faso und Kurdistan geschildert. Massiv verschärft wird die Situation durch die begonnene Klimakatastrophe. Auch unter dem Wassermangel leiden die ärmeren Länder am meisten. Im Durchschnitt leben etwa 10 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern mit erheblichem oder kritischem Wasserstress. Und wo Wasser knapp ist, riechen Konzerne Gewinne. Am Beispiel Nestlé schildert der Autor das schmutzige Geschäft mit dem Wasser in Afrika. Was müsste getan werden, um die überlebenswichtige Ressource Wasser zu schützen, sorgsam zu nutzen und gerecht zu verteilen? – Diese Frage zieht sich durch alle Abschnitte und wird ausführlich im letzten Kapitel behandelt. Bestellungen an: isw_muenchen@t-online.de

Europa der Konzerne

Corporate Europe Observatory

Vereinnahmung durch Unternehmen in den EU-Institutionen



Vom Klimawandel über die Lebenshaltungskosten bis hin zu giftigen Chemikalien - die schwerwiegenden Schäden, die von Unternehmenslobbygruppen verursacht werden, die die Entscheidungsfindung auf vielfältige und subtile Weise dominieren, ein Phänomen, das als "Corporate Capture" bekannt ist, sind deutlicher denn je.

In den letzten Jahren haben wir erleben müssen, wie [Big Tech](#) den Kampf um die künstliche Intelligenz gewonnen und die Öffentlichkeit für Eingriffe in die Privatsphäre, Diskriminierung und Desinformation anfällig gemacht hat. Wir haben erlebt, wie es der [Gaslobby](#) gelungen ist, die Europäische Union dazu zu bringen, uns an mehr Gasinfrastruktur zu binden, was sowohl die Klima- als auch die Lebenskostenkrise verschlimmert.

Wir haben erlebt, wie Big Pharma riesige Profite aus COVID-19 gezogen hat und [Maßnahmen zur gemeinsamen Nutzung von Technologien](#) zum Schutz der öffentlichen Gesundheit verhindert hat.

Und wir haben erlebt, wie die Lobbyist:innen der Agrar- und Chemieindustrie und ihre Verbündeten unter den Kommissar:innen, den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den Regierungsvertretern wichtige Initiativen zur [Reduzierung von Chemikalien und Pestiziden sabotiert haben](#).

Die Vereinnahmung durch die Unternehmen untergräbt die Demokratie auf vielen verschiedenen Ebenen. [...]

Es gibt noch eine weitere beunruhigende Folge. Wenn die EU mehr auf Konzerne als auf ihre eigenen Bürger:innen eingeht, schürt dies Misstrauen, Wut und ein Gefühl der Entmachtung. Dies schafft einen fruchtbaren Boden für Verschwörungsdenken und die Rekrutierung der extremen Rechten, die sich den verärgerten Wähler:innen als „Alternative“ zum derzeitigen System präsentiert, ohne tatsächlich echte Handlungsfähigkeit oder Lösungen anzubieten. Diese Situation könnte nicht gefährlicher sein.

Unser Leitfaden richtet sich an Kandidat:innen (zum EU-Parlament) und führt Sie in die wichtigsten Einflussmöglichkeiten von Unternehmens-Lobbyist:innen ein.

Er enthält **Vorschläge, was wir tun können**, um demokratische Entscheidungsprozesse vor der Vereinnahmung durch Unternehmen zu schützen. [...]

Nach der jüngsten Zählung gibt es **35.000 Lobbyist:innen**, die beruflich auf die Entscheidungsfindung Einfluss nehmen. Die meisten von ihnen arbeiten für große Unternehmen wie Amazon, Shell oder Bayer, entweder direkt für das Unternehmen selbst, als Lobbyist:in für einen Wirtschaftsverband oder als Angestellter in einer Lobbying-Agentur – also Firmen für sog. Politikkontaktarbeit. [...]

Mehr:

https://corporateeurope.org/sites/default/files/2024-05/GUIDE%20CEO_DE_0.pdf ;

[4 kurze Videos über Lobbyismus](#)

<https://multinationales.org/en/multinationals/> :

Untersuchung von nicht nur französischen Konzerne.

[SiG 147](#) (2022): Widerstand gegen die Macht der Konzerne

[SiG 138](#) (2020): Konzerne im Gesundheitswesen

Felix Duffy, Lobby control

EU-Ausschuss für Regulierungskontrolle: „Black Box“ der EU-Gesetzgebung



Der Ausschuss für Regulierungskontrolle (Regulatory Scrutiny Board) besteht aktuell aus nur sechs ungewählten Personen, doch er hat weitreichenden Einfluss auf die EU-Gesetzgebung. Immer wenn die EU-Kommission ein wichtiges Gesetz plant, prüft dieses Gremium, welche Auswirkungen die Kommission von dem Gesetz erwartet.

Das Hauptaugenmerk des RSB liegt auf wirtschaftlichen Auswirkungen. Sind diese zu negativ, muss die Kommission ihre Bewertung überarbeiten. Reicht auch die Überarbeitung nicht aus, kann das RSB sogar ein Veto einlegen.

Damit hat das RSB zu einem frühen Zeitpunkt großen Einfluss auf die EU-Gesetzgebung und trägt dazu bei, dass die kurzfristigen Kosten für Unternehmen stärker berücksichtigt werden, als der langfristige Nutzen für die Gesellschaft. [...] Die Bürgerinnen und Bürger der EU und selbst die Abgeordneten des Europäischen Parlaments können nicht nachvollziehen, wie das RSB zu seinen Entscheidungen kommt.

Dieser Missstand hat in der Vergangenheit viel zu wenig Aufmerksamkeit bekommen.

[Mit unserer Studie](#) wird deutlich, dass sich das ändern muss. Mehr [hier](#)

<https://www.lobbycontrol.de>

Werner Rügemer: Die Ursachenverschiebung

Beim Thema **Altersarmut** sind die Renten und die Arbeitseinkommen entscheidend, nicht die Demografie.

<https://www.manova.news/artikel/die-ursachenverschiebung>

Ver.di und Misereor zur Verabschiedung des EU-Lieferkettengesetzes

Das EU-Lieferkettengesetz wurde im April im Plenum des EU-Parlaments beschlossen. Nach mehrmaliger Verschiebung der Abstimmung hatte der EU-Rat dem Gesetz am 15. März zugestimmt. Allerdings wurde das Gesetz gegenüber der Einigung zwischen Kommission, Rat und Parlament vom Dezember 2023 drastisch abgeschwächt.

Ein gravierender Rückschritt ist die drastische Verengung des Anwendungsbereichs. Damit gilt das EU-Lieferkettengesetz nur noch für rund 5.500 Unternehmen in der EU und somit nur noch für ein Drittel der Unternehmen, die ursprünglich erfasst werden sollten. Auch bei den Sorgfaltpflichten für die nachgelagerte Lieferkette gab es nochmals Einschränkungen. Diese betreffen beispielsweise die Verwendung von Pestiziden oder die Entsorgung von Abfällen.

Die Bundesregierung hatte sich im Vorfeld dafür eingesetzt, dass Waffenexporte und Finanzinvestitionen von dem EU-Gesetz ausgenommen werden und Unternehmen, die ihre Klimapläne nicht umsetzen, nicht sanktioniert werden. Diese Positionen finden sich noch im Entwurf wieder.

Warum?

Die Bundesregierung hatte dem in Brüssel ausgehandelten Kompromiss zum EU-Lieferkettengesetz auf Druck der FDP und großer Wirtschaftsverbände auch nach weiteren Verhandlungen nicht zugestimmt beziehungsweise sich bei einer neuerlichen Abstimmung enthalten. ([Ver.di](#))

Auf Druck von Frankreich soll die Richtlinie nur für Unternehmen ab 1.000 Mitarbeitenden gelten statt ab 500 Mitarbeitenden, wie zunächst vorgesehen. Zusätzlich würde die Umsatzschwelle von 150 Millionen auf 450 Millionen Euro angehoben. Das deutsche Gesetz gilt ebenfalls ab 1.000 Mitarbeitenden, allerdings ohne Umsatzschwelle. In den ersten drei Jahren der Anwendung sollen nach der EU-Richtlinie sogar nur Unternehmen ab 5.000 Mitarbeitenden erfasst werden. ([Misereor](#))

Trotzdem: „Schluss mit Profiten auf Kosten von Menschenrechten: Das EU-Lieferkettengesetz bietet die Chance, Menschen und Umwelt in den weltweiten Liefer- und Wertschöpfungsketten von Unternehmen besser zu schützen“, sagt Johanna Kusch, Koordinatorin der Initiative Lieferkettengesetz, der mit ver.di rund 140 andere Vereinen und Organisationen angehören. Das EU-Lieferkettengesetz würde vor allem die Position von Betroffenen vor Gericht verbessern: Anders als das schon bestehende deutsche Sorgfaltpflichtengesetz sieht es im jetzigen Entwurf eine zivilrechtliche Haftung vor, wenn Unternehmen ihre Sorgfaltpflicht verletzen.“ ([Ver.di](#))

Initiative Lieferkettengesetz

<https://lieferkettengesetz.de/>

FIAN, 27. Mai 2024: Europäische Lieferkettenrichtlinie nimmt letzte Hürde – nun ist die Zeit reif für ein weltweites Abkommen

Attac Frankreich Die Reichen, die Finanzwelt und die multinationalen Konzerne besteuern!

Dienstag, 30. April 2024

Seit den 1980er Jahren hat die Einführung einer zunehmend aggressiven neoliberalen Politik zu einer Konzentration des Reichtums in wenigen Händen geführt. Auf politischer Ebene hat die Zunahme der wirtschaftlichen Ungleichheiten dazu geführt, dass die Mittel- und Unterschichten das Vertrauen in das demokratische System verloren haben und die Unterstützung für populistische oder rechtsextreme Bewegungen zugenommen hat.

Der Abbau von Ungleichheiten ist für den Erhalt unseres demokratischen Systems von entscheidender Bedeutung. Einer der Hebel dafür ist ein progressives und gerechtes Steuersystem.

Heute müssen Progressivität und Gerechtigkeit des Steuersystems nicht nur leidenschaftlich verteidigt, sondern auch und vor allem verbessert werden, indem man sich von einem klaren Kriterium leiten lässt: Belohnung und Bevorzugung von Arbeitseinkommen, Bestrafung unproduktiver Einkommen und von Einkommen aus Finanzspekulationen.

Laut dem jüngsten Bericht des Steuerobservatoriums der Europäischen Union (EU) – einer mit der École d'économie de Paris verbundenen und von der EU finanzierten Forschungseinrichtung – belief sich **das in Steueroasen versteckte Finanzvermögen im Jahr 2022 weltweit auf 12 Billionen US-Dollar** (12 % des globalen BIP). Darüber hinaus erreichten die in Steueroasen transferierten Gewinne multinationaler Unternehmen die Rekordhöhe von 1 Billion US-Dollar. Dies entspricht 35 % der gesamten von Großunternehmen erzielten Gewinne.

Besorgt über die mittlerweile skandalöse Anhäufung von Reichtum in den Händen der neuen „Herren des Kapitalismus“, die durch die Oligopole in den Bereichen Technologie, Banken, Finanzen und große Versorgungsunternehmen repräsentiert werden, haben einige Regierungen in letzter Zeit einzelne Steuern eingeführt, die jedoch eher symbolischer Natur sind als eine echte Umverteilung des Reichtums. Im Jahr 2022 führte die spanische Regierung eine „Solidaritäts“-Steuer auf große Vermögenswerte ein: Sie wird jedoch erst im Zeitraum 2023/2024 gelten.

Ebenso haben Länder wie Italien, Belgien, Schweden und Spanien zeitlich begrenzte Steuern auf außerordentliche Gewinne im Banken- oder Energiesektor eingeführt.

Im Oktober 2022 verabschiedete die EU außerdem eine Verordnung zur Einführung einer „Solidaritätsabgabe“ von 33 % auf Überschussgewinne im Energiesektor, die jedoch auf Einkünfte aus dem Jahr 2022 beschränkt ist. In anderen Fällen kam dies nicht über Proklamationen und gute Absichten hinaus.

Im Jahr 2023 schlug US-Präsident Joe Biden wiederholt eine Mindeststeuer von 25 % für Multimillionäre vor und forderte sie freundlich auf, „ein bisschen mehr Steuern zu zahlen“. Ebenfalls im letzten Jahr, zu Beginn seiner Präsidentschaft des Europäischen Rates, kündigte Regierungschef Pedro Sánchez die Zustimmung zu einer EU-Steuer für Superreiche und multinationale Konzerne als eine der Prioritäten der spanischen Präsidentschaft an.

„Tax the Rich“

Von der Zivilgesellschaft, den Universitäten und den Intellektuellen wurden konkrete Initiativen auf den Weg gebracht. Ein Beispiel ist die Europäische Bürgerinitiative „**Tax the Rich**“, mit der eine Million Unterschriften gesammelt werden sollen, damit die Europäische Kommission einen Gesetzesvorschlag für die Einführung einer europäischen Steuer auf große Vermögen vorlegt, mit der ein Fonds zur Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels finanziert werden soll. Zu den Befürwortern der Initiative gehören: der Vorsitzende der belgischen Sozialisten, Paul Magnette; der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty; der Generalsekretär von Oxfam Dänemark, Lars Kock. Gleichzeitig schlägt die Europäische Beobachtungsstelle für Steuerfragen eine globale Mindeststeuer von 2 % auf große Vermögen vor.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass aus politischer und gesellschaftlicher Sicht der Zeitpunkt für eine starke Initiative für Steuergerechtigkeit auf europäischer und globaler Ebene günstig ist.

2023 hat **das europäische Attac-Netzwerk gemeinsame Vorschläge zur europäischen Besteuerung verabschiedet**, die sich mit verschiedenen Aspekten der Besteuerung befassen: angefangen mit einer Erklärung der Grundsätze, die ein faires und gerechtes Steuersystem bestimmen und untermauern sollten, bis hin zu Vorschlägen für Maßnahmen zur Bewältigung von Herausforderungen wie dem Übergang zu einem sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsmodell, der Umverteilung von Vermögen, dem Vorrang von Arbeitseinkommen vor Finanz- und Spekulationseinkommen, der steuerlichen Dezentralisierung und dem Weg zu einem zunehmend transnationalen Steuersystem.

Wir glauben, dass es an der Zeit ist, einen Schritt nach vorn zu machen und von Vorschlägen zu Taten überzugehen. Deshalb starten wir eine Kampagne mit dem Ziel, die EU-Institutionen und die Bürger*innen für die Schaffung eines gerechten und progressiven Steuersystems in der EU zu sensibilisieren.

Was schlagen wir vor?

Wir wollen uns für die Grundlagen eines Steuersystems in der EU stark machen, das auf drei „Flaggschiff“-Steuern basiert:

1. eine europäische Steuer auf Finanztransaktionen („europäische Tobin-Steuer“) mit einem Steuersatz von 0,5 % auf den Verkauf von Aktien, Anleihen und Währungen und 0,1 % auf Derivate.
2. eine europäische Steuer auf große Vermögen mit progressiven Sätzen von 0,5 bis 20 % und einer Freigrenze von bis zu 1 Million Euro. Diese Maßnahme würde zur Finanzierung der Schaffung eines europäischen Klimafonds dienen.
3. eine Mindeststeuer auf die konsolidierten Gewinne multinationaler Unternehmen mit Steuersätzen zwischen 20 und 40 %.

Diese drei Steuern sollten Teil der EU-eigenen Steuern sein. Dies würde den Weg für die schrittweise Schaffung eines gemeinsamen europäischen Steuersystems und die Einrichtung einer europäischen Steuerbehörde ebnen, die den Keim für eine internationale Steuerbehörde zur Bekämpfung von Spekulation und Steuerflucht bilden würde. [...]

Wir wollen **die Europawahlen** im Juni dafür nutzen, die Aufmerksamkeit progressiver politischer Kräfte, anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Medien zu wecken. Die Ziele der Kampagne wurden am 27. April 2024 auf der ersten europäischen Veranstaltung von ECSA (European Common Space for Alternatives, ein neues europäisches Netzwerk für Konvergenz und den Austausch von Ideen zwischen den Bewegungen der europäischen Zivilgesellschaft, das aus den Erfahrungen des Sozialforums hervorgegangen ist) vorgestellt. [...]

https://france.attac.org/IMG/pdf/ean_3_taxes.pdf



Quelle: [Attac Frankreich](#) ; Übersetzung: SiG-Redaktion
[Webseite von Attac Frankreich](#) zu dem Thema

Studie von Attac Österreich:
Österreichs Milliardär*innen verdoppeln ihr Vermögen alle 7 Jahre – Neues Attac-Vermögensteuer-Modell stoppt die extremen Vermögenszuwächse der Reichsten - [mehr](#)

Der Verlust der staatlichen Hoheitsgewalt über Big Pharma

Der weltweite Jahresumsatz der Pharmaindustrie lag im Jahr 2022 bei 1500 Milliarden US-Dollar. Zehn Großkonzerne haben einen Umsatz von mehr als 35 Milliarden US-Dollar und die fünf größten Unternehmen machen ein Viertel des Marktes aus. An der Spitze steht Pfizer, dessen Umsatz von 100,3 Milliarden US-Dollar durch den Covid-Impfstoff „gepusht“ wurde. Johnson and Johnson liegt mit einem Umsatz von 95 Milliarden US-Dollar auf Platz zwei. Sanofi liegt mit einem Umsatz von 46,9 Milliarden US-Dollar auf Platz acht. Das Ringen um Profit erklärt, warum die Fachzeitschriften Investoren, insbesondere Pensionsfonds und Investmentfonds, empfehlen, in die Pharmaindustrie zu investieren. Die Pharmaindustrie bietet die höchsten Dividenden, noch vor den Kommunikations-, Computer-, Bank- und Luxusgüterindustrien.

Das Streben nach finanzieller Rentabilität bestimmt die Investitionsentscheidungen der „Big Pharma“ zugunsten von Medikamenten, die auf rentablen Märkten wie chronischen Krankheiten (Diabetes, Fettleibigkeit ...) oder Krebs vertrieben werden, während sie Marktsegmente vernachlässigen, die kurzfristig nicht rentabel genug sind, wie die Suche nach neuen Antibiotika, die gegen resistent gewordene Bakterien wirksam sein sollen. Diese geringe Rentabilität ist auch der Grund für den häufigen Mangel an alten, aber immer noch wirksamen Medikamenten, die nach 20 Jahren Vermarktung ihren Patentschutz verloren haben und zum Allgemeingut geworden sind. Um die Rentabilität dieser Medikamente (wie Krebsmedikamente, Blutdrucksenker, Kortikoide, Antibiotika, Impfstoffe) von hohem therapeutischem Nutzen (MITM = médicaments d'intérêt thérapeutique majeur) zu erhalten, hat die Industrie die Herstellung der Wirkstoffe nach China und Indien verlagert und die Produktion (Tabletten, Kapseln, Ampullen usw.) an Verarbeiter ausgelagert, die gezwungen sind, just in time zu arbeiten. Dies führte zu immer mehr Produktions- und Lieferunterbrechungen. Im Jahr 2008 wurden 44 Versorgungsengpässe oder -unterbrechungen gemeldet, 2018 waren es 871, 2019 1200, 2020 1500, 2021 1800, 2022 mehr als 3000 und 2023 fast 5000. Die Folge dieser Lieferausfälle ist das Entstehen von Versorgungslücken mit „Chancenverlust“ für die Patienten. Und wenn diese Produkte wieder auf dem Markt auftauchen, dann oft mit einem nach oben korrigierten Verkaufspreis. Um diese Engpässe zu vermeiden, spielt jedes Land sein eigenes Spiel, indem es Preiserhöhungen vorwegnimmt, in der Hoffnung, vor den anderen bedient zu werden. Deutschland hat den ersten Schritt gemacht und Frankreich hat gerade bei Amoxicillin nachgezogen.

Die Pharmaindustrie hat in den letzten 20 Jahren vier grundlegende Veränderungen erlebt:

1) Nach häufig feindlichen Übernahmen und Fusionen haben sich die 100 Pharmaunternehmen **auf etwa 15 Pharmakonzerne reduziert**, deren Geschäftspraktiken sich geändert haben, zumal in der gleichen Zeit Pensionsfonds und

Investmentfonds auf der Suche nach kurzfristig hohen Gewinnen die Kontrolle über die Pharmaunternehmen übernommen haben.

2) Die **Kosten einer therapeutischen Innovation** werden nicht mehr auf der Grundlage der Produktionskosten und der Ausgaben für Forschung und Entwicklung berechnet, sondern auf der Grundlage der Verbesserung der erbrachten medizinischen Leistung (ASMR = amélioration de service médical rendu), und diese Kosten sind bei wirksamen Medikamenten wie Sofosbuvir (Sovaldi®), das 2013 zur Behandlung von Hepatitis C auf den Markt gebracht wurde, völlig inflationär geworden. Dieses Medikament ermöglicht es, die Krankheit zu heilen und somit Zirrhose, Leberkrebs, Lebertransplantationen usw. zu vermeiden. Obwohl seine Herstellung weniger als 200 Euro kostet, wurde die für eine dreimonatige Behandlung notwendige Menge in Frankreich zunächst für 41.000 Euro verkauft und in den USA, wo der Preis für Medikamente ohne Verhandlungen vom herstellenden Unternehmen festgelegt wird, für 84.000 Dollar. Desgleichen werden für die Anwendung einiger innovativer Krebstherapien wie der CAR-T-Zell-Therapie zwischen 300.000 und 400.000 Euro berechnet. Wenn man dieser Logik folgt, wie viel hätte man dann für Penicillin, Tuberkulosemittel oder den Polioimpfstoff zahlen müssen? Das ist in etwa so, als würden Sie einen Klempner nicht nach seiner Arbeitszeit und seinen Fahrten bezahlen, sondern nach der Höhe des Wasserschadens, der entstanden wäre, wenn die Reparatur jahrelang verzögert worden wäre! Diese neue Methode der Berechnung der Arzneimittellkosten auf der Grundlage der Verbesserung der erbrachten medizinischen Leistung, die von den Produktions-, Forschungs- und Entwicklungskosten abgekoppelt ist, bedroht kurzfristig die Tragfähigkeit der Krankenversicherung (die Ausgaben für Arzneimittel belaufen sich im Jahr 2022 auf über 45 Milliarden Euro, davon 33 Milliarden für die ambulante Medizin, mit einem Anstieg des Volumens um neun Prozent zwischen 2021 und 2022).

3) Diese äußerst mächtigen multinationalen Unternehmen **setzen die Staaten auf dem Weltmarkt in Konkurrenz zueinander**, zumal das Patent auf geistiges Eigentum ihnen ein Monopol für 20 Jahre sichert. Die Staaten (und die privaten Versicherungsgesellschaften) verhandeln im Geheimen und jeder auf eigene Rechnung über „Rabatte“, so dass der offizielle Preis, „Scheinpreis“ genannt, nicht dem tatsächlichen Preis entspricht, außer für (insbesondere US-amerikanische) Personen, die, da sie keine Krankenversicherung haben, den hohen Preis aus eigener Tasche bezahlen müssen. Letztendlich ist das, was den Preis von Medikamenten bestimmt, im Wesentlichen die Zahlungsbereitschaft der Staaten, wie man wieder bei den Impfstoffen gegen Covid gesehen hat, wo eine Einheit Pfizer-Impfstoff anfangs 12 Euro von Europa, 16,60 Euro von England und 22,70 Euro von Israel bezahlt wurden.

4) Die Vernachlässigung der Forschung und die Finanzialisierung der Pharmaindustrie.

Die Art und Weise, wie neue Medikamente entwickelt werden, hat sich völlig verändert. Die staatlichen Labors betreiben die Grundlagenforschung und unternehmen die ersten Schritte in Hinblick auf einen Arzneimittelkandidaten.

Dann werden Biotechnologieunternehmen gegründet, von denen viele scheitern. Wenn eines dieser Start-ups tatsächlich ein neues Medikament findet, werden sie von den „Big Pharma“ oft sehr teuer aufgekauft. Die Kosten für diese Übernahme werden unter der irreführenden Überschrift „Forschung“ in den Verkaufspreis eingerechnet.

In Wirklichkeit führt die Pharmaindustrie fast nur noch die für die Zulassung notwendigen Entwicklungsstudien durch und gibt viel mehr Geld für Lobbyarbeit und Marketing aus als für Forschung und Entwicklung.

Es ist nicht in Ordnung, dass die Kranken und in Frankreich die Krankenversicherung dazu beitragen, den Aktionären regelrechte Renditen zu zahlen, Renditen, die durch spekulative Praktiken aufgebläht werden, zum Beispiel indem die Industrie ihre eigenen Aktien aufkauft, um den Kurs zu erhöhen.

Der Kampf gegen diese Fehlentwicklung kann idealerweise nur auf europäischer Ebene und, was sicherlich realistischer ist, auf der Ebene mehrerer europäischer Länder geführt werden. Er setzt folgende Maßnahmen voraus.

– **Durchsetzung der Transparenz der Kosten** und ihrer öffentlichen oder privaten Herkunft während des gesamten Forschungs- und Entwicklungsprozesses für ein neues Arzneimittel oder ein neues Medizinprodukt. Diese Forderung nach Transparenz muss auch für die Lobbyarbeit der Pharmaindustrie gelten, insbesondere gegenüber politischen Entscheidungsträgern.

– Im Falle einer schnell erteilten Marktzulassung (frühzeitige Zulassung) ist es wichtig zu kontrollieren, dass die **Wirksamkeit des Medikaments** „im wirklichen Leben“ die gleiche ist wie bei den Versuchen, die zur Zulassung führten.

Derzeit ist der Hersteller, der die Zulassung erhalten hat, für diese Kontrolle zuständig. Um Interessenkonflikte zu vermeiden, sollte die Studie von der Industrie finanziert, aber unabhängig und von einer öffentlichen Einrichtung durchgeführt werden.

– **Ablehnung geheimer Geschäftsverhandlungen** und Durchsetzung der Präsenz von Ärzte- und Patientenvertretern ohne Interessenbindungen an die Industrie im Wirtschaftsausschuss für Gesundheitsprodukte (CEPS = Comité économique des produits de santé), der in Frankreich für die Preisverhandlungen zuständig ist.

– Eine **Verpflichtung zu einem „angemessenen“ Verkaufspreis** bei allen Vereinbarungen zwischen öffentlichen Forschungseinheiten und der Industrie oder Start-up-Unternehmen vorschreiben.

– **„Angemessene“ Preise für alle europäischen Länder festlegen** und bereit sein, im Falle einer Weigerung der Industrie von dem Recht Gebrauch zu machen, eine Lizenz von Amts wegen zu erteilen, das heißt den Patentschutz aufzuheben.

– **Der Industrie vorschreiben, ausreichende Vorräte an MITM zur Deckung des Bedarfs** für eine Mindestdauer von vier Monaten anzulegen und nicht nur von zwei Monaten, wie es 2021 beschlossen wurde. Darüber hinaus sollte ein Jahresbericht über die strategischen Vorräte an Arzneimitteln und Medizinprodukten, die für die Bewältigung einer Gesundheitskrise unerlässlich sind, jedes Jahr von der französischen Gesundheitsbehörde (Santé publique France) erstellt, der Regierung vorgelegt und dem Parlament unterbreitet werden.

– In Frankreich **sollte ein nicht profitorientiertes Pharmazentrum geschaffen werden**, das die Produktion von MITM organisiert, die in den öffentlichen Besitz übergegangen sind und als solche für die Pharmaindustrie nicht mehr von Interesse sind (Sanofi hat beschlossen, die Produktion von Doliprane® einzustellen, da es als nicht rentabel genug angesehen wurde). Dieses Zentrum hätte die Funktion eines Auftraggebers, der die lokalen Chemielabors, die die Wirkstoffe herstellen, und die lokalen Verarbeiter zusammenarbeiten lässt. Dieses Zentrum könnte ein Modell sein, das in anderen europäischen Ländern nachgeahmt werden könnte, um die Produktion von Hunderten von MITM zu organisieren, deren Produktion unterbrochen wurde oder werden wird. Darüber hinaus würde die Schaffung eines solchen nicht gewinnorientierten Zentrums die internationale Hilfe für die Bevölkerung in armen oder aufstrebenden Ländern fördern.

André Grimaldi und Jean-Paul Vernant sind emeritierte Professoren am Universitätskrankenhaus CHU Pitié Salpêtrière und Mitglieder des CPPRS (Kollektiv von Fachleuten und Patienten für die Neugestaltung des Gesundheitswesens).

Das Buch *Notre Santé: 7 questions, 7 réponses. Le débat confisqué (Unsere Gesundheit: 7 Fragen – 7 Antworten. Die konfiszierte Debatte)* erscheint demnächst im Verlag Odile Jacob.

Aus „*Les Possibles*“, April 2024, Übersetzung: SiG-Redaktion

Netzwerke zur Gesundheit:

<https://phmovement.org>, <https://g2h2.org/> u. a. m.

Zur Krankenhausreform in Deutschland:

Diese Krankenhausreform gefährdet unsere Gesundheit.

www.klinikrettung.de

Asylrecht wird demontiert

ProAsyl: GEAS-Reform im EU-Parlament:

Historischer Tiefpunkt für den Flüchtlingsschutz in Europa

10.04.2024 – Nach acht Jahren langer Verhandlungen wurde die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) am 10. April 2024 final durch das Europäische Parlament beschlossen. Durch verpflichtende Grenzverfahren unter Haftbedingungen – auch für Kinder – sowie gesenkte Standards für sogenannte »sichere Drittstaaten« und zusätzliche Verschärfungen im Fall von »Krisen« stellt die Reform eine massive Verschlechterung des bisherigen EU-Asylrechts dar. [...]. Obwohl sich die Mitgliedstaaten mit ihren restriktiven Vorschlägen in den allermeisten Punkten durchsetzen konnten, hat eine Mehrheit im Parlament für die Reform gestimmt.

Abbau der Menschenrechte von Geflüchteten in Europa beschlossen!

Denn die Zustimmung des Europaparlaments zur GEAS-Reform ist ein historischer Tiefpunkt für den Flüchtlingsschutz in Europa. Europa schottet sich immer weiter ab: Zu den schon bestehenden Zäunen, Mauern, Überwachungstechniken und Pushbacks kommen nun noch mehr Inhaftierung und Isolierung schutzsuchender Menschen an den Außengrenzen und neue menschenrechtswidrige Deals mit autoritären Regierungen.

Was passiert konkret künftig mit nach Europa fliehenden Menschen, wenn die Verordnungen ab 2026 – zwei Jahre nach Inkrafttreten – angewendet werden? [...] Um zu ver-

deutlichen, um wen und um was es geht, hat PRO ASYL basierend auf den zur Abstimmung stehenden Verordnungen und einer realistischen Umsetzungsprognose folgende Einzelfälle fingiert, die in der Ausgangslage auf typischen Fluchtgeschichten beruhen.

Auch wenn die Reform kommt: Der Kampf für den Flüchtlingsschutz geht weiter!

Eine Zustimmung des Europaparlaments zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems kurz vor der Europawahl ist extrem bitter. Aus dem Parlament kamen während des Reformprozesses verschiedene positive Vorschläge, die jedoch in den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten fast alle vom Tisch gefegt wurden.

Für PRO ASYL und unsere Partnerorganisationen in ganz Europa geht der Kampf natürlich weiter. Die kommenden zwei Jahre bis zum Start des neuen Systems müssen genutzt werden, um Strategien zur weiteren effektiven Unterstützung von in Europa Schutzsuchenden zu entwickeln und der Isolations- und Abschottungsstrategie der EU entgegenzuwirken.

<https://www.proasyl.de/news/geas-reform-im-eu-parlament-historischer-tiefpunkt-fuer-den-fluechtlingsschutz-in-europa/>

<https://www.proasyl.de/news/zahlen-fakten-zur-populistischen-debatte/>

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Abschiebungen in Nordrhein-Westfalen

Neue Publikation legt nordrhein-westfälische Abschiebep Praxis offen

2.5.2024 - [...] Ein junger Mann, dem die Ausländerbehörde jahrelang die Erlaubnis für eine Ausbildung verweigert und ihn zur „freiwilligen Ausreise“ drängt, damit er „auf dem korrekten Weg“ wieder einreist, um seine Ausbildung beginnen zu dürfen. Eine in Deutschland geborene und aufgewachsene junge Romni mit einer geistigen Behinderung. Ein Oppositioneller, der nach seiner Abschiebung nach Tadschikistan zu sieben Jahren Haft verurteilt wird. Ein suizidgefährdetes Folteropfer, das wochenlang in Abschiebehaft gesteckt wird.

Sie und viele weitere Menschen gerieten in den vergangenen Jahren in das Visier nordrhein-westfälischer Ausländerbehörden. Allein 2023 schoben diese über 3.300 Menschen aus Nordrhein-Westfalen ab. Bei vielen tausend weiteren Menschen bemühten sich die Behörden um deren Abschiebung. Um diese Menschen geht es in dem Buch „Abschiebungen in Nordrhein-Westfalen. Ausgrenzung. Entrechtung. Widerstände“, das im Rahmen unseres Projekts Abschiebungsreporting NRW www.abschiebungsreporting.de verfasst worden ist.

Die Dokumentation zeigt auf, dass [...] diese Abschiebungen und Abschiebeversuche eine etablierte und strukturelle Praxis ist, die wiederum das Ergebnis einer verhärteten

nordrhein-westfälischen wie bundesdeutschen Abschiebepolitik ist. Umgesetzt wird diese Praxis von einem im Laufe der Jahre immer weiter ausgebauten, weit verzweigten behördlichen Verwaltungsapparat. Tausende Menschen sind nur damit beschäftigt, Abschiebungen zu organisieren. Insgesamt sind in dieser Publikation **rund 110 Fälle von drohenden, versuchten und vollzogenen Abschiebungen** [...] mal knapp angerissen, mal sehr umfassend nachgezeichnet.

Mit der „Reform“ des Europäischen Asylsystems und dem neuen „Rückführungsverbesserungsgesetz“ wird diese auf Gewalt, Abwehr und Abschottung setzende Politik, in der hunderttausende Menschen permanent in einem Status der Abschiebbarkeit festgehalten werden, nochmals deutlich verschärft.

Auszüge aus:

<https://www.grundrechtskomitee.de/details/abschiebungen-in-nordrhein-westfalen-neue-publikation>

Ausgesetzt in der Wüste: In Nordafrika verschleppen von der EU finanzierte Sicherheitskräfte Asylsuchende, die nach Europa wollen. Eine internationale Recherche zeigt ein System der Abschreckung von Migranten auf ihrem Weg nach Europa – [Report München](#), 21.5.2024

Nils Enderlin

Europa in der illiberalen Spirale

Attac Frankreich und die Fondation Copernic veröffentlichten Anfang Mai „**Ihr Europa und unser Europa**“, ein Buch, das die aktuellen Fragen rund um die Europäische Union und die großen Herausforderungen beleuchtet und Vorschläge für den Aufbau eines demokratischen, sozialen und ökologischen Europas unterbreiten soll. Wir veröffentlichen hier einen Artikel, der sich an einem Kapitel orientiert, das sich mit dem Aufstieg der extremen Rechten in der Europäischen Union befasst. [...]

Die demokratische Krise, in der sich die Europäische Union befindet, ist nichts Neues, aber sie verschärft sich immer weiter. Im Jahr 2000 löste die Möglichkeit, dass die extreme Rechte in Österreich an die Regierung kommen könnte, in allen Mitgliedstaaten Empörung aus. Zwei Jahrzehnte später rufen der Aufstieg Giorgia Melonis zur italienischen Ministerpräsidentin, der Durchbruch von Geert Wilders in den Niederlanden oder die Bildung einer Koalition unter Beteiligung der extremen Rechten in Schweden nur noch betretenes Schweigen hervor.

Die bevorstehenden Europawahlen könnten die Situation noch weiter verschärfen. Die extreme Rechte führt das Rennen in Österreich, Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden an und liegt auch in Deutschland, Polen, Portugal und Schweden in der Spitzengruppe. Das Ergebnis: Alle politischen Gruppierungen könnten Sitze verlieren, außer der extremen Rechten, die auf dem gesamten Kontinent fast ein Viertel der Stimmen auf sich vereinen würde.

Einige sprechen sogar von der Möglichkeit einer Annäherung zwischen der Europäischen Volkspartei und den europäischen Verbündeten der Fratelli d'Italia im nächsten Parlament. Schließlich bilden die Rechte und die extreme Rechte bereits in immer mehr Mitgliedstaaten Koalitionen. Ganz zu schweigen davon, dass Konservative und Liberale ideologisch immer stärker mit der extremen Rechten auf einer Linie liegen: Das zeigen der derzeit diskutierte Asyl- und Einwanderungspakt und die immer lauter werdenden Forderungen, beim ökologischen Wandel auf die Bremse zu treten.

Dieses Erstarren der extremen Rechten hat viele Ursachen. Die europäischen Institutionen haben in mehrfacher Hinsicht dazu beigetragen.

Das fängt bei der **Ablehnung jeglicher Infragestellung des neoliberalen Dogmas** an, das in den Verträgen festgeschrieben ist. Indem sie jede Debatte über die wirtschaftliche und soziale Ausrichtung des Kontinents und insbesondere über die Austeritätspolitik, die die öffentlichen Dienste verwüstet und die verwundbarsten Bevölkerungsgruppen geschwächt hat, verhinderten, haben die europäischen Entscheidungsträger die Bedingungen für eine politische Debatte geschaffen, die sich auf die Suche nach anderen Sündenböcken, insbesondere Migranten, konzentriert.

Der zweite Fehler der europäischen Entscheidungsträger besteht darin, dass sie völlig **unfähig waren, die Werte, auf**

denen die EU angeblich beruht, durchzusetzen. In fast 15 Jahren voller Provokationen und großer Rückschritte bei den bürgerlichen Freiheiten haben Polen und Ungarn nie wirklich dem Druck ihrer Kollegen nachgegeben. Erst kürzlich wurde Viktor Orbans Zustimmung zur EU-Position zur Ukraine nur nach einer Erpressung erreicht, bei der sich der ungarische Staatschef in einer starken Position befand, da die 27 Länder um seine Unterstützung betteln mussten.

Doch nicht nur in Polen und Ungarn, sondern in ganz Europa (auch in „fortschrittlich“ regierten Ländern) wird die **Rechtsstaatlichkeit untergraben**. In den letzten Jahren hat sich die Menschenrechtskommissarin des Europarats über den verstärkten Einsatz von Sicherheitsgesetzen in Frankreich und Spanien zur Einschränkung des Demonstrationsrechts und der Meinungsfreiheit sowie über die Umgehung des Asylrechts in Italien und Österreich beschwert. Auch Griechenland, dessen Mitte-rechts-Regierung einen illiberalen Kurs einschlägt, der immer mehr an Ungarn erinnert, ist zu erwähnen.

In jüngster Zeit hat sich die **Unterdrückung der Klimabewegung** besonders stark bemerkbar gemacht: In Finnland, den Niederlanden und Serbien wurden Umweltaktivisten festgenommen, in Deutschland 30 Tage lang in Untersuchungshaft gehalten und Hausdurchsuchungen durchgeführt. In Frankreich und Spanien wurden Journalisten bei Demonstrationen für den Umweltschutz festgenommen.

Im Klartext heißt das, dass die demokratischen Grundsätze in ganz Europa untergraben werden und die europäischen Institutionen nichts dagegen unternehmen. Ihre Arbeitsweise ist auch nicht besser als die der Mitgliedstaaten. Man denke nur an **Ursula von der Leyens Weigerung**, die SMS-Nachrichten, die sie mit Pfizer ausgetauscht hat, als die EU über die Lieferung von Impfstoffen gegen COVID verhandelte, transparent zu machen, oder an ihre Stellungnahmen zum israelisch-palästinensischen Konflikt ohne ausdrückliches Mandat der Staaten ... Die Kandidatin für ihre eigene Nachfolge als Kommissionschefin hat in der Praxis immer wieder gezeigt, wie schwach die Kontrollverfahren und die Gegengewichte auf der europäischen Ebene sind.

Die mangelnde Transparenz der EU-Institutionen, die Dominanz der am wenigsten demokratischen Institutionen in den Entscheidungsprozessen, ihre Unfähigkeit, die Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, und das Fehlen einer demokratischen europäischen Debatte über die Wirtschaftspolitik sind alles Erscheinungen, die in ihrem Zusammenspiel die Dynamik der rechtsextremen Parteien anheizen und die demokratische Krise der EU und ihrer Mitgliedstaaten nähren. Am Ende droht ein Europa, in dem eine Regierung Orbán nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel ist.

In *Lignes d'Attac* von Attac Frankreich im April 2024 erschienen – Übersetzung: SiG-Redaktion

Walden Bello

Der globale Aufstieg des Faschismus und wie man ihn bekämpfen kann

Redebeitrag auf dem Panel "Building a Movement Mindset" des Weltsozialforums, Kathmandu, 15. Februar 2024

Wie wir in den letzten Tagen festgestellt haben, leben wir in äußerst schwierigen Zeiten, um es euphemistisch auszudrücken. Wir sind von einer Klimakatastrophe bedroht. Wir erleben, wie sich der Neoliberalismus immer weiter verfestigt, was zu einer noch nie dagewesenen Ungleichheit führt. Wir sehen den Völkermord der israelisch-amerikanischen Achse in Gaza. Wir sind Zeugen des weltweiten Aufstiegs des Faschismus. Ich möchte mich auf das Phänomen des aufkommenden Faschismus konzentrieren.

Als in den letzten zwei Jahrzehnten rechtsextreme Persönlichkeiten und Bewegungen aus dem Boden schossen, zögerte man in manchen Kreisen stark, sie mit dem "F"-Wort zu beschreiben. [...] Was Donald Trump und der Aufstand vom 6. Januar 2021 jedoch gezeigt haben, ist, dass die Unterscheidung zwischen "rechtsextrem" und "faschistisch" akademisch ist. Oder man kann sagen, dass ein "Rechtsextremer" ein Faschist ist, der noch nicht die Macht ergriffen hat, denn erst wenn sie an der Macht sind, offenbaren Faschisten ihre politischen Neigungen voll und ganz.

Merkmale des Faschismus

Eine Bewegung oder Person ist als faschistisch zu betrachten, wenn sie alle oder die meisten der folgenden fünf Merkmale in sich vereint:

- 1) sie zeigen eine Verachtung oder einen Hass auf demokratische Prinzipien und Verfahren;
- 2) sie tolerieren oder fördern Gewalt;
- 3) sie haben eine aufgeheizte Massenbasis, die ihr antidemokratisches Denken und Verhalten unterstützt;
- 4) sie machen bestimmte soziale Gruppen zu Sündenböcken und unterstützen deren Verfolgung; und
- 5) sie werden von einer charismatischen Person angeführt, die alle oben genannten Merkmale aufweist und normalisiert.

Ich möchte mich auf einige Personen konzentrieren, auf die - abgesehen von Trump - das "F"-Wort zutrifft.

Nachdem ich vor den Wahlen 2016 gewarnt hatte, dass **Rodrigo Duterte** "ein weiterer Marcos" sein würde, schrieb ich zwei Monate nach Dutertes Präsidentschaft, dass er ein "faschistisches Original" sei. Ich wurde von vielen Meinungsmachern, Akademikern und sogar Progressiven für die Verwendung des "F"-Wortes kritisiert. Nach mehr als sieben Jahren und 27.000 außergerichtlichen Hinrichtungen von angeblichen Drogenkonsumenten ist das "F"-Wort einer der milderen Begriffe, die für Rodrigo Duterte verwendet werden, wobei viele "Massenmörder" oder "Serienmörder" vorziehen.

Narendra Modi hat das säkulare und vielfältige Indien von Gandhi und Nehru mit seinem hindunationalistischen Pro-

jekt, das die große muslimische Minderheit des Landes zu Bürgern zweiter Klasse degradiert, der Vergangenheit angehören lassen. Derzeit führt er den nachhaltigsten Angriff auf die Pressefreiheit, indem er fortschrittliche Journalisten ins Gefängnis steckt und gegen bekannte Schriftsteller wie Arundhati Roy Anklage erhebt.

In Ungarn haben **Viktor Orban** und seine Fidesz-Partei die Kastration der Demokratie fast abgeschlossen.

In Brasilien hat **Jair Bolsonaro** die Präsidentschaftswahlen 2022 knapp gegen Lula da Silva verloren, aber seine Anhänger weigerten sich, das Urteil zu akzeptieren, und Tausende von Rechten drangen in die Hauptstadt Brasilia ein, um die neue Regierung zu stürzen, in einer bemerkenswerten Wiederholung des Aufstands vom 6. Januar 2021 in Washington.

Europa ist die Region, in der faschistische oder rechtseradikale Parteien am weitesten vorgedrungen sind.

Nachdem es in den 2000er Jahren kein rechtsradikales Regime gab, außer gelegentlich und kurzzeitig als Juniorpartner in instabilen Regierungskoalitionen wie in Österreich, sind in der Region jetzt drei an der Macht - eine in Ungarn, die Regierung von Giorgia Meloni in Italien und die Partei Recht und Gerechtigkeit in Polen, die versucht, sich an der Macht zu halten, obwohl sie die Parlamentswahlen im Oktober 2023 verloren hat. In Schweden und Finnland ist die extreme Rechte Teil der Regierungskoalitionen. In vier weiteren Ländern der Region ist eine Partei der extremen Rechten die wichtigste Oppositionspartei. Und es gibt sieben Länder, in denen die Rechtsextremen sowohl im Parlament als auch auf der Straße eine wichtige Rolle spielen.

Erwähnenswert sind natürlich die jüngste Wahl von **Javier Milei** zum argentinischen Präsidenten, einem extremen Neoliberalen, dessen Vizepräsidentin Victoria Villaruel behauptet, während der Militärdiktatur in den späten 70er Jahren habe es keine Menschenrechtsverletzungen gegeben, sowie der Aufstieg der Freiheitspartei des antimuslimischen **Geert Wilders** zur größten Partei im Parlament nach den Wahlen im November in den traditionell liberalen Niederlanden. Wilders ist vor allem dafür bekannt, dass er Marokkaner als "Abschaum" bezeichnet hat.

Soziale Bedingungen, die den Faschismus begünstigen

Anführer sind in faschistischen Bewegungen von entscheidender Bedeutung, aber die sozialen Bedingungen schaffen die Möglichkeiten für den Aufstieg dieser Anführer. In diesem Zusammenhang kann man die Rolle, die der Neoliberalismus und die Globalisierung bei der Entstehung rechtsradikaler Bewegungen gespielt haben, gar nicht genug beto-

Faschismus und Großkapital

Der Faschismus lässt sich nicht auf eine Verschwörung des Großkapitals zur repressiven Stabilisierung der Gesellschaft und zur Durchsetzung seiner Interessen reduzieren, wie es die traditionellen Marxisten sahen. Faschisten sind keine bloßen Instrumente der Elite. In der Tat ist ihre Rhetorik nicht nur antidemokratisch oder antiliberal, sondern oft auch antikapitalistisch oder gegen das Großkapital gerichtet. So behaupten Trump und seine Anhänger, dass sie gegen Big Tech oder gegen die "Plutokraten" sind. Faschisten streben jedoch nicht den Sturz des Großkapitals an; sie wollen lediglich eine Übereinkunft mit dem Kapital, um den eigenen Interessen ihrer Bewegung zu dienen, allerdings mit ihnen auf dem Fahrersitz.

In "normalen Zeiten" können Faschisten und das Großkapital manchmal unterschiedliche Standpunkte zu einigen Themen haben, wie z.B. im Fall des "wachen Kapitalismus", bei dem die Konzerne fromm beteuern, dass die Unternehmenspolitik "umweltfreundlich" oder politisch korrekt bei der Einstellung von Mitarbeiter*innen sein sollte, wenn es um „Rasse“ und Geschlecht geht. Diese Unterschiede sind jedoch vorübergehend und unbedeutend, und wenn sich das Kapital durch Bewegungen bedroht fühlt, die seine Profite schmälern oder seine wirtschaftliche Vorherrschaft gefährden, begrüßt es die Bemühungen von Faschisten, die soziale Ordnung zu stabilisieren oder zu "säubern".

Faschismus vor und an der Macht

Faschisten können durch Wahlen an die Macht kommen, wie es Hitler, Trump und Bolsonaro getan haben. Je näher sie der Macht kommen, desto mehr versuchen sie, ein konstitutionelles oder gemäßigtes Bild zu vermitteln, wie es Giorgia Meloni in Italien im Vorfeld der Parlamentswahlen 2022 und Geert Wilders in den Niederlanden vor kurzem getan haben. Doch wenn sie erst einmal an der Macht sind, versuchen sie oft, diese mit Hilfe von Zwang oder Gewalt zu erhalten. Gewalt ist das Hauptinstrument, mit dem Faschisten ihre Revolution oder Konterrevolution durchführen wollen, um die Gesellschaft zu "säubern" und die Vorherrschaft der traditionell dominanten, durch Hautfarbe, ethnische Identität oder Kultur definierten Mehrheit zu behaupten oder wiederherzustellen. Während die Hindu-Nationalisten in Indien mit Hilfe ihrer parlamentarischen Mehrheit die Institutionen des Landes umgestalten, sehen sie ihre Macht letztlich in ihrer Fähigkeit zur Gewalt begründet, die sie in regelmäßigen Abständen entfesseln, um untergeordnete Gemeinschaften wie die Muslime in den Focus zu nehmen, wie beim Massaker in Gujarat im Jahr 2002.

Wie kann man dem Faschismus begegnen?

Abschließend möchte ich einige Maßnahmen vorschlagen, die wir ergreifen können, um der faschistischen Bedrohung zu begegnen.

Erstens müssen wir aufhören, auf einfache Erklärungen für den Aufstieg der extremen Rechten zurückzugreifen, wie

nen. Die Verschlechterung des Lebensstandards und die großen Ungleichheiten, die durch die neoliberale Politik hervorgerufen wurden, führten zu einer Enttäuschung bei den Menschen, die das Gefühl haben, dass die liberale Demokratie von den Reichen gekapert wurde, und zu Misstrauen gegenüber den Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Parteien, die diese Politik unterstützten. Diese **verärgerten, unzufriedenen Massen** sind die Basis der faschistischen Parteien.

Diese aufgeheizte Basis, die durch eine Mischung aus wirtschaftlicher Unsicherheit, Ressentiments und Hass motiviert ist, ist der Grund dafür, dass Duterte, Bolsonaro und Trump zwar nicht mehr an der Macht sind, aber dennoch ein Comeback feiern oder durch einen neuen Anführer desselben Typs ersetzt werden können.

Nehmen Sie die Vereinigten Staaten. Die Wahl von Joe Biden im Jahr 2020 löste einen Seufzer der Erleichterung in Kreisen aus, die sich um die Gesundheit der Demokratie in den Vereinigten Staaten sorgen. Aber 11 Millionen mehr Amerikaner haben 2020 für Trump gestimmt als 2016, während 70 Prozent der Republikanischen Partei entgegen allen Beweisen glaubten, er habe die Wahl gewonnen. Heute ist Trump in zwei Bundesstaaten und zwei verschiedenen Bundesbezirken mit 91 Straftaten konfrontiert, von denen jede zu einer Gefängnisstrafe führen kann. Dennoch hat er alle seine republikanischen Konkurrenten im Kampf um die Präsidentschaftskandidatur 2024 weit hinter sich gelassen und liegt in den Umfragen in den Swing States, die über den Wahlsieg im nächsten Jahr entscheiden werden, vor Biden. Seine Konkurrenten um die republikanische Präsidentschaftskandidatur versuchen in der Tat, das Bild zu vermitteln, sie seien Trumpistischer als Trump.

Ideologische und psychologische Triebkräfte des Faschismus

Die wirtschaftlichen Bedingungen sind jedoch nicht die einzige Erklärung für das Aufkommen faschistischer Bewegungen. Rassismus, Ethnozentrismus und einwanderungsfeindliche Stimmungen sind ebenfalls ein Grund dafür. Diese verhaltensbedingten oder ideologischen Triebkräfte sind in der Tat von zentraler Bedeutung für das faschistische Projekt, das darin besteht, eine klassenübergreifende Solidarität auf der Grundlage von Hautfarbe, Religion, Sprache oder Kultur zu schaffen, indem diejenigen, die als anders wahrgenommen werden, als der Feind oder der Große Andere definiert werden. Es ist kein Zufall, dass Hitlers Projekt als Nationalsozialismus bezeichnet wurde – das heißt, es ging um "Gleichheit", aber nur für die Angehörigen der gleichen „Rasse“ und nicht für die Anderen. Dieser Große Andere wird als die Quelle der Krise oder der Probleme der eigenen imaginären Gemeinschaft bezeichnet. In den Vereinigten Staaten ist heute der weiße Nationalismus oder die weiße Vorherrschaft der ideologische Ausdruck des faschistischen Projekts, und sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten sind starke Gefühle gegen nicht-weiße Migranten ein Hauptmerkmal des faschistischen Bewusstseins.

die Behauptung, dass Trolle dafür verantwortlich sind, und anerkennen, dass rechtsextreme Persönlichkeiten und Bewegungen eine kritische Masse an Unterstützung in der Bevölkerung haben.

Zweitens müssen wir anerkennen, dass die Faschisten uns weit voraus sind, wenn es darum geht, Menschen mit den modernsten im Internet verfügbaren Methoden zu mobilisieren.

Als Nächstes müssen wir Wege finden, um die extreme Rechte daran zu hindern, überhaupt an die Macht zu kommen, z.B. durch die Bildung breiter gemeinsamer Wahlfronten, auch mit nicht-faschistischen Gruppen, mit denen wir vielleicht Differenzen haben. Es ist viel schwieriger, die extreme Rechte zu beseitigen, wenn sie einmal an der Macht ist.

Viertens müssen wir sicherstellen, dass wir an der Spitze unseres Widerstands jene Bewegungen haben, die in breiten Teilen der Bevölkerung, einschließlich der Mittelschichten, auf große Resonanz stoßen, wie die Bewegungen gegen den Klimawandel, für die Gleichstellung der Geschlechter und für Gerechtigkeit unabhängig von der „Rasse“.

Fünftens müssen wir die Menschenrechte und die demokratischen Werte vehement verteidigen, auch wenn - oder gerade wenn - sie unpopulär geworden sind. Dazu gehört, dass wir uns offensiv für Menschen und Gruppen einsetzen, die derzeit verfolgt werden, weil die Mehrheitsmeinung gegen sie aufgepeitscht wird, wie z. B. Muslime in Indien und nicht-weiße Einwanderer sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa. Die internationale Solidarität mit den Verfolgten ist ein wesentliches Element des antifaschistischen Projekts.

Sechstens sollten wir nicht davor zurückschrecken, zu sehen, was wir von der extremen Rechten lernen können, insbesondere wenn es um die Politik der Leidenschaft oder die Politik des Charismas geht, und sehen, wie unsere Werte auf leidenschaftliche und charismatische Weise vorangebracht oder gefördert werden können. Wir müssen die Vernunft mit der Leidenschaft vereinen und dürfen sie nicht als Widerspruch sehen, auch wenn wir dabei natürlich nicht unsere Verpflichtungen zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Fairness verletzen dürfen.

Siebtens: Wenn die Geschichte, insbesondere die der Vereinigten Staaten, ein Hinweis darauf ist, darf man die Möglichkeit eines gewaltsamen Bürgerkriegs nicht ausschließen, und sollte dieser zu einer realen Bedrohung werden, muss man die geeigneten Schritte unternehmen, um ihm zu begegnen.

Am wichtigsten ist jedoch wahrscheinlich, dass wir eine transformative Vision haben müssen, die mit der der extremen Rechten konkurrieren kann, eine Vision, die auf echter Gleichheit und echter demokratischer Ermächtigung beruht und über die inzwischen diskreditierte liberale Demokratie hinausgeht. Manche nennen diese Vision Sozialismus. Andere würden einen anderen Begriff vorziehen, aber das Wichtigste ist ihre Botschaft der radikalen, echten Gleichheit jenseits von Klasse, Geschlecht und „Rasse“.

Rosa Luxemburg, die gemarterte deutsche Marxistin, schrieb, **die Zukunft gehöre entweder dem Sozialismus oder der Barbarei**. Im 20. Jahrhundert wurde der Barbarei ein Riegel vorgeschoben. Wird das auch im 21. Jahrhundert der Fall sein?

Abschließend möchte ich sagen, dass es keine Garantie dafür gibt, dass der Faschismus nicht triumphiert, aber er wird mit Sicherheit siegen, wenn wir uns nicht mit Leib und Seele, mit vollem Einsatz und mit Intelligenz einsetzen, um ihn zu stoppen.

Walden Bello: <https://focusweb.org/the-global-rise-of-fascism-and-how-to-fight-it/> - Übersetzung: SiG-Redaktion

Anmerkung: das Wort *race* (W.B.) haben wir mit „Rasse“ übersetzt.

Texte zum Rechtsextremismus / Faschismus:

Walter O. Ötsch, 23. Juni 2016: **Ökonomisches Denken, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus**

Duales Denken wie Markt vs. Staat fördert rechtspopulistisches Denken – [Makroskop](#) (Bezahlschranke)

„Innere Zeitenwende“: Die AfD braucht keine Nazis, der liberale Deutsche hilft schon genug

Von Ingar Solty in: [Berliner Zeitung](#) 19.5.2024

Medico-blog: [Der lange Weg nach Rechts](#)

Artikel und Links zum Rechtsextremismus in [SiG 153](#)

Themenspeicher: Droht ein neuer Faschismus?

Im Januar bis Mitte / Ende Februar 2024 gingen bundesweit viele Menschen auf die Straße, um gegen die AfD zu demonstrieren. [...] Auch in linken Kreisen wird seit Monaten immer wieder darüber diskutiert: Droht in Deutschland ein neuer Faschismus?

Anlass für eine ‚Was tun?!‘-Diskussionsveranstaltung, die am **15.03.2024** im Zoom-Video-Raum stattfand.

Dokumentation hier: <https://was-tun.net/faschismus>

[Thesenpapier von Ekkehard Lieberam: Droht ein neuer Faschismus?](#) Er verknüpfte diese Frage stark mit den aktuellen Kriegsgefahren und den Bemühungen deutscher Politik das Land „kriegstüchtig“ zu machen.

Sein Input: [Input Ekkehard Lieberam](#)

Andreas Grünwald, aus dem Hamburger ‚Was tun?!‘-Kreis, beschäftigte sich mit dem Phänomen des Rechtspopulismus: [Input Andreas Grünwald](#)

Dass demokratische Errungenschaften nicht nur aus der völkisch-rechten Ecke, sondern auch aus der Richtung sich liberalistisch und antidemokratisch radikalisierenden Regierungsparteien bedroht sind, war Gegenstand eines [Diskussionsbeitrags von Kathrin Otte](#) – Dazu auch: [Die Verfassung der Freiheit – Junge Welt – 28.07.2023](#)

Weitere Thesen (6.4.2024):

[Thesenpapier von Ulrich Schneider](#)

[Thesenpapier von Jürgen Lloyd](#)

[Thesenpapier von Jörg Lang](#)

Militarisierung der EU

Ingeborg Schellmann

“Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht“, von Claudia Haydt und Jürgen Wagner - eine Rezension

Vor 6 Jahren veröffentlichten Claudia Haydt und Jürgen Wagner eine noch heute aktuelle Analyse der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU: **Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht**.

Schon der Titel – eine Anspielung auf Brechts „Aufhaltsamen Aufstieg des Arturo Uri“, des Aufstiegs Hitlers – verheißt Unheilvolles. Die Autoren demaskieren den pazifistischen Schein der EU. Die kritische Öffentlichkeit europaweit wie auch in Deutschland hatte ihr Auge auf den militärischen Untergrund der EU-Verträge, insbesondere des Lissabon-Vertrags, gerichtet, allerdings ohne große Resonanz jedenfalls in Deutschland, anders in Irland, wo das einzige Referendum durchgeführt wurde und zur Ablehnung des Vertrags vorübergehend führte.

Zu Recht betrachten die Autoren die vertragliche Legitimation der EU-Sicherheitspolitik durch den Lissabon Vertrag als Geburtsstunde der EU-Militarisierung, nachdem 1954 die Europäische Verteidigungsgemeinschaft eine Totgeburt war. Es lohnt sich, die vertragliche – quasi verfassungsrechtliche – Basis zu studieren, wie es im Jahr 2008 auch der Friedensratschlag und die Attac-Verbände in Europa taten. ([SiG-Biblio 4](#), enthält auch einen Überblick über die früheren Verträge der EU)

Zitate aus dem [Vertrag von Lissabon \(EUV\)](#):

Die EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, ihre militärischen Fähigkeiten "schrittweise zu verbessern" (Art. 28c).

Eine "Europäische Verteidigungsagentur" wurde gegründet, die "Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors" ergreifen soll (Art. 28a Abs. 3).

"Besonderer Verfahren können angewandt werden, um den schnellen Zugriff auf die Haushaltsmittel der Union zu gewährleisten", damit Militäreinsätze ("Missionen") durchgeführt werden können; hierfür wurde ein sog. "Anschubfonds" gebildet (Art. 28 a Abs. 3), hinzukommen - "Schnelle Eingreiftruppen" und sog. Battlegroups (Schlachtgruppen) für Kampfeinsätze in aller Welt.

Der Tatbestand des "Terrorismus" kann mit militärischen Mitteln (d.h. mit Krieg) beantwortet werden (Art. 28 b).

Die Beistandsklausel gestaltet die EU zu einem Militärbündnis (Art. 42,7 EUV) und die Solidaritätsklausel verpflichtet zu Militäreinsätzen im Inneren.

Das Europäische Parlament wird in Angelegenheiten der Außen- und Sicherheitspolitik lediglich informiert und angehört; Entscheidungen trifft ausschließlich der Rat, also die "Exekutive" der EU, der ganze Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik bleibt rechtsstaatlicher Kontrolle entzogen, da nach Art. 240 ist der Gerichtshof der Europäischen Union hierfür "nicht zuständig" ist.

Ausführlich und detailgenau konzentrieren Claudia Haydt und Jürgen Wagner ihren Blick auf den geopolitischen Machtanspruch der EU, von dem sie die aggressive Militärpolitik der EU ableiten und der sich in militärischen Politiken und in Vorgaben von ideologischen Impulsträgern manifestieren lässt. Der in der Öffentlichkeit und in den Medien verbreitete angeblich rein defensive Charakter der EU und das Bild von der EU als „Altruistisches Europa“ und als Förderin des Weltfriedens erweisen sich als ein fadenscheiniges Trugbild, betrachtet man ihre Expansionsstrategie, die stets mit militärischen Fähigkeiten verbunden wird. Claudia Haydt und Jürgen Wagner stellen für die EU die These auf, dass die EU Weltmacht durch Expansion und Militarisierung anstrebe.

Zentraler Ideengeber ist die [Group on Grand Strategy](#), bestehend aus Vertretern verschiedener einflussreicher EU-Denkfabriken. Sie verfolgt eine in sich kohärente militärgestützte Geostrategie. Geografie und Politik sind miteinander zu verknüpfen, um die Macht und die Einflussosphäre des heimischen Territoriums zu maximieren und das Auftauchen möglicher Rivalen zu vereiteln. Die Kernforderungen bestehen in der umfangreichen Militarisierung der Europäischen Union, der Etablierung eines imperialen Großraums sowie der Schaffung eines EU-Superstaats, die als Voraussetzungen für eine effiziente Geostrategie deklariert werden.

In Anlehnung an diese Strategie baute die EU in den 1990er Jahren ihre militärische Struktur auf und beschloss 2003 die „[Europäische Sicherheitsstrategie](#)“ und im Juni 2016 die „[EU-Globalstrategie](#)“ (EUGS), die auf der Vorstellung der bedrohten westlichen Vormacht, der neuen Großmachtkonflikte, dem machtpolitischen Mehrwert des Militärs, der Militarisierung der weitervorschreitenden Integration der EU und einer erklärten Geostrategie, d.h. Expansion beruht. Der „Schutz“ des neoliberalen Weltwirtschaftssystems, die Notwendigkeit von weltweitem Wachstum und weltweiter Sicherheit und der freie Zugang zu natürlichen Ressourcen haben hohe Priorität. Im Sinn des umfassenden Ansatzes meint die EU gezwungen zu sein, zivile und militärische Fähigkeiten zu bündeln, um ihre Interessen durchsetzen zu können.

Mit dem Untergang der Sowjetunion war die „Stunde der Europäer“ gekommen. Neben der formalen Erweiterung der EU nach Osten setzt die EU auf eine Expansion ohne Erweiterung mittels der [Europäischen Nachbarschaftspolitik \(ENP\)](#), die auf eine „großeuropäische Wirtschaftszone“ abzielt und über Assoziationsabkommen realisiert wird, deren Inhalte mit allen Kriterien der neoliberalen Strukturanpassung einseitig von der EU gesetzt werden.

Mit der Osterweiterung und der ENP entwickelte die EU imperiale Konturen mit einem Zentrum-Peripherie-Gefälle, einem kontinuierlichen Expansionsdrang und der Bereit-

schaft, die imperiale Ordnung im Zweifel durch Gewaltanwendung aufrechtzuerhalten. Im Zentrum stehen Deutschland und Frankreich, um die sich die alten EU-15 gruppieren. Weit abgehängt die östlichen EU-Mitgliedstaaten. Die ENP vertieft den imperialen Charakter.

Weltmachtstreben ist ohne Militärmacht nicht denkbar. Der Lissabon Vertrag bietet die erforderliche Basis. Die fehlende Finanzierung aus dem EU-Haushalt wurde mit dem [PESCO-Programm](#) („EU-Verteidigungsinitiative für die ständige strukturierte Zusammenarbeit“) und der Deklaration der Militärausgaben als solche der Wettbewerbsförderung sowie der Gründung eines Verteidigungsfonds und der Ausnutzung von Möglichkeiten außerhalb des allgemeinen Finanzrahmens kompensiert. Abgerundet wurde die neue Militärstruktur mit der Einrichtung des „[Europäischen Auswärtigen Diensts](#)“ (EAD), einer Superbehörde, die als Schaltzentrale Außen- und Militärpolitik verbindet. Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit dem Kosovo und der [EULEX-Polizeieinsatz](#), die Einsätze der EUFOR Congo im Kongo und in Somalia und die Einsätze in Nordafrika – Stichwort [G5-Sahel-Truppe](#) – zeigen das Zusammenspiel von Militär und Expansionspolitik.

Erklärtes Ziel der Zukunft ist eine Rüstungsunion im Jahr 2025 - so [Jean-Claude Juncker im Jahr 2017](#). Mit [CARD](#), dem Kontrollprogramm für die Rüstungsentwicklung der Mitgliedstaaten, mit PESCO und schließlich dem Europäischen Verteidigung Fond (EVF) sind erste Grundlagen gelegt. Inwieweit alle Mitgliedstaaten für eine Rüstungsunion zu gewinnen wären, zweifeln die Autoren an.

Zu Recht vermissen Claudia Haydt und Jürgen Wagner eine kritische Auseinandersetzung in den Medien und in der Öffentlichkeit mit der Militarisation der EU. Teile der Bevölkerung befürworten eine Europäisierung des Militärs, können allerdings darin nicht die Militarisation Europas erkennen. Plädoyers von Politikern für eine europäische Armee werden als Beitrag zur Friedensicherung gefeiert, da dann ein möglicher Krieg unter den Mitgliedstaaten unter-

bunden werden würde. Der Blick in die EU-Globalstrategie zeigt, dass es nicht um Frieden in Europa oder anderswo geht. Jedes Mehr an Militär führt zwangsläufig zu gewaltsamen Problemlösungen. Wenn „Europäische Interessen“ als Fortschritt gefeiert werden, gilt jede linke Kritik als reaktionär und nationalistisch. Linke Politik kann ihr Augenmerk nur auf die neoliberale Ausrichtung der EU mit ihrer zerstörenden Sparpolitik und ihren Anreizsystem zur Aufrüstung richten.

AUSDRUCK – Das IMI-Magazin, Ausgabe März 2024
Schwerpunkt: Kriegstüchtig
[Übersicht und einzelne Artikel](#) ; [Gesamte Ausgabe](#)

Jürgen Wagner: [Ein strategischer Kompass für Europas Rückkehr zur Machtpolitik](#) (Juni 2022)

[Aufrüstung unter dem Stern des Schengen-Beitritts](#)
 „Pilotprojekt“ und Polizeigewalt an der türkisch-bulgarischen Grenze, von: **Yasmina Dahm**, 2. Mai 2024

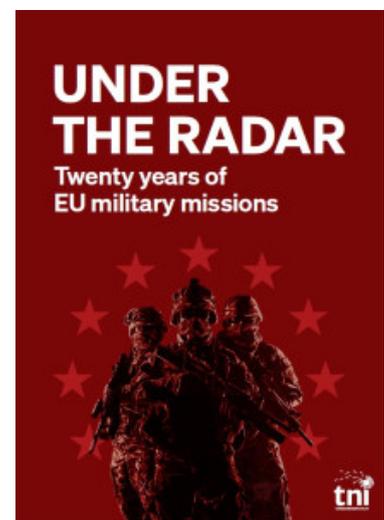
Neues Buch von Jürgen Wagner (2022)
<https://shop.papyrossa.de/Wagner-Juergen-Im-Ruestungswahn>



Transnationales Institut (TNI) Zwanzig Jahre EU-Militärmissionen

8.5.2024 - Im Jahr 2003 entsandte die EU ihre allererste Auslandsmission in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. In den 20 Jahren seither hat sie mehr als 40 Operationen in ganz Europa, Afrika und Asien durchgeführt, von denen derzeit 24 aktiv sind, 13 zivile und 10 militärische, die im Mittelpunkt dieses Berichts stehen, sowie eine Hybridmission. Zu den erklärten Zielen dieser Missionen gehören lobenswerte Ziele wie Konfliktverhütung, Stärkung des internationalen Friedens und der Sicherheit, Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit und Krisenmanagement, um nur einige zu nennen. Nach Angaben des diplomatischen Dienstes der EU werden diese Missionen durch das Engagement der

EU für die Verbesserung der Sicherheitslage in den Gastländern motiviert. Sie werden als Missionen von geringer bis mittlerer Intensität beschrieben, die EU-Dienstleistungen anbieten, die auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnitten sind und in der Regel die Bereitstellung von militärischer Ausbildung und Ausrüstung für die nationalen Armeen beinhalten. Wie dieser Bericht zeigt, haben diese Missionen in Wirklichkeit wenig mit der „Förderung von Frieden, Wohlstand und Sicherheit“ zu tun, sondern sind vielmehr darauf ausgerichtet, das erklärte Hauptziel der EU zu erreichen, nämlich die „Interessen der Europäer“ zu fördern - zum Nachteil der lokalen Bevölkerung in den Gastländern.



<https://www.tni.org/en/publication/under-the-radar> , Report (10 MB)

Deutsche Kriegstüchtigkeit: Was vor 75 Jahren nicht im Grundgesetz stand

(Auszüge aus einem [Telepolis-Artikel](#) vom 23.5.2024)

Für die Wiederbewaffnung Deutschlands 1956 musste [das Grundgesetz geändert werden](#) – und sie wurde gegen eine große Opposition durchgesetzt. Das hatten Hunderttausende, die in den 1950er-Jahren aus sehr unterschiedlichen Gründen in der BRD gegen die Remilitarisierung auf die Straße gingen, durchaus erkannt.

Der erste von der Polizei nach 1945 in der BRD [erschossene Demonstrant war der gerade 21-jährige Philipp Müller](#), den die Kugeln der Ordnungshüter trafen, als er 1952 gegen die Wiederbewaffnung protestierte.

In den 1950er-Jahren gab es eine erste massive Repressionswelle gegen linke Kritiker. Dazu zählt auch das Verbot der KPD und zahlreicher linker Organisationen, die Verfolgung linker Gewerkschafter sowie tatsächlicher oder vermeintlicher Kommunisten und Sozialisten in der BRD.

Dies waren keine Einzelfälle, die Repressalien hatten System. So schnell wie die ehemaligen Nazis und ihre Förderer wieder in den alten Machtpositionen in der BRD saßen, so schnell wurden die wenigen aktiven Antifaschisten, die Widerstand gegen den NS-Staat geleistet hatten, wieder inhaftiert.

Mit dem Vorwurf, die Arbeit der verbotenen KPD fortzusetzen, hatte man immer eine gute Handhabe, um gegen Oppositionelle vorzugehen. Und die wurde reichlich genutzt. Nach dem KPD-Verbot wurden viele verfolgt und inhaftiert, waren es die NS-Widerstandskämpfer, die mit ansehen mussten, wie ihre Gegner von einst, die Nazis, wieder in hohen Positionen saßen.

Von dieser realen Praxis der Verfolgung müsste heute die Rede sein, statt das Ideal eines Grundgesetzes zu beschwören, das mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat.

**Als der Krieg zu Ende war,
krochen die Menschen aus den Trümmern,
klopfen sich den Staub ab und sagten:
Nie wieder Krieg!
Jedenfalls nicht gleich morgen.**

Erich Kästner

**Beschlüsse der IPPNW-Mitgliederversammlung,
27.4.2024**

**„Mut zu Abrüstung und Frieden - gerade jetzt!“
[Den Ukrainekrieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden!](#)**

**Joachim Guilliard: Arsenal des Faustrechts:
Wirtschaftsblockaden, Menschenrechte und der Widerstand des Südens , IMI-Studie 2024/4:
<https://www.imi-online.de/2024/05/24/arsenal-des-faustrechts/>**

Mittwoch, 12. Juni 2024, 19:00 - 20:30

Europa auf dem Weg nach Rechts

Referent: Jörg Kronauer, Journalist

EineWeltHaus München, Großer Saal E01,
Schwanthalerstr. 80, Rgb. (U4/5) Theresienwiese

Im Nachgang zu den Wahlen zum Europaparlament analysiert und bewertet Jörg Kronauer die Ergebnisse und die sich abzeichnenden politischen Konstellationen.

Themen: politische Ausrichtung im Umgang mit den Wirtschaftsmächten USA und China, Flüchtlingspolitik, Aufnahme zusätzlicher Länder in die EU-Länder-Gemeinschaft sowie die weitere Ausrichtung der Russland-Politik. *Eine Veranstaltung vom isw-München - [Flyer](#)*
online via ZOOM: <https://us02web.zoom.us/j/81057106548>

Aktionsberatung Sonntag, 30. Juni 2024
**Militarisierung gegen Soziales -
Gegen Militarisierung und Kriegstüchtigkeit**
11.00 Uhr (bis ca. 15:00 Uhr)

German Foreign Policy: Zweierlei Konferenzen

28. Mai 2024 - **Aus dem Globalen Süden kommen Forderungen nach einer Alternative zur parteiischen Schweizer Ukraine-Konferenz. Russland ist zu Verhandlungen bereit. Plädoyers für De-facto-Kriegseintritt werden auch in Deutschland laut.**

Die von Deutschland unterstützte Ukraine-Konferenz Mitte Juni in der Schweiz gerät zunehmend unter Druck. Einerseits bleiben die erhofften Teilnahmezusagen von Staaten des Globalen Südens und von Spitzenpolitikern wie US-Präsident Joe Biden aus. Andererseits legen Vorstöße aus dem Globalen Süden den parteiischen PR-Charakter des Schweizer Events offen und bieten Alternativen zu ihm an. So schlagen Brasilien und China eine „internationale Friedenskonferenz“ vor, auf der – anders als auf der Schweizer Zusammenkunft – nicht nur die Ukraine, sondern auch Russland vertreten sein soll. Außerdem dürfe dort nicht bloß die „Friedensformel“ des ukrainischen Präsidenten Gesprächsgrundlage sein, die faktisch auf Moskaus bedingungslose Kapitulation hinausläuft; es sollten vielmehr „alle Friedenspläne“ diskutiert werden. Nicht zuletzt liegt schon seit mehr als einem Jahr ein chinesischer Plan zur „politischen Beilegung der Ukraine-Krise“ vor. Während Moskau bestätigt, zu Verhandlungen jederzeit bereit zu sein, weisen Deutschland und die anderen westlichen Staaten Gespräche weiterhin zurück – und diskutieren Schritte, die auf einen eigenen Kriegseintritt hinauslaufen. [...] Mehr: [GFP](#)

Jacobin: Bundeswehr raus aus den Schulen

Die Militarisierung der deutschen Zivilgesellschaft schreitet voran. Jetzt wollen die Ampel-Parteien und die Union das Bildungssystem für die Bundeswehr öffnen. Stattdessen braucht es ein ziviles Leitbild für Bildung und Wissenschaft.

Stoppt das Assoziierungsabkommen EU-Israel!

Offener Brief von über 200 Organisationen der Zivilgesellschaft (u.a. Attac Frankreich, Österreich, Spanien; BIP-jetzt, Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, Flüchtlingskinder in Libanon, Israeli Committee Against House Demolitions Deutschland, Jewish-Palestinian Dialogue Group Munich, Palästina Solidaritätskomitee Stuttgart)

14. März 2024

An Frau **Ursula von der Leyen**, Präsidentin der Europäischen Kommission, Herrn **Valdis Dombrovskis**, geschäftsführender Vizepräsident der Europäischen Kommission, Herrn **Charles Michel**, Präsident des Europäischen Rates, Frau **Roberta Metsola**, Präsidentin des Europäischen Parlaments, Herrn **Alexander De Croo**, Präsident des Rates der Europäischen Union, Herrn **Josep Borrell**, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik

Sehr geehrte Damen und Herren,

die unterzeichnenden Organisationen fordern die EU auf, **das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel** angesichts der Menschenrechtsverletzungen durch den Staat Israel **auszusetzen**.

Diese Verletzungen stellen eine Nichteinhaltung der Klauseln der "wesentlichen Elemente" dar, die besagen, dass das Abkommen von der Einhaltung der Menschenrechte und demokratischen Prinzipien durch die Parteien abhängig ist. Wir verurteilen unmissverständlich alle Verletzungen des Völkerrechts, insbesondere die Tötung von Zivilisten, und fordern die zuständigen Behörden auf, die Angelegenheit unverzüglich zu untersuchen.

Der aktuelle Krieg Israels gegen Gaza führt zu enormen Verlusten unter der Zivilbevölkerung, einer massiven Zerstörung der zivilen Infrastruktur und der Vertreibung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung von Gaza.(1)

Das Gesundheitssystem in Gaza ist zusammengebrochen. [...] Die Bevölkerung von Gaza ist der unmittelbar drohenden Gefahr von Hungersnöten und dem Tod durch ansteckende Krankheiten ausgesetzt.

Diese Situation ist eine Folge der Bombardierung von Gaza und der Blockade des Zugangs zu Nahrungsmitteln, Wasser, Treibstoff, Medikamenten und humanitärer Hilfe durch Israel sowie der Zerstörung des Abwassersystems. Dies sind offensichtliche und ausführlich dokumentierte Verletzungen der Menschenrechte von Palästinensern und Palästinenserinnen.

Die von der israelischen Regierung begangenen Menschenrechtsverletzungen begannen jedoch nicht erst im Oktober 2023. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen kam zu dem Schluss, dass bereits vor diesem Zeitraum schwere Menschenrechtsverletzungen begangen wurden. Zu diesen Verletzungen gehören die Errichtung und der Ausbau illegaler Siedlungen im Westjordanland. Das führte unter anderem zur Enteignung von privatem Grundeigentum der palästinensischen Bevölkerung, zu Rassendiskriminierung aufgrund der Zwangsvertreibung dieser Bevölkerung und der Zerstörung von deren Eigentum, zu einem Klima der Straffreiheit für die Siedler als Urheber von Gewalttaten und zur Beteiligung der israelischen Sicherheitskräfte

an diesen Taten sowie zu Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Palästinensern und Palästinenserinnen. (2)

Der Europäische Rat äußerte (schon vor dem Oktober 2023) seine Besorgnis über die Blockade des Gazastreifens und forderte, dass die militärischen Operationen verhältnismäßig sowie mit dem humanitären Völkerrecht in Einklang stehen und dass Israel die Beschränkungen für den Gazastreifen lockert. (3)

Die EU betrachtet die Achtung der Menschenrechte als ein wesentliches Element der Assoziierungsabkommen der EU mit den Partnerländern. In den Bestimmungen des Assoziierungsabkommens EU-Israel heißt es, dass die Vertragsparteien die Assoziierung gründen „in Anbetracht der Bedeutung, die die Vertragsparteien [...] den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen beimessen, insbesondere der Achtung der Menschenrechte und der Demokratie, die die eigentliche Grundlage der Assoziierung bilden“.

In Artikel 2 heißt es: „Die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien sowie alle Bestimmungen des Abkommens selbst beruhen auf der Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze, von denen sich die Vertragsparteien in ihrer Innen- und Außenpolitik leiten lassen und die ein wesentliches Element dieses Abkommens sind“.

Bei einem Verstoß gegen die Klauseln der sogenannten „wesentlichen Bestandteile“ kann die EU gemäß Artikel 60 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge die Abkommen ganz oder teilweise kündigen oder aussetzen. Artikel 82 des Assoziierungsabkommens sieht vor, dass „jede Vertragspartei das Abkommen durch Notifizierung an die andere Vertragspartei kündigen kann“.

Trotz der oben genannten und anderen ausführlich dokumentierten Verletzungen der Menschenrechte, der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung und der demokratischen Grundsätze durch den Staat Israel genießt seine Wirtschaft dank des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel weiterhin einen privilegierten Zugang zum EU-Markt.

Der Handel zwischen der EU und Israel hat seit der Unterzeichnung des Abkommens im Jahr 2000 erheblich zugenommen. Die EU ist Israels größter Handelspartner. (4)

Gemäß der offiziellen EU-Politik, die in dem 2009 vom Ausschuss der Ständigen Vertreter angenommenen „Gemeinsamen Ansatz für die Verwendung politischer Klauseln“ beschrieben wird (5), „können schwerwiegende Verstöße gegen Klauseln über wesentliche Elemente zur vollständigen oder teilweisen Aussetzung des Umfassenden Rahmenabkommens und aller damit verbundenen Abkommen, einschließlich des Handelsabkommens, führen (Nicht-durchführungsklausel)“.

Es ist unbestreitbar, dass das Vorgehen Israels gegenüber der palästinensischen Bevölkerung zumindest eine schwer-

wiegende Verletzung der Menschenrechtsklauseln des Assoziierungsabkommens EU-Israel darstellt.

Es scheint, dass jeder politische und menschenrechtliche Dialog, den die EU mit Israel geführt hat, nicht wirksam war, um Kriegsverbrechen und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern.

Am 26. Januar 2024 entschied der Internationale Gerichtshof (IGH), dass zumindest einige der Anschuldigungen Südafrikas, Israel würde Völkermord begehen, plausibel seien. (6)

Die Richter stellten fest, dass es angemessen ist, die vorgelegten Beweise zu untersuchen, sie akzeptierten die Anschuldigungen und wiesen Israels Forderung, das Verfahren abzulehnen, zurück.

Das Gericht wies Israel an, Maßnahmen zu ergreifen, um einen möglichen fortschreitenden Völkermord zu verhindern, was mehr humanitäre Hilfe für Gaza und Gegenmaßnahmen gegen diejenigen einschließt, die völkermörderische Erklärungen abgeben. (7)

Obwohl das endgültige Urteil noch nicht feststeht, sollte die Tatsache, dass der IGH das Vorbringen Südafrikas als „plausibel“ einstufte und vorläufige Maßnahmen gegen Israel erlassen hat, die Alarmglocken in der EU schrillen lassen. Unabhängig von der endgültigen Entscheidung des IGH hat die vorläufige Entscheidung direkte Auswirkungen auf Drittstaaten der Völkermordkonvention, die alle ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsinstrumente nutzen müssen, um Israel dazu zu bewegen, Handlungen zu unterlassen, die gegen die Völkermordkonvention verstoßen, einschließlich der Verweigerung, Reduzierung oder Aussetzung jeglicher Form von Unterstützung oder der Aussetzung bzw. Überprüfung von Handelsverhandlungen und -abkommen. (8)

Was derzeit in Gaza geschieht, ist die Folge eines politischen und moralischen Versagens der internationalen Gemeinschaft. Die Aussetzung des Assoziierungsabkommens aufgrund der Verletzung der Menschenrechtsklauseln des Abkommens würde eine starke Botschaft aussenden, dass das Engagement der EU für die Menschenrechte mehr als nur Rhetorik ist.

Wir fordern Sie nachdrücklich auf, das Assoziierungsabkommen EU-Israel unverzüglich auszusetzen.

1) <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf>

2) CCPR/C/ISR/CO/5, par. 15, 24, 36 and 42

3) consilium.europa.eu

4) https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/israel_en

5) [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/637975/EPRS_BRI\(2019\)637975_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/637975/EPRS_BRI(2019)637975_EN.pdf)

6) ICJ/192, paragraph 54 ; 7) ICJ/192, paragraph 86

8) <https://apidiakoniasie.cdn.triggerfish.cloud/uploads/sites/2/2024/02/South-Africa-v-Israel-Provisional-Measures-and-Third-States.pdf>

https://www.bilaterals.org/IMG/pdf/suspend_the_eu_israel_association_agreement.pdf

Übersetzung: SiG-Redaktion, *Flyer*

Zum Assoziierungsabkommen EU-Israel:

- Vertragstext (2000), [wko.at](https://www.wko.at)

- 2009: Erklärung des General Councils des TUC (Trade Union Congress) in Großbritannien (SiG 77): [Aussetzung des Assoziationsabkommens EU – Israel!](#)

- 2014: Über 300 Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften und politische Parteien aus ganz Europa haben die EU aufgefordert, Israel für sein Massaker an Gaza zur Rechenschaft zu ziehen. Deshalb [fordern sie, das EU-Israel-Assoziierungsabkommen auszusetzen](#) (SiG 113)

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern Studierende in aller Welt zeigen moralisches Rückgrat

[BIP-Aktuell](#), 21. Mai 2024 –

Die Studierendenproteste an den Universitäten, die über den israelischen „Scholastizid“ in Gaza entsetzt sind, fordern einen akademischen Boykott, ein Ende der Investitionen in Unternehmen, die von dem Völkermord profitieren, und Transparenz bei den Beziehungen der Universitäten zu Privatunternehmen.

Die Bewegung begann in den USA, wo die Versuche, sie zu unterdrücken, sie nur noch stärker gemacht haben. Von dort aus breitete sie sich auf den Rest der Welt und sogar auf Deutschland aus. Mehrere Universitäten haben den Forderungen der Studierenden ganz oder teilweise zugestimmt; die israelische akademische Welt spürt den Druck.

[...] Die israelische Armee hat systematisch alle Hochschulen im Gaza-Streifen [angegriffen](#). Jedes College, jede Universität wurde komplett bombardiert.

Dieser Angriff wird als „Scholastizid“ bezeichnet, ein Ausdruck, der zuerst von Professorin Karma Nabulsi aus Oxford, palästinensische Expertin für Internationales Völkerstrafrecht, verwendet wurde. Er bedeutet einen Akt der [Zerstörung](#) von Forschung und Lehre.

[...] Für die Auflösung der Proteste stellen die Studierenden klare [Forderungen](#): Ein Ende der akademischen Zusammenarbeit mit israelischen Universitäten, ganz im Sinne der akademischen Boykottforderungen der [BDS-Bewegung](#) und von [PACBI \(Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel\)](#). Außerdem fordern sie [Desinvestitionen](#) aus israelischen und internationalen Unternehmen, die von den Verbrechen Israels profitieren wie z. B. Rüstungsunternehmen. US-Universitäten sind bekannt für ihre hohen Stiftungsgelder, mit denen sie oft mehr Geld einnehmen als mit den Studiengebühren. Schließlich mißtrauen die Studierenden den Universitäten, sich auf sinnvolle und nachhaltige Weise von ihrem bisherigen Engagement zu lösen. Sie könnten nach dem Verkauf schnell wieder Anteile an Rüstungsunternehmen erwerben. Eine weitere Forderung der Studierenden lautet daher: [Transparenz](#) in der Investitionspolitik ihrer Universitäten. Diese Forderung mag zwar am einfachsten erscheinen und hat am wenigsten mit Palästina zu tun, ist aber für die Universitäten am schwierigsten zu erfüllen, da die Portfolios im [Geheimen](#) verwaltet werden und die Portfoliomanager mehr Geld [verlangen](#), wenn sie gezwungen werden, ihre Investitions-

entscheidungen offenzulegen. Viele Universitäten in den USA folgen dem so genannten „[Yale-Modell](#)“, bei dem ein großer Teil des Stiftungskapitals in privates Beteiligungskapital investiert wird, und zwar unter der Bedingung, dass die Investitionen geheim gehalten werden, was angeblich zu höheren Zinsen führt.

[...] Die Universitätsleitungen [...] riefen die Polizei, um die Camps gewaltsam aufzulösen: Fast 600 Studierende wurden auf dem US-Campus [verhaftet](#). Dutzende von Studierenden wurden von den Universitäten verwiesen. [...] Viele Professoren haben sich mit den Studierenden solidarisch gezeigt. Prof. Dr. Mahmoud Mamdani von der *Columbia University* [kritisierte](#) die Universitätsleitung dafür, dass sie die Polizei rief, Studierende ohne Beweise des Antisemitismus beschuldigte und sie ohne ein ordentliches Verfahren exmatrikulierte. Es dauerte nicht lange, bis sich die Repression auch gegen Professoren richtete – in einer Welle von McCarthyismus mit der [Entlassung](#) von Professoren, die sich für Palästina einsetzen. Repressionen wurden von den Universitätsleitungen gegen Lehrkräfte ausgeübt, die sich mit den Studierenden solidarisch zeigten. Das FBI hielt sogar Prof. Dr. Ilan Pappé am Flughafen fest und [verhörte](#) ihn zwei Stunden lang, um ihn zu fragen, ob er glaube, dass Israel einen Völkermord begehe und was die Lösung des Nahostkonflikts sei.

Trotz der Bemühungen, die Proteste zum Schweigen zu bringen, haben die Studierenden nicht aufgegeben und in vielen Fällen [Erfolge](#) erzielt. Die *Brown University* [stimmte](#) einer Abstimmung über Desinvestitionen zu. Die *Northwestern University* in Illinois erklärte sich [bereit](#), den Studierenden eine Vertretung bei Investitionsentscheidungen einzuräumen. Das *Evergreen State College* [erklärte](#) sich bereit, eine Untersuchung einzuleiten, um herauszufinden, ob seine Investitionen möglicherweise illegale Besetzung finanzieren. Die Universität von Minnesota [stimmte](#) einer partiellen Offenlegung der Unternehmen zu, in die sie investiert. Die *Rutgers-University* in New Jersey [erklärte](#) sich bereit, ein arabisches Kulturzentrum einzurichten und vertriebene palästinensische Studierende bei der Absolvierung ihrer Ausbildung zu unterstützen. Die Universität von Kalifornien, *Riverside*, erklärte sich [bereit](#), einige ihrer Investitionen offenzulegen und Studienprogramme in Israel nicht mehr zu genehmigen. Die *Sonoma State University* in Kalifornien [kündigte](#) an, dass sie alle akademischen Beziehungen zu Israel beenden wird, allerdings wurde daraufhin der Uni-Präsident „beurlaubt“.

Die größten Auswirkungen der Studierendenproteste waren jedoch nicht an den Universitäten selbst, sondern in Israel zu spüren. An den israelischen Universitäten wird ständig über die zunehmenden Auswirkungen des akademischen [Boykotts](#) und die Tatsache diskutiert, dass die Forschungsbeziehungen mit dem Rest der Welt fast völlig abgebrochen sind (Quelle auf [Hebräisch](#)).

Trotz des internationalen Drucks verbot die Universität Tel Aviv eine Nakba-Veranstaltung auf ihrem Campus, aber die Demonstranten konnten vor Gericht Einspruch erheben und durften eine Nakba-Mahnwache, allerdings ohne palästinensische Fahnen, abhalten (Quelle auf [Hebräisch](#)). Die ehemalige Präsidentin der Ben-Gurion-Universität, Prof. Dr. Riv-

ka Carmi, forderte in einem Interview die US-Universitäten auf, härter gegen die Demonstranten vorzugehen, sie auszuweisen und den Campus zu schließen: „*Ich habe kein Problem mit einer aufgeklärten Diktatur*“, sagte sie in dem Interview (Quelle auf [Hebräisch](#)). Israelische Zeitungen veröffentlichten Dutzende von Artikeln, in denen fälschlicherweise behauptet wurde, die Protestbewegung sei antisemitisch und die jüdischen Studierenden fühlten sich nicht sicher (Quelle auf [Hebräisch](#)). Diese Lügen wurden auch von deutschen [Medien](#) aufgegriffen. Prof. Dr. Lee Mordechai von der *Princeton University*, ein israelisch-jüdischer Professor, [stellte](#) klar, dass an diesen Anschuldigungen nichts dran ist.

Obwohl der Protest an den Universitäten der USA begann, hat er sich längst auf den Rest der [Welt](#) ausgebreitet: Nach Ägypten, Argentinien, Australien, Bangladesch, Brasilien, Costa Rica, Indien, Indonesien, Irak, Japan, Kanada, Kuba, Kuwait, Libanon, Mexiko, Neuseeland, Südkorea, Tunesien und Jemen. Und auch nach Europa: Nach Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, die Niederlande, Portugal, Spanien, Schweden, die Schweiz und das Vereinigte Königreich. [...]

Studierende [besetzten](#) eine Wiese auf dem Campus der Universität Cambridge, auf dem die Abschlusszeremonie stattfindet, und [Mitarbeiterinnen](#) des *University College London* rasierten sich aus Solidarität mit Gaza die Köpfe. Die *Goldsmith University* im Vereinigten Königreich erklärte sich bereit, Studierenden die [Möglichkeit](#) zu geben, Beweise für die Komplizenschaft der Universität mit Israel vorzulegen, einen ihrer Hörsäle in *Shireen Abu Akleh-Hörsaal (1)* umzubenennen und die Entscheidung der Universität zu überprüfen, die diskriminierende IHRA-Antisemitismus-Definition zu übernehmen. Die *Thompson Rivers University* in Kanada [willigte](#) ein, ihre Investitionen offenzulegen. Das *Trinity College* in Dublin verdient besondere Erwähnung, weil die Universität [beschlossen](#) hat, alle Verbindungen zu israelischen Unternehmen abubrechen. 76 Universitäten in Spanien haben [beschlossen](#), die akademischen Beziehungen zu israelischen Universitäten auszusetzen.

An der [Universität Bonn](#), der [Universität Hamburg](#) und der [Freien Universität Berlin](#) forderten die Studierenden, dass ihre Universitäten Maßnahmen ergreifen, um die Komplizenschaft mit dem israelischen Völkermord zu beenden. Fast 1.000 Wissenschaftler der *Freien Universität Berlin* [veröffentlichten](#) einen Brief, in dem sie die Studierenden und ihr Recht auf Protest unterstützen. Die *BILD-Zeitung* [griff](#) die Professoren an und bezeichnete sie als „UNIVERSITÄTER“. Die *Freie Universität*, die ursprünglich die Polizei gerufen hatte, um das Studierendencamp aufzulösen, veröffentlichte eine [Erklärung](#), in der sie ihre Professoren verteidigte. Die FAZ veröffentlichte einen großen [Meinungsartikel](#) des Juristen Nils Jansen, in dem er begründete, warum er den Protestbrief unterzeichnet hat.

(1) Shireen Abu Akleh war eine palästinensisch-amerikanische Journalistin, die 25 Jahre lang als Reporterin für den arabischsprachigen Sender Al Jazeera arbeitete. Am 11. Mai 2022 wurde sie bei der Berichterstattung über eine Operation der israelischen Armee in Dscheinin mit hoher Wahrscheinlichkeit durch Schüsse des israelischen Militärs getötet. https://de.wikipedia.org/wiki/Shireen_Abu_Akleh

Waffenexporte Deutschlands nach Israel 2003-2023

Zusammenfassung eines [Beitrags](#) vom 11. Mai 2024 bei einer Tagung zum Thema „**Deutschland finanziert, Israel bombardiert! Für einen gerechten Frieden in Nahost**“ vom Bündnis „Den Frieden gewinnen“.

Beiträge von Klaus Dallmer, Moshe Zuckermann, Rolf Becker, Arn Strohmeyer, Emily Weingarten, Benedikt Hopmann
(<https://frieden-gewinnen.de/deutschland-finanziert-israel-bombardiert/>)

In dem **Report von Forensis Architecture [German Arms Exports to Israel](#)** wurden ausgewertet: • Rüstungsexportberichte der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, 2003-2022 • Jahresberichte des Rates der Europäischen Union über Ausfuhren von Militärtechnologie und Militärgütern, 2003-2022 • Internationales Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) • Datenbank der Vereinten Nationen für die Statistik des Warenhandels (UN Comtrade) • Parlamentarische Anfragen • Andere Quellen, u.a. haben hebräisch-sprachige Forscher Videos ausgewertet, die die israelischen Soldaten hochgeladen haben.

Deutschland ist nach den USA zweitgrößter Waffenlieferant Israels, von 2019 bis 2023 waren es 30%, im Jahr 2023 sogar 47% der israelischen Waffenimporte.

Die beteiligten Rüstungsfirmen sind:

AIM Infrarot-Module GmbH, Heilbronn,
Atlas Elektronik GmbH, Bremen- Sebaldsbrück,
Daimler Truck Holding AG, Stuttgart,
Diehl Defence GmbH & Co. KG, Überlingen,
Dynamit Nobel Defence GmbH, Burbach,
EuroSpike GmbH, Röthenbach a.d. Pegnitz,
Deutsche Marinewerften Holdings GmbH, Kiel,
Grob Aircraft SE, Tussenhausen-Mattsies,
Heckler & Koch GmbH, Oberndorf am Neckar
Hensoldt AG, Taufkirchen,
Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG, München
Mercedes-Benz Group AG, Stuttgart
MTU Friedrichshafen GmbH, Friedrichshafen,
RENK Gruppe AG, Augsburg,
Rheinmetall AG, Düsseldorf,
ThyssenKrupp Marine Systems GmbH, Kiel.

2023 wurden Waffenexporte nach Israel für 326 Millionen Euro genehmigt, eine Verzehnfachung gegenüber 2022, und zwischen dem 7. Oktober und dem 2. November allein gab es 185 Einzelgenehmigungen. Ende des Jahres 2023 wurde eine Task Force des Auswärtigen Amtes und des Wirtschaftsministeriums (beides olivgrüne Ministerien) eingerichtet, um die Genehmigung israelischer Waffenanträge zu beschleunigen.

Deutschland hat im Januar und Februar 2024 noch Ausfuhren für 9 Millionen Euro genehmigt.

Allein im Jahr 2023 betrafen die von der Bundesregierung genehmigten Ausfuhren folgende Waffenkategorien: Bomben, Minen, Raketen, Torpedos (für die zuvor gelieferten U-Boote), Flugkörper, Sprengkörper, Sprengstoffe, Rad- und Kettenfahrzeuge (die die Artillerie transportieren), Militärtechnologie, Militärelektronik, Feuerleitsysteme, Aufstandsbekämpfungsmittel, Dieselmotoren für den Merkava-Panzer (dessen umfassender Einsatz gegen Zivilisten und zur Zerstörung von Bauernhöfen dokumentiert ist), Dieselmotoren für die gepanzerten Mannschaftstransporter (mit denen die israelischen Soldaten u.a. zu den Zerstörungen in die Krankenhäusern fahren), zwei Korvetten (die zu einem Drittel aus deutschen Steuergeldern subventioniert wurden und

Gaza von See aus beschießen sowie mitten in der Hungersnot die Fischerei unterbinden), 3.000 Panzerabwehrhaubitzen Matador (die die israelischen Soldaten gegen Wohnhäuser einsetzen), Munition für großkalibrige Waffen (u.a. 10.000 Schuss 120 mm Panzermunition), Munition für Kanonen, Haubitzen, Mörser und Maschinenkanonen, Kampfgranaten, Maschinengranaten und 500.000 Schuss Munition für Maschinengewehre.

Von 2003 bis 2023 wurden deutsche Waffen für 3,3 Milliarden Euro exportiert, davon waren 53% Kriegswaffen (wobei Komponenten von Waffensystemen von der Bundesregierung als "sonstige Rüstungsgüter" deklariert werden). Bezeichnend ist, dass in den beiden Folgejahren nach Israels Bombenkampagnen gegen Gaza 2012 und 2014 die Genehmigungen jeweils stark anstiegen - die Bestände mussten aufgefüllt werden. Die Bundesregierung kannte das mörderische Vorgehen Israels und hat trotzdem weiter Kriegswaffen geliefert. Das ist kriminell.

Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat am 26. Januar [angeordnet](#), dass Israels völkermörderisches Vorgehen stoppen muss – Israel hält sich nicht daran. Das erzeugt völkerrechtlich eine Pflicht für Drittstaaten, diesen Verbrechen entgegenzuwirken. Auch wenn nur der Verdacht besteht, dass ein Staat Genozid begeht, ist es illegal, ihm Waffen zu liefern. Die Bundesregierung hätte somit alle erteilten Genehmigungen für noch nicht ausgelieferte Waffen sofort widerrufen müssen.

Die deutsche Verteidigung gegen den [Antrag Nicaraguas auf sofortigen Lieferstopp](#) führte aus, dass die meisten Waffen keine Kriegswaffen seien und nur zur Ausbildung bestimmt seien. Das ist falsch. Wahrheitswidrig ist auch, dass die geleaste Drohnen Israel nicht zur Verfügung gestellt wurden, weil der Leasingvertrag erloschen sei. Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hat die Drohnen vielmehr ausdrücklich Israel zur Verfügung gestellt, sie werden zur Bombardierung Gazas benutzt. Auch die Behauptung, die beiden letztbestellten Fregatten, die Gaza von See beschießen, seien vor dem 7. Oktober geliefert worden, ist falsch. Sie sind wegen letzter Arbeiten erst im Dezember ausgeliefert worden, zwei Monate nach Beginn des Genozids. Mehrere europäische Transportarbeitergewerkschaften haben beschlossen, Schiffe mit Waffen für Israel nicht abzufertigen; es bleibt zu hoffen, dass sie Schiffe mit deutschen Waffen stoppen.

Todeszone Gaza: Waffen aus Deutschland - [Panorama-Bericht](#), 18.4.2024,

<https://daserste.ndr.de/panorama/>

Waffenlieferungen: So unterstützen Deutschland und andere westliche Staaten Israel im Krieg - [Telepolis](#), 19.4.2024

Deutsche Rüstungsexporte nach Israel: [IMI-Online](#), 7.2.24
[BIP-Aktuell #283: Deutschland liefert Munition für Haubitzen an Israel](#) (2.12.2023)

[SiG 154](#) (S. 30): Rüstungskooperation mit Israel stoppen!

Repression statt Argumente

Verbot des Palästina-Kongresses „Wir klagen an“, 12.-14. April in Berlin <https://palaestinakongress.de/>

Der Kongress war geplant als ein Tribunal gegen die deutsche Mittäterschaft an den israelischen Kriegsverbrechen in Gaza und als Zeichen der Solidarität mit der notleidenden palästinensischen Bevölkerung. Doch schon nach den ersten Redebeiträgen wurde der Kongress mit einem riesigen Polizeiaufgebot gestürmt, die Stromleitungen gekappt und ohne gesetzliche Grundlage wurde der Kongress verboten.

Bericht, jW (online, 12.4.2024)

Video-Beiträge der eingeladenen ReferentInnen:

<https://palaestinakongress.de/video-documentation>

Sonderbeilage der Tageszeitung junge Welt

vom 8./9. Mai 2024 "Wir klagen an!" mit den unterdrückten Beiträge zum Palästina-Kongress von Yanis Varoufakis, Wieland Hoban, Salman Abu Sitta, Noura Erakat und Dror Dayan; Rede von **Yanis Varoufakis** <https://diem25.org>; **Chronik** des Betätigungsverbots gegen Yanis Varoufakis **Übertragung** der Eröffnungsversammlung.

Pressekonferenz der Organisatoren am 13.4.24. (ab der 21. Minute); **Übersetzung** des **Beitrags von Dror Dayan** (in der Pressekonferenz ab der 40. Minute).

Pressekonferenz der Bundesregierung: **Video**, 3 Min.

Erklärung vom Friedensratschlag; auch aus dem Ausland kamen Solidaritätserklärungen:

<https://palaestinakongress.de/letter-of-support>; **Stopwar.uk**

Ghassan Abu Sittah durfte nicht in Deutschland einreisen - middleeasteye, 13.4.2024; aber das „**Verwaltungsgericht Potsdam rügt deutsche Bundespolizei** (15. Mai 2024): „Die Schengen-Einreise für Prof. Dr. Ghassan Abu Sittah entbehrt jeder rechtlichen Grundlage und ist sofort zu widerrufen. Das Urteil folgt auf einen Eilantrag des Anwalts Alexander Gorski vom **European Legal Support Center (ELSC)** mit Unterstützung von Anwälten des **International Centre of Justice for Palestinians (ICJP)**. Damit ist das von den deutschen Behörden gegen Prof. Dr. Abu Sittah verhängte EU-Einreiseverbot nichtig.“ Mehr: elsc.support

Fabian Scheidler - Deutsche Israel-Politik: Die falschen Lehren aus der Vergangenheit – Deutschland ist auf einen gefährlichen Konfrontationskurs mit Meinungsfreiheit geraten. [Berlinerzeitung](https://berlinerzeitung) 22.4.2024
Gaza, die AfD und die Heuchelei der Bundesregierung (**Fabian Scheidler**), 9.2.2024

Beilage der jungeWelt über Nahen Osten (15.5.2024);
Nabil Rachid: 76 Jahre Nakba
in <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-155-werkstatt>

IPPNW: Online-Vortrag am 3. Juni 2024
Hamas im Fokus: Entstehung, Ideologie und Handlungslogik im Verhältnis zur palästinensischen Gesellschaft und Parteienlandschaft **Referentin: Prof. Dr. Helga Baumgarten**
Audiomitschnitt: <http://globalisierungundkrieg.de/>

Rote Hilfe: Repression gegen palästina-solidarische Bewegung geht weiter: Palästina-Solidarität Duisburg verboten

16.05.2024 | [Pressemitteilung](#) [...] Am frühen Morgen des 16. Mai 2024 gab das nordrhein-westfälische Innenministerium unter Herbert Reul das Verbot der Gruppe Palästina-Solidarität Duisburg bekannt. Zeitgleich begann eine mehrstündige Razzia, bei der ein massives Polizeiaufgebot vier Wohnungen durchsuchte und kistenweise Materialien beschlagnahmte. Dabei wurde gegenüber den Betroffenen auch der Vorwurf der Volksverhetzung erhoben. Die Homepage und Social-Media-Kanäle sowie das Logo der Gruppe sind ebenfalls von der Verbotsverfügung betroffen.

In der Begründung warf das Innenministerium unter Herbert Reul der Initiative pauschal vor, sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung zu richten und antisemitische Narrative zu verwenden, führte aber keine konkreten Belege an. [...] Während Demonstrations- und Parolenverbote schon fast zum staatlichen Standardrepertoire gegen unliebsame Bewegungen zählen, geraten zunehmend auch andere Grundrechte ins Visier. Neben Auftritts- und Einreiseverboten oder dem Abbruch von Veranstaltungen wie des Palästina-Kongresses am 12. April macht sich der Staat inzwischen daran, unliebsames politisches Engagement durch wirtschaftliche Einschnitte zu unterbinden. Dazu gehört nicht nur die Streichung von Fördergeldern, sondern auch die Vorbereitung von Berufs-, Arbeits- und Ausbildungsverboten. Die beiden prominentesten Beispiele sind dabei das Vorhaben der Berliner Hochschulen, Exmatrikulationen aus politischen Gründen wieder einzuführen, und die Schließung der Mädchen*einrichtungen Alia und Phantalisa. Die Kündigung der beiden Berliner Mädchen*treffs wurde damit begründet, dass sich Mitarbeiterinnen in ihrer Freizeit an Palästina solidarischen Demonstrationen beteiligt oder auf ihren Privataccounts Berichte darüber geteilt hatten.

„Der staatliche Repressionsapparat benutzt die Palästina solidarische Bewegung aktuell als Experimentierfeld für alte und neue Maßnahmen. Zusehends werden Grundrechte unterhöhlt oder systematisch ausgehebelt, demokratische Minimalstandards werden abgebaut“, erklärte Anja Sommerfeld vom Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V. „Wir fordern ein sofortiges Ende der anhaltenden Grundrechtseinschränkungen und Repressionsmaßnahmen!“



Entweder sind wir eine Gesellschaft, wo die Universität ein Ort des Diskurses ist, auch der verschiedenen und der vielfältigen Meinungen, oder wir wollen das nicht. Die freie Meinungsäußerung gilt für alle, außer wenn sie sich für Palästina äußern wollen.

MICHAEL BARENBOIM
Professor für Ensemblespiel und Violine in Berlin, ehemaliger Dekan



Tweet von RBB. Quelle: 2024, [Twitter](#).

Internationaler Gerichtshof in Den Haag fordert Einstellung militärischer Handlungen Israels in Rafah (24.5.2024)

(SiG-Redaktion) **Südafrika** hatte am 10. Mai 2024 beim Internationalen Gerichtshof einen dringenden Antrag auf Erlass zusätzlicher vorläufiger Maßnahmen und die Änderung der früheren vorläufigen Maßnahmen gestellt. [PM](#) des IGH

Es fanden am 16. und 17. Mai 2024 Anhörungen statt:
Südafrika am 16.5.2024, [Video-Übertragung](#); [Wortprotokoll](#)
Israel am 17.5.2024, [Video-Übertragung](#); [Wortprotokoll](#)
Danach wurden **2 Dokumente** an den IGH übergeben:
[Zusatzdokument von Israel](#), 18.5.2024 (Response of the State of Israel to the question posed by Judge Nolte)
[Südafrika: Comments on the Reply by Israel](#), 20.5.2024 (Dokumentation von 61 Seiten, mit Analysen von Satellitenfotos durch die Gruppe "[Forensic Architecture](#)")

In seinem **Beschluss am 24.5.2024** hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag mit 13:2 Stimmen beschlossen, der Staat Israel müsse "sofort seine militärische Offensive sowie alle anderen Handlungen beenden, die der Gruppe der Palästinenser in Gaza Lebensbedingungen auferlegen, die ihre teilweise oder vollständige physische Zerstörung verursachen können" ([Zusammenfassung](#) des Beschlusses).

Außerdem forderte das Gericht, den Grenzübergang **Rafah** "für die ungehinderte Versorgung in ausreichender Menge mit dringend benötigten grundlegenden Dienstleistungen und humanitärer Hilfe" offenzuhalten, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen und dass jede Untersuchungskommission, die von den entsprechenden Organen der Vereinten Nationen beauftragt wird, um den Vorwurf des Genozids zu untersuchen, ungehinderten Zugang zum Gazastreifen erhält.

In einem Monat soll Israel dem Gericht über die getroffenen Maßnahmen Bericht erstatten.

Damit folgte das Gericht teilweise dem Antrag Südafrikas, das am 16. Mai nicht nur ein Ende der Offensive in Rafah, sondern den sofortigen, vollständigen und bedingungslosen Rückzug der israelischen Truppen aus Gaza gefordert hatte. Aber im Gegensatz zu den vorhergehenden Beschlüssen vom 26. Januar und vom 28. März diesen Jahres, ergeht die Aufforderung nicht mehr an die israelische Regierung, sie möge dafür Sorge tragen, dass das Militär keine Menschenrechtsverletzungen begeht, sondern es wird das Ende der laufenden militärischen Handlungen gefordert. Die humanitäre Lage habe sich, so das Gericht, seit dem letzten Beschluss vom 28. März weiter verschlechtert, so dass die damaligen Maßnahmen heute nicht mehr genügen.

Südafrika hatte in seinem jüngsten Vortrag vor dem IGH ausgeführt, bereits die Art und Weise, wie Israel in Rafah wie auch andernorts in Gaza vorgehe, sei in sich genozidal. Daher brauche es „eine explizite Anweisung, dass Israel seine militärischen Handlungen einstellt, um zu schützen, was an palästinensischem Leben in Gaza übrig ist.

Das Gericht zitiert in dem neuen Beschluss eine Reihe von Aussagen verschiedenster UN-Organisationen, die die Verschärfung der Lage bestätigen. Das Gericht erkennt, dass die gegenwärtige Lage, die aus Israels militärischer Offensive in Rafah entsteht, ein weiteres Risiko nicht wieder gutzumachender Schäden der von Südafrika eingeklagten plausiblen Rechte mit sich bringt.

Nach der UN-Charta sind Urteile des Internationalen Gerichtshofs bindend, das Gericht selbst hat aber keine Exekutivgewalt. **Das zuständige Organ der Vereinten Nationen ist der UN-Sicherheitsrat. Um diese Beschlüsse materiell durchzusetzen, muss er sich nun in Kürze mit diesem Urteil befassen.**

UN-Strafgerichtshof:

"Ungeachtet etwaiger militärischer Ziele sind die Mittel Israels kriminell"

Anklage des UN-Gerichtes gegen Hamas und Israel sorgt für Furore. Um Inhalte geht es kaum.

Erklärung des Chefanklägers auf Deutsch in [Telepolis](#).

Zu Israels Vorgehen:

S. [Gaza SN 2](#), Seiten 41 ff

<https://www.breakingthesilence.org.il/>

Palästina-Staat

Am 28. Mai 2024 haben **Norwegen, Spanien und Irland** offiziell Palästina als eigenständigen Staat anerkannt. Auch Malta und Slowenien haben diesen Schritt angekündigt, um Palästinas Rechte zu stärken. Die **spanische Regierung** verabschiedete ein Dekret, indem betont wird, dass dies eine historische Entscheidung sei, die ein einziges Ziel hat: „Den Israelis und den Palästinensern zum Frieden zu verhelfen“. Es wurde betont, dass diese Entscheidung

im Einklang mit den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates stehe und Spanien deshalb die Grenzen von 1967 anerkenne, die es vor dem Sechstagekrieg gab. **Norwegens Ministerpräsident Jonas Gahr Støre** erklärte: „Palästinenser haben ein grundlegendes, unabhängiges Recht auf einen eigenen Staat, um in diesem in Frieden zu leben.“

Im Mai 2024 stimmte die UN-Generalversammlung mit 143 Stimmen (25 Enthaltungen, 9 Gegenstimmen) für eine Vollmitgliedschaft Palästinas

Aktuelle Informationen: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

„Sand im Getriebe“: [Artikel](#) über Gaza (2005-2022), Artikel zu [Israel/ Palästina](#)

[Gaza-Sondernummer 1](#), Oktober 2023 ; [Gaza-Sondernummer 2](#), Dezember 2023

Artikel in den Newslettern [SiG 153](#) und [SiG 154](#); [Auszüge aus den Klagen Südafrikas und Nicaragua](#)

United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: <https://www.ochaopt.org/>

In **Deutschland**: <http://palaestina-solidaritaet.de/mein-kalender/> ;

Viele Links zu deutschen, palästinensischen, israelischen Organisationen hier: <https://www.kopi-online.de>

Neukaledonien

German Foreign Policy

[GFP](#), 17 Mai 2024 - Heftige Unruhen erschüttern eines der verbliebenen Kolonialgebiete des 21. Jahrhunderts, das bis heute von Frankreich kontrollierte Neukaledonien. Auf der östlich von Australien gelegenen Inselgruppe revoltieren Teile der indigenen Bevölkerung, nachdem Paris eine Wahlrechtsreform zu ihren Ungunsten eingeleitet hat.

Die Reform würde den aus Frankreich zugezogenen, an Paris orientierten Einwohnern eine stabile Mehrheit sichern und die indigene Bevölkerung politisch zur Minderheit im eigenen Land degradieren. Insbesondere für eine Entkolonialisierung verschlechterten sich damit die Chancen.

Neukaledonien gehört zu den Territorien, die von den Vereinten Nationen als Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung eingestuft werden und noch entkolonisiert werden sollen. Paris verweigert dies, da die Inselgruppe erhebliche geostrategische Bedeutung besitzt und es Frankreich ermöglicht, im Pazifik militärisch dauerhaft Präsenz zu zeigen.

Von der französischen Militärpräsenz hat auch die Bundeswehr bereits profitiert. Gäbe Frankreich die Kolonie frei, könnte China dort Einfluss gewinnen. Dies läuft den Interessen auch Berlins unmittelbar zuwider.

[...] Eine Unabhängigkeit Neukaledoniens [...] wäre auch ökonomisch ein empfindlicher Rückschlag für Paris. Neukaledonien ist der **viertgrößte Nickelproduzent** der Welt; Nickel zählt zu den Rohstoffen, die für die Energiewende unverzichtbar sind. Zur Zeit werden Neukaledoniens Nickelvorräte von westlichen Konzernen ausgebeutet. Sollte die Kolonie ihre Eigenständigkeit erlangen, dann könnte der neue Staat, so fürchten viele in Frankreich, die Konzessionen für den Nickelabbau den westlichen Firmen entziehen und sie stattdessen chinesischen Konzernen übertragen. Zudem wäre denkbar, dass sich ein eigenständiges Neukaledonien in Zukunft auch außenpolitisch enger an China orientiert. Das wiederum wäre nicht nur für Frankreich, sondern für den Westen insgesamt ein herber Rückschlag im Machtkampf gegen die Volksrepublik. Bereits die Tatsache, dass die etwas im Norden von Neukaledonien gelegenen Salomonen enger mit China kooperieren, hat heftigen Unmut im Westen ausgelöst, auch in Deutschland (german-foreign-policy.com berichtete). Die Frontstellung gegen Beijing stärkt das Interesse nicht nur in Paris, die Entkolonialisierung Neukaledoniens zu verhindern. [...]

S. dazu [Manöver in Ostasien \(II\)](#); [Deutschlands Pazifikambitionen](#).
<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9561>

Thomas Berger, JungeWelt, 29.4.2024 Nickelkrise in Neukaledonien

Die französische Kolonie Neukaledonien im Südpazifik ist der viertgrößte **Nickelproduzent** der Welt. Laut Globaldata wurden dort 2023 fast 194.000 Tonnen des Rohstoffs gefördert [...] Auf den Inseln des Archipels gibt es 20 Nickelmienen, das Geschäft liegt weitgehend in den Händen internati-

onaler Monopolkonzerne, darunter die Schweizer **Glencore** und **Trafigura** sowie die französische **Eramet**.

Schlechte Ausbeute, teure Energie und starke ausländische Konkurrenz haben diese Konzerne zuletzt in die roten Zahlen getrieben. Der Preis für das Erz, das als Schlüssel für die Energiewende gilt, ist 2023 um mehr als 45 Prozent gefallen. Hauptgrund dafür ist der Markteintritt Indonesiens, das seine Förderkapazitäten in den vergangenen Jahren stark ausgebaut hat.

Ein kürzlich von der französischen Regierung ausgearbeiteter »**Pakt**«, der umfangreiche Finanzhilfen für die drei krisengeschüttelten Nickelschmelzen auf dem Archipel vorsieht, ist nun jedoch an der neukaledonischen Politik gescheitert. Bei einer Parlamentssitzung vergangene Woche wurde das brisante Thema zunächst an einen Sonderausschuss verwiesen.

Frankreich will mit dem Nickelpakt 200 Millionen Euro Soforthilfe lockermachen. [...] Inselpräsident Louis Mapou, der aus dem Lager der Unabhängigkeitsbewegung kommt, ist zwar für das Abkommen, ebenso wie die meisten profranzösischen Kräfte im Parlament. In der Mehrheit sind dort aber die separatistisch orientierten Parteien, die das vorliegende Papier sehr kritisch sehen. Sie befürchten nicht nur Steuererhöhungen für die lokale Bevölkerung, sollte im Zuge der Hilfen die neukaledonische Regionalregierung ihrerseits verpflichtet werden, den Konzernen mit Subventionen unter die Arme zu greifen. Die aktuelle Auseinandersetzung dreht sich auch um eine stärkere lokale Beteiligung an den Gewinnen. Bisher kontrolliert der französische Staat 51 Prozent der Anteile an den Anlagen. Paris fordert auch eine Erhöhung seines bisherigen Anteils. Das wird von vielen als zu starke Einmischung Frankreichs abgelehnt.

Glencore hat unterdessen bereits angekündigt, sich aus der Nickelfabrik Koniambo in der Nordprovinz zurückzuziehen. Auch die beiden anderen Hütten könnten bald geschlossen werden – mit dem Verlust Tausender Arbeitsplätze. Trafigura droht, sich aus Prony Resources zurückzuziehen, bei Eramet ist ein weiteres Engagement bei der lokalen Tochter Société le Nickel (SLN) unklar.

Frankreichs größte Sorge: Bei einer Unabhängigkeit Neukaledoniens könnten chinesische Unternehmen die westlichen als Partner ersetzen. Paris wird daher alles daransetzen, den Deal schnell über die Bühne zu bringen.



Weltsozialforum 2024

Centre de Recherche et d'Information pour le Développement (CRID)
Das Weltsozialforum 2024 - notwendiger denn je!

Auf dem 16. Weltsozialforum (WSF) vom 15. bis 19. Februar 2024 in Kathmandu trafen sich mehr als 1400 Organisationen aus 98 Ländern und fünf Kontinenten.

Der Eröffnungsmarsch durch die Stadt, an dem nach Angaben der Organisatoren zwischen 12.000 und 15.000 Menschen teilnahmen, war geprägt von einer starken Präsenz zahlreicher dynamischer sozialer Bewegungen aus Asien, verschiedenster Volksgruppen, die zu den am meisten unterdrückten gehören, wie die Dalits, die Kaste der Unberührbaren, indigene Völker, gewerkschaftliche und feministische Kräfte aus der breiten Masse der Bevölkerung und einer großen internationalen Delegation.

Die Organisatoren zählten mehr als 18.000 Anmeldungen und in den Konferenzen, Workshops und kulturellen Aktivitäten waren jeden Tag nicht weniger als 10.000 Menschen zugegen.

UN-Generalsekretär António Guterres wünschte dem WSF 2024 alles Gute, um "die Hoffnung wiederherzustellen und innovative Lösungen für die Menschen und den Planeten zu finden".

Auf diesem WSF 2024 gab es eine Vielfalt an Ideen, Plädoyers, alternativen Erfahrungen und Strategien. Es gab keine Abschlusserklärung, um die Pluralität und Vielfalt der Botschaften zu erhalten. Aber es gab als Neuheit: "den Platz der Statements", wo jede Organisation, die eine Aktivität durchgeführt hatte, am letzten Tag allen WSF-Teilnehmern eine Erklärung präsentieren, diskutieren und mitunterzeichnen lassen konnte. Über 50 Statements wurden dann an der Wand der Statements vor der zentralen Abschlussbühne des WSF ausgehängt. [...]

Siehe hier: <https://wsf2024nepal.org/square-of-statement>

Der internationale Kontext hat ein Weltsozialforum unabdingbar gemacht

Wir sind weit entfernt von der Zeit der 2000er Jahre, in der die internationalen sozialen Netzwerke stark zunahmen und es eine große Anzahl politischer Umwälzungen gab, wie in Spanien oder im Maghreb mit der Jasmin-Revolution in Tunesien, der Revolution auf dem Tahir-Platz in Ägypten und der Gründung einer Republik in Nepal. Seit der Wirtschaftskrise 2008 sind wir damit konfrontiert, dass die Rechte auf den verschiedenen Kontinenten die Kontrolle des politischen und sozialen Lebens übernommen hat und dass es schwierig ist, soziale und Klima-Gerechtigkeit durchzusetzen.

Durch die Dominanz einer Ideologie des Mangels, der Schulden und der Individualisierung stärkt die neoliberale Globalisierung eine äußerst besorgniserregende Kriegswirtschaft. Wir haben unsererseits auf dem WSF auf die Kriegssituation sowohl in der Ukraine als auch in Gaza hingewiesen, aber auch auf den Aufstieg der extremen Rechten und des Postfaschismus in der ganzen Welt.

Da die neoliberale Doktrin weiterhin auf der Agenda der Regierungen steht, nimmt der Kapitalismus das Wiedererstarken dieser autoritären Regime in der Welt mit einer Banalisierung der staatlichen Gewalt in Kauf. Demokratie und Menschenrechte stehen im Mittelpunkt dieser Auseinander-

setzungen, mit aktuellen Herausforderungen wie Rassismus, Faschismus, Meinungsfreiheit im digitalen Zeitalter und der Kriminalisierung sozialer Bewegungen. Es erfordert von uns einen heftigen Kampf um die kulturelle Hegemonie, der, wie Gus Massiah es beschrieb, zwei Weltanschauungen gegenüberstellt: eine identitäre und sicherheitsorientierte Vision, die von den Rechtsextremen getragen wird, und eine egalitäre und solidarische Vision, die von den Kämpfen und neuer Radikalität sehr offensiver Bewegungen getragen wird (Feministinnen, Antirassisten, Umweltschützer, Akteure der digitalen Welt, indigene Völker, Migranten, Dekolonisierungsbewegungen) .

Es wurden auch Themen wie wirtschaftliche und soziale Ungleichheit, Klimagerechtigkeit, Diskriminierung, Migration, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und weitere angesprochen:

- Der Völkermord in Gaza. Gefordert wurden ein sofortiger Waffenstillstand und ein Ende der Kolonisierung und Besatzung in Palästina.

- Die Ablehnung der Militarisierung und von Kriegen.

- Den notwendigen Widerstand gegen den Aufstieg der radikalen Rechten, gegen staatliche Gewalt überall auf der Welt.

- Der Kampf gegen Ungleichheit, gegen die übermäßige Konzentration von Macht und Reichtum durch multinationale Konzerne, um eine gerechte, egalitäre und nachhaltige Welt aufzubauen. Ein Ende der Austerität, der illegitimen Schulden und der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die die Bürger kläglich im Stich gelassen hat.

- Kämpfe gegen Verletzungen der Menschenrechte, der Rechte von Frauen, Dalits ("Unberührbare") und niederen Kasten, LGBTQi+, von Menschen mit Behinderungen und verschiedenen Ethnien. Das Feministische Forum 2024 konzentrierte sich während des gesamten WSF auf die Bekämpfung systemischer Hindernisse, die den Rechten der Frauen im Wege stehen - vom Patriarchat bis hin zur makroökonomischen Politik - durch transformative feministische Aktionen.

- Gewährleistung öffentlicher Dienstleistungen, sozialer Sicherheit oder eines universellen Sozialschutzes sowie von Arbeitsrechten, auch für informelle Arbeiter und Migranten.

- Es gab Demonstrationen und Beteiligung der Bauernbewegungen.

- Die Forderung nach echter Klimagerechtigkeit wurde auch behandelt: In mehreren Runden wurden Klimakatastrophen, die Unterstützung der IFI für fossile Brennstoffe, die Notwendigkeit eines gerechten Übergangs, ausreichenden Wohnraums und nachhaltiger Entwicklung diskutiert.

Dieses WSF war zwar ein sehr positives Ereignis für die Region, aber wir müssen gemeinsam nach vorne schauen, konkrete Initiativen in einem komplexen internationalen Kontext fördern, der von der Offensive der extremen Rechten geprägt ist, und auf das nächste Treffen im Jahr 2026 auf dem afrikanischen Kontinent, in Benin, hinarbeiten.

<https://crid.asso.fr/le-forum-social-mondial-2024-plus-necessaire-que-jamais/>
Übersetzung: SiG-Redaktion

WSF 2024: Eine altermondialistische Sicht auf wirtschaftliche Probleme, soziale Gerechtigkeit und Alternativen zum Kapitalismus

[...] In den zahlreichen **Workshops** konnte man über einen produktivistischen und imperialistischen Kapitalismus diskutieren und sich über die weltweit laufenden Kämpfe und die möglichen Alternativen informieren. Der Austausch zeigte, dass die Kämpfe gegen die neoliberale Globalisierung in allen Teilen der Welt zusammengeführt werden können: Widerstand gegen Freihandelsabkommen, illegitime Schulden, die Zerstörung öffentlicher Dienstleistungen, missbräuchliche Mikrokredite und die Forderung nach Rückzahlung der Klimaschulden.

Einige Beispiele für bemerkenswerte Aktivitäten:

- Eine von Oxfam Asien mitorganisierte "**Weltversammlung zu wirtschaftlicher Ungleichheit und Gerechtigkeit**" führte zu einer recht eindringlichen Abschlusserklärung. Darin wurde bekannt gegeben, dass das "**Social Forum of Transforming Economies**" am **14. und 15. Oktober 2024 in Cali (Kolumbien)** im Vorfeld der COP Biodiversität stattfinden wird.

- In einer vom CADTM vorgeschlagenen **Podiumsdiskussion** über missbräuchliche **Mikrokredite**, die von ihren Befürwortern oft als Mittel zur Verteidigung der Menschenrechte dargestellt werden, wurde die Notwendigkeit einer Regulierung der Mikrofinanzierung deutlich. [...] Seit den 2000er Jahren hat eine Kommerzialisierung der Mikrofinanzierung stattgefunden, der Frauen mit niedrigem Einkommen [...] verwundbar macht, indem sie in Schuldenkreisläufen gefangen werden und gleichzeitig die Verantwortung für den Haushalt tragen. [...] In Indien und Pakistan sind Mikrokredite zu einem problematischen Phänomen geworden, das häufig die Schwächsten ausnutzt und zu exorbitanten Zinssätzen und fragwürdigen Praktiken führt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass missbräuchliche Mikrokredite bestehende Ungleichheiten verschärfen und nicht wirksam auf die Bedürfnisse der ärmsten Bevölkerungsgruppen eingehen.

- Obwohl **Nepal** nur 0,2% der weltweiten Treibhausgasemissionen verursacht, ist das Land direkt von der globalen Erwärmung und der Bedrohung der biologischen Vielfalt betroffen. Verschiedene Panels haben deutlich gemacht, wie die Aneignung von Boden, Wasser, Bergen, Flüssen und Wäldern durch die Reichsten der Welt zu einer Herausforderung für lokale, nationale und globale Kämpfe geworden ist. In diesem Zusammenhang war ein Workshop über die gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung in Nepal besonders bemerkenswert.

In den 1970er Jahren begann der **Wald im nepalesischen Hochland** ernsthaft zu schrumpfen, weil er zu stark für die Brennholzgewinnung genutzt wurde, was zu Überschwemmungen und Erdbeben führte. Als die nepalesische Regierung 1993 ein grundlegendes Forstgesetz verabschiedete, das die Verantwortung für die Waldbewirtschaftung auf die lokalen Gemeinschaften übertrug, sah sie darin vor allem eine Möglichkeit, die Waldfläche des Landes zu vergrößern. **Zwischen 1992 und 2016 hat sich die Waldbedeckung Nepals von 26% auf 45% der Landesfläche fast verdoppelt.** Ein Großteil des neuen Wachstums fand

in den mittelhohen Hügeln zwischen dem Himalaya und dem Ganges-Becken statt. Mit aktiver Waldbewirtschaftung und großen Anstrengungen bei der Anpflanzung wuchsen die Pflanzen durch natürliche Regeneration nach, die Menschen konnten Waldprodukte ernten und verkaufen und gleichzeitig die Abholzung und den Holzeinschlag für Weiden und Brennholz eindämmen. [...]

<https://basta.media/au-nepal-le-succes-d-un-programme-de-gestion-communautaire-des-forets>

Die feministische Dynamik auf internationaler Ebene

Die zahlreichen organisierten und entschlossenen globalen feministischen Kämpfe waren auf dem WSF sehr gut sichtbar. [...]

- Ein sehr gut besuchtes und gut organisiertes feministisches **Weltforum** führte zu einer **Abschlusserklärung** (<https://www.worecnepal.org/wsf.php>).

- Ein **Abendpanel**, das vom Internationalen Rat vorgeschlagen wurde, ermöglichte eine aufschlussreiche Reise um die Welt über die Kämpfe der Frauen, die erreichten Fortschritte und die immense Arbeit, die noch fortgesetzt werden muss.

- Ein **Workshop** über "Jineoloji" beleuchtete, was diese "Wissenschaft der Frauen" ist und wie wichtig sie im Kampf gegen das Patriarchat ist. [...] Diese Philosophie basiert auf den Arbeiten von Abdullah Öcalan, einem kurdischen Autor, der derzeit von der türkischen Regierung inhaftiert ist. [...]

Die Allgegenwärtigkeit des Palästinakonflikts

Die palästinensische Delegation von etwa 20 Aktivisten organisierte zahlreiche Debatten und hatte ein eigenes Zelt. "Free Palestine" wurde in vielen Panels zu einem gemeinsamen Motto. Auf dem Internationalen Rat wurde eine Abschlusserklärung vorgelegt, die von den interessierten Ratsmitgliedern unterzeichnet wurde.

Ein beunruhigendes globales Phänomen: Aufstieg des Autoritarismus.

Weltweit breitet sich der Aufstieg von Autoritarismen aus, die polizeiliche Repression nimmt zu und das Recht auf freie Meinungsäußerung wird immer stärker gefährdet.

Ein **Abendpanel "Kapitalismus, Autoritarismus, Widerstand und Alternativen"**, das von Attac Frankreich und CRID (<https://crid.asso.fr/>) auf Initiative des Internationalen Rates (unter Beteiligung von Walden Bello) geleitet wurde, war diesem Thema gewidmet und beleuchtete die sehr engen Verbindungen zwischen dem Anstieg von Autoritarismen und der Verteidigung der kapitalistischen Welt. Diese Situation erzeugt Widerstand und Alternativen für eine radikale Transformation des Systems. [...]

Welche Zukunft für das WSF? Auf dem Weg zum nächsten WSF in Benin im Jahr 2026!

Ein ganzer Themenbereich schlug vor, über die Frage der "Sozialen Bewegungen, Zivilgesellschaft und die Zukunft des WSF" nachzudenken. [...]

- Der Workshop "Zukunft des WSF" hob die strategischen Herausforderungen im Zusammenhang mit den

Weltsozialforen hervor. Während einige eine gemeinsame Abschlusserklärung für notwendig halten, argumentieren andere, dass dies den Prinzipien des WSF und seiner Charta widersprechen würde, die es zu einer so besonderen Bewegung macht, die eine große Vielfalt an sozialen Bewegungen aufnehmen kann. Dennoch wurde die eine Kommunikationslücke festgestellt. [...] Auch wurde in diesem Workshop die fehlende Kontinuität zwischen den einzelnen WSF bedauert. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass die Wirksamkeit des WSF in seiner Fähigkeit liegt, Aktivisten zu verbinden – eine notwendige Phase, um zur Aktion überzugehen. Gemäß der Charta seiner Grundsätze ist das WSF ein "Raum" und keine politische "Bewegung".

- Die Sitzung des Internationalen Rates (IR) am 20. und 21. Februar, die für alle offen war, ermöglichte es, eine kurze Bilanz der Ausgabe Nepal 2024 zu ziehen. Die Veranstaltung wurde sowohl vom Organisationskomitee als auch von den anwesenden Organisationen als Erfolg gewertet und sollte es ermöglichen, eine seit den 2010er Jahren erlahmte

Dynamik wieder in Gang zu bringen. Es wurde daran erinnert, dass der Internationale Rat ein Organ zur Förderung der Aktivitäten ist, die vom globalen WSF-Prozess entwickelt werden, der verschiedene Arten von autonomen Veranstaltungen umfasst: thematische Foren, nationale oder regionale Foren, Weltversammlung der Kämpfe und Widerstände...

Der Internationale Rat bestätigte den Ort des nächsten WSF: Es wird 2026 in Benin stattfinden, mit einem Organisationskomitee, das von dem Globalen Bauernzusammenschluss getragen wird, der die 15 westafrikanischen Länder vereint und Mitglied der *Vía Campesina* ist. [...]

<https://france.attac.org/actus-et-medias/salle-de-presse/article/le-forum-social-mondial-2024-a-katmandu-un-autre-monde-est-possible-maintenant>

Übersetzung: SiG-Redaktion

Infos und Dokumente: <https://wsf2024nepal.org>

Über das WSF 2024 berichtete schon SiG 154.

Über vorige WSF: u.a. SiG 30, 49, 72, 80, 102 und 126

SiG-Heft über die WSF-[Strategie](#)debatte, 2009

Gemeinsame Erklärung von Kathmandu zur Beendigung der Austerität

Global Social Justice, Oxfam, Internationaler Gewerkschaftsbund (International Trade Union Confederation, ITUC), Committee for the Abolition of Illegitimate Debt (CADTM), Public Services International (PSI) Asia Pacific, Madhesi Dalit NGO Federation, Bangladesch Rural Economic Development (BRED), Tax Justice Network (TJN), Progressive Plantation Worker's Union, Indien, Centre for Agroecology and Development Nepal, Social Watch, Uruguay, Third World Network u. v. m.

Öffentliche Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit, menschenwürdige Arbeitsplätze, eine gerechtere Wirtschaft für alle: Eine bessere Welt ist möglich

[...] Heute leiden laut einer aktuellen Studie der EndAusterity-Kampagne mehr als 6 Milliarden Menschen unter Austeritätsmaßnahmen, die als "Steuerkonsolidierung" bezeichnet werden.[...] Frauen kompensieren diese Kürzungsmaßnahmen durch ihre unbezahlte Haus- und Pflegearbeit.

Konkret fordern wir [...]:

- Stopp der neoliberalen Angriffe auf die dringend benötigten Sozialschutz-, Bildungs-, Gesundheits-, öffentlichen Verkehrs-, Wohnungs- und anderen Sozialprogramme;
- Beendigung der Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor, insbesondere bei der Anzahl und den Gehältern von Lehrern, Sozial- und Gesundheitsarbeiter*innen und Beamten auf lokaler Ebene;
- Keine weiteren Kürzungen von Subventionen, die die Haushalte stützen;
- Stopp der Renten- und Sozialversicherungsreformen, die zu einer geringeren Unterstützungsleistung führen, und keine Kürzungen der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, um Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit der Systeme zu gewährleisten;
- Stopp der Reformen zur Flexibilisierung der Arbeit;
- Beendigung der Privatisierung und der öffentlich-privaten Partnerschaften;
- Stopp aller anderen Haushaltskürzungen oder Reformen mit negativen sozialen Auswirkungen, insbesondere auf Frauen. [...]

Die Regierungen müssen nach neuen Steuereinnahmen suchen, um ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Alternative Finanzierungsmöglichkeiten:

- Erhöhung der progressiven Besteuerung von Unternehmen, des Finanzsektors und der Reichen, einschließlich der

Einkommens- und Vermögenssteuer für Unternehmen und Privatpersonen, der Steuer auf überschüssige Gewinne, der Steuer auf außerordentliche Gewinne, der Steuer auf digitale Unternehmensdienstleistungen und der Steuer auf Finanztransaktionen, anstelle von regressiven Steuern wie der Mehrwertsteuer oder Umsatzsteuern;

- Illegale Finanzströme (FFI), Steuermisbrauch und Finanzgeheimnis bekämpfen, insbesondere in Steueroasen, die zu FFI beitragen [...];
- Steuerabkommen wie bilaterale Steuerabkommen und Steueranreize für Unternehmen und wohlhabende Privatpersonen überprüfen, aufheben und nicht mehr unterzeichnen;
- Staatsschulden verringern/abschaffen, damit der Schuldendienst nicht die Sozialausgaben reduziert.
- Schädliche Steuerobergrenzen oder Steuerregeln beenden, die es unmöglich machen, öffentliche Mittel in die Bekämpfung der Klimanotlage oder der Ungleichheit zu investieren;
- Die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung erhöhen, um die Nachhaltigkeit der Sozialversicherungssysteme zu gewährleisten, und die Beschäftigten in der informellen Wirtschaft mit menschenwürdigen Verträgen ausstatten.

[...] Entscheidungen, die das Leben und den Lebensunterhalt von Milliarden von Menschen tangieren, werden jedoch häufig hinter verschlossenen Türen in den internationalen Finanzinstitutionen (IFI) und auf eine Art und Weise getroffen, die die Öffentlichkeit und insbesondere marginalisierte Menschen nicht einbezieht. [...]

www.cadtm.org/Declaration-de-Katmandou-pour-mettre-fin-a-l-austerite Übersetzung: SiG-Redaktion

Kampagne "Schluss mit der Austerität":

<https://endausterity.org>

Raphael Baladad

Herausforderungen und Erfolge der sozialen Bewegungen

[Beitrag auf dem Weltsozialforum 2024](#)

18. Februar 2024 - Guten Tag Freunde, Verbündete und Genossen. Der Aufbau und die Aufrechterhaltung von Bewegungen, die Erzeugung von sozialem Druck, Kampagnen, Mobilisierung, die Einbindung politischer Gremien, die Reaktion auf Bedrohungen und Aufrufe zum Handeln und die Durchsetzung von Agenden und Forderungen von der Basis aus sind in den meisten Fällen langwierige Kämpfe, die von uns allen, die wir für Reformen, für Veränderungen, für unsere Rechte und unsere Würde kämpfen, unglaubliche Ausdauer erfordern.

Eine neue Welt ist möglich, aber die Inanspruchnahme dieser Möglichkeit geht manchmal auf Kosten von Freiheiten, von Leben.

Lassen Sie uns eine Schweigeminute einlegen, um der Namen unserer gefallenen Kollegen, Genossen und führenden Persönlichkeiten zu gedenken...

Doch trotz aller Widrigkeiten gibt es Siege, die wir alle für uns beanspruchen können, nicht nur, um unsere Kampagnen zu stärken und die Moral zu heben, sondern auch, um unser Engagement bei der Verfolgung der Rechte zu festigen.

Der erste ist die **Verabschiedung der [Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Bauern](#)** (und anderer Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten) auf internationaler Ebene sowie die Bemühungen, die unternommen wurden, um diese Rechte in die nationale Politik zu integrieren.

Hier in **Nepal** wurden wichtige Bestimmungen zur Ernährungssouveränität und zum Recht auf Nahrung in die nationale Verfassung aufgenommen.

Auf die Beharrlichkeit der verschiedenen internationalen Bewegungen ist zudem zurückzuführen, dass das Landwirtschaftskommen im Rahmen der Welthandelsorganisation in der Sackgasse steckt.

Der Triumph der sozialen Bewegungen in **El Salvador** bei der [Verteidigung der Wasser- und Umweltrechte](#) gegen umfangreiche Bergbauaktivitäten führte zu einem vollständigen Verbot des Metallbergbaus.

Die intensiven [Proteste der Landwirte](#) in **Indien** wurden von den sozialen Bewegungen wirksam unterstützt, um sich gegen die drei Landwirtschaftsgesetze zu wehren, die das Fortbestehen der Vertragslandwirtschaft ermöglichen würden, was die Schuldenlast der Landwirte möglicherweise verschlimmern würde. (SiG-Redaktion: S. [SiG 141](#), [Brennglas Indien](#))

In **Thailand** sind die anhaltenden Landbesetzungen durch die Bauernbewegungen des Südens zur Verteidigung der Land- und Anbaurechte sowie der Erfolg verschiedener sozialer Bewegungen bei der Durchsetzung fortschrittlicher Ziele und der Umkehrung der Wahlergebnisse in Thailand zu nennen.

Und auf den **Philippinen** haben verschiedene Menschenrechtsbewegungen unablässig auf [internationale Untersuchungen](#) der Folgen des blutigen Drogenkriegs der Regierung gedrängt.

Es ist wichtig zu betonen, dass in diesen Zeiten wiederkehrender und sich beschleunigender Krisen und vor dem Hintergrund staatlicher Repressionen, Angriffen auf Aktivisten und Rechtsverteidiger und wachsendem Faschismus die Tatsache, dass Bewegungen als Bewegung zusammenbleiben können, an sich schon ein Sieg ist.

Die Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, bleiben jedoch unerbittlich, ebenso wie das Kapital, das sie antreibt. Der wachsende Einfluss der Unternehmen auf verschiedenen Ebenen und in der Regierung droht, hart erkämpfte Reformen in der Politik zu blockieren (und rückgängig zu machen). Parlamentarier, Justizbeamte und Institutionen lassen sich oft dazu verleiten, profitorientierte Agenden auf Kosten des Lebens, der Existenzgrundlage und der Würde von Bauern, Arbeitern, indigenen Völkern und anderen Randgruppen zu unterstützen.

Die Androhung von Klagen und Strafverfahren sowie die Kriminalisierung von Menschen, die sich für Rechte einsetzen, bringen Andersdenkende zum Schweigen und sorgen dafür, dass gesellschaftliche Ungerechtigkeiten fortbestehen. Darüber hinaus haben das **Wiedererstarken rechter Narrative** und der **Aufstieg populistischer autoritärer Politiker** in der Regierung zu mehr gewalttätigen Angriffen auf Aktivisten, einer verstärkten Militarisierung und Terroranschlägen sowie zu Angst, Hass und politischem "Othering" geführt, was wiederum zu Morden und Völkermorden führte.

Auch intern stehen die sozialen Bewegungen vor tief greifenden Herausforderungen.

Da ist das Problem der Demobilisierung und Lähmung durch die Auswirkungen der Lockdowns und der Pandemie sowie die Schwierigkeiten, sich zu organisieren. Außerdem fehlen die finanziellen Mittel, um wirksam auf Bedrohungen und Notrufe zu reagieren. Und unter diesen Bedingungen, dass wir einfach zu wenige sind, um diesen Bedrohungen zu begegnen, sind die sozialen Bewegungen auch zunehmend zersplittert, kooptiert und in Multistakeholder- (und CSR-) Räume gelockt worden, um die Agenden der Unternehmen voranzutreiben.

Wir brechen die Brücken zu unseren Genossinnen und Genossen nicht wegen unüberbrückbarer oder prinzipieller Differenzen ab, sondern oft als Folge von übermäßigem Konkurrenzdenken, Stolz und Ego. Wir streiten untereinander darüber, wer die bessere Agenda hat, wer die besseren Retter des Volkes sind.

Es gibt auch das Problem des internen Patriarchats, der Diskriminierung und des Mobbing in unseren Reihen, und einige von uns sind in ihren Ideologien/Idealen so sektiererisch geworden, dass wir neue Ideen/Energien, insbesondere von Frauen und Jugendlichen, die uns möglicherweise beim Gewinnen von Kämpfen helfen könnten, ignorieren.

Unsere Stärke liegt in der Solidarität. Und damit wir der Macht des Kapitals, der Konzerne und des rechten Spektrums widerstehen und sie besiegen können, müssen wir auch nach innen schauen und unser Handeln überprüfen - insbesondere die Art und Weise, wie wir miteinander und mit den Menschen um uns herum umgehen.

Nur so können wir mehr Menschen davon überzeugen, sich uns anzuschließen und unsere Anliegen zu unterstützen, um diese neue Welt endlich möglich zu machen. Solidarität im Widerstand, Demut im Trotz. Vielen Dank und ich hoffe, dass diese Botschaft bei Ihnen gut ankommt. Guten Tag!

Übersetzung: SiG-Redaktion

Mehr: <https://focusweb.org/>

Termine und weitere Hinweise

August 2024: Friedensfahrradtouren der Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK) NRW und BAYERN

Seit vielen Jahren sind die Hiroshima und Nagasaki Gedenktage ein Anlass der Friedensaktivist*Innen gegen die Grausamkeiten von Kriegen und Konflikten zu mahnen und Friedenskonzepte nach außen zu tragen. Die Mitglieder der DFG-VK stehen hinter dem Grundsatz der [War Resisters' International \(WRI\)](#): „Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“

Die DFG-VK NRW tourt vom **3.-10. August 2024** unter dem Motto: „**Gemeinsam für unsere Zukunft – für Frieden und Klimagerechtigkeit!**“

Die im moderaten Tempo gefahrene Fahrradtour startet in Remscheid, dann geht es hinunter ins Tal der Wupper, ein Stück den Rhein hinab, ins Münsterland und weiter in die Niederlande.

Anliegen der Friedensradler: „Wir können nicht hinnehmen, dass die Stimmen in Politik und Medien, die Waffenstillstand und Verhandlungen wollen, immer leiser werden. Wir wollen einen STOP aller Waffenlieferungen und wollen keine neuen Rüstungsbetriebe – weder hier noch im Ausland.“

Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#)



Die DFG-VK BAYERN radelt vom **03.-11. August 2024** von Coburg aus über Bamberg, Erlangen, Nürnberg nach Regensburg. Bei einem moderaten Gruppentempo kann die Tagesstrecke gut bewältigt werden. Das Mitradeln auf Teilstrecken ist natürlich möglich. In Erlangen, Nürnberg und Regensburg sind Friedenscafés geplant, ein Kulturfest gibt es in Regensburg. DFG-VK Bayern: „Wir demonstrieren, diskutieren, sammeln Unterschriften, treffen Friedensgruppen an verschiedenen Orten, und setzen uns Jahr für Jahr mit unterschiedlichen kreativen und kulturellen Ideen für Friedenslogik ein. Unsere Aktionsorte unterwegs sind oft Fußgängerzonen, Militärstandorte und Rüstungsbetriebe.“ Forderungen, die auf der Radtour sichtbar gemacht werden, sind u.a.:

- Verhandeln statt Schießen
- Sondervermögen für Klima, Pflege, Bildung
- Lockdown für Rüstungsausgaben
- Abrüsten ist das Gebot der Stunde
- Eine eurasische Sicherheitsarchitektur
- eine Neuauflage des INF-Vertrags
- Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages

Wer mehr erfahren und sich anmelden möchte:

<https://dfg-vk-bayern.de/friedensfahrradtour>

Ökonomie von Aufrüstung und Krieg Wirtschaftliche Triebkräfte des militärisch-industriellen Komplex Vortrag von Matthias Jochheim

Donnerstag, 27. Juni 19:30 Uhr

Buchladen Neuer Weg, Sanderstr. 23-25,
97070 Würzburg

Veranstalter: DFG-VK Würzburg, attac Würzburg,
ATTAC BAG Globalisierung & Krieg

Bundesverteidigungsminister Pistorius fordert, Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden. Die USA brechen trotz einer Kette verlorener Kriege - von Vietnam über Afghanistan und Irak bis zur blutigen Sackgasse in der Ukraine - immer neue Rekorde im Bereich ihrer Rüstungsausgaben. Und die deutsche Regierung eifert dieser Politik mit ihrer enormen Aufblähung des Rüstungsetats nach - sogar mittels einer Verfassungsänderung.

Die hierfür angebotenen politischen Begründungen halten Überprüfungen nicht stand: Förderung von Demokratie und Menschenrechten durch Waffenlieferungen etwa an Saudi-Arabien und Türkei, oder auch – „gegen Antisemitismus?“ – für die Aufrechterhaltung des israelischen Besatzungs-Regimes in den Palästinenser-Gebieten? „Regelbasierte Ordnung“? Konsequente Respektierung und Befolgung von Völkerrecht und Menschenrechten sind damit offenbar nicht gemeint - es scheint, es handelt sich besonders um die Aktien-Werte etwa von Rheinmetall oder Airbus Defence and Space.

Einige Hinweise auf die ökonomischen Motive der Kriegsakteure sollen dargestellt werden, am Beispiel der einzigen militärischen Weltmacht USA, und ihres treuen Vasallen, der Bundesrepublik Deutschland, aber auch mit Hinweis auf die Kriegsökonomie Russlands.

Es geht darum, die aktuell dominierenden ökonomischen Wirkprinzipien besser zu verstehen, Kriegsursachen zu entschlüsseln, und damit einen Beitrag zur Demontage von Kriegspropaganda zu leisten.

Matthias Jochheim ist u.a. aktiv bei IPPNW Frankfurt und in der ATTAC BAG GUK und war Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IPPNW-Deutschland (2001-2013).

600 Tote vor Pylos – das Verbrechen ein Jahr danach Informationsveranstaltung am 14. Juni 2024 in Berlin

Schon oft ist nachgewiesen worden, dass Beamte der Küstenwache an den Grenzen Griechenlands Geflüchtete mit Gewalt zurückdrängen. In sehr vielen Fällen kamen Menschen auf der Flucht dabei zu Tode. Der Vorfall vor einem Jahr im Meer vor der Stadt Pylos ist der Höhepunkt dieser Verbrechen. Die Küstenwache leistete 15 Stunden lang keinerlei Hilfe, obwohl es nach allen Gesetzen und nach dem Gebot der Menschlichkeit ihre Pflicht gewesen wäre. Nach Aussage vieler Überlebender verschuldete die Küstenwache durch eine Abschleppaktion das Sinken des Schiffes. Über 600 Menschen starben.

Mehr: <https://griechenlandsoli.com/>